

EUROPÄISCHE KOMMISSION

EUROBAROMETER

DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Bericht Nr 47

Veröffentlichung : Oktober 1997

Umfragen : Februar – Juni 1997

Generaldirektion X
Rue de la Loi 200 (T120 4/8)
B – 1049 Brüssel

Telefon: (32.2) 299.91.72
Fax: (32.2) 299.45.77
E-mail: Eurobarometer@dg10.cec.be

Internet : Europa Server <http://europa.eu.int/en/comm/dg10/infcom/epo/eb.html>

Nachdruck – ausgenommen zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet

Vorbemerkung

EUROBAROMETER-Meinungsumfragen ("Standard-EUROBAROMETER-Meinungsumfragen") werden im Auftrag der Generaldirektion "Information, Kommunikation, Kultur, Audiovisuelle Medien" der Europäischen Kommission seit dem Herbst 1973 jedes Frühjahr und jeden Herbst durchgeführt. Seit Herbst 1980 schließen sie Griechenland, seit Herbst 1985 Spanien und Portugal, seit Herbst 1990 die ehemalige DDR und seit dem Frühjahr 1995 Österreich, Finnland und Schweden ein.

Einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und darüber wird ein für alle Mitgliedstaaten gleichlautender Fragebogen vorgelegt. In der Regel umfaßt die Stichprobe für die Standard-Eurobarometer-Umfrage 1000 Personen je Land; einzige Ausnahmen sind Luxemburg (500) und das Vereinigte Königreich (1000 in Großbritannien und 300 in Nordirland). Um die Integration der fünf neuen Länder in das vereinigte Deutschland und in die Europäische Union zu beobachten, wurden ab Eurobarometer Nr. 34 in Deutschland jeweils 2000 Personen befragt: 1000 in West- und 1000 in Ostdeutschland.

Die jüngsten Umfragen werden von nationalen Instituten durchgeführt, die dem "INRA (EUROPE) - European Coordination Office" angehören. Alle beteiligten Institute wurden über Ausschreibungen ausgewählt und sind Mitglieder der "European Society for Opinion and Marketing Research" (ESOMAR), deren Normen für sie verbindlich sind.

Die für die gesamte Gemeinschaft aufgeführten Zahlen sind gemäß der Erwachsenenbevölkerung eines jeden Landes gewichtet. Wegen Auf- oder Abrundung summieren sich die Prozentwerte nicht immer genau auf 100, sondern z.B. auf 99 oder 101. Wenn mehrere Antworten zugelassen sind, können die Prozentwerte auch deutlich über 100% hinausgehen. Die in den Schaubildern ausgewiesenen Prozentwerte können aufgrund der Verwendung bereits zuvor gerundeter Zahlen um 1% von den in den Tabellen aufgeführten Zahlen abweichen.

Wie bei Umfragen dieser Art üblich, übernimmt die Kommission für Fragen, Ergebnisse und Kommentare keinerlei Gewähr. Der vorliegende Bericht, den das Referat "Meinungsumfragen" (X.A.2; Referatsleitung: Anna Melich) der Generaldirektion "Information, Kommunikation, Kultur, Audiovisuelle Medien" erstellt hat, ist für den Dienstgebrauch der Kommission der Europäischen Gemeinschaften bestimmt.

Erhebungen der Eurobarometer-Serie

Die Europäische Kommission (Generaldirektion X) veranstaltet allgemeine Meinungsumfragen sowie Befragungen spezieller Zielgruppen und qualitative Analysen (Gruppendiskussion, Intensiv-Interviews) in allen Mitgliedstaaten und gelegentlich auch in Drittländern. Dabei wird auf fünf verschiedene Formen der Eurobarometer Meinungsumfrage zurückgegriffen:

- *Das traditionelle Standard Eurobarometer mit seinem zweimal jährlich erscheinenden Bericht*
- *Telefon Flash EB, das u.a. für Befragungen bestimmter Zielgruppen eingesetzt wird (z.B. Top Decision Makers)*
- *Qualitative Analysen ("Brennpunkt-Gruppen", Intensiv-Interviews)*
- *EB Mittel- und Osteuropa, eine jährliche Übersicht über die Meinung der breiten Öffentlichkeit in 16 mittel- und osteuropäischen Staaten; in Zusammenarbeit mit der GD I und GD IA*

Die persönlichen Befragungen des Standard Eurobarometer, des Telefon Flash EB und die qualitativen Analysen dienen im wesentlichen dazu, im Auftrag und auf Rechnung der verschiedenen Generaldirektionen und vergleichbarer Sonderdienste der Kommission Erhebungen durchzuführen.

Schlagzeilen

- Im Frühjahr 1997 waren die europäischen Bürger mit ihrem Leben im allgemeinen zufrieden. Insgesamt 77% der Befragten waren "sehr zufrieden" oder "ziemlich zufrieden", wobei es jedoch deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern gab.
- 46% der Bürger halten die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine "gute Sache", 15% für eine "schlechte Sache" und 30% meinen, daß die Zugehörigkeit zur EU "weder gut noch schlecht" sei. 40% der Befragten empfinden die EU-Mitgliedschaft als vorteilhaft, während 36% glauben, daß ihr Land nicht davon profitiert.
- Die jungen Menschen verbinden mit dem Begriff *Europa* in erster Linie die Hoffnung auf eine bessere wirtschaftliche und berufliche Zukunft und die Möglichkeit, ohne Formalitäten in der Europäischen Union reisen zu können. Auch die Wahrung eines dauerhaften Friedens in Europa ist für einen erheblichen Anteil der jungen Leute wichtig.
- Mehr als jeder vierte Europäer glaubt, daß die Wahrscheinlichkeit, innerhalb der nächsten Jahre den Arbeitsplatz zu verlieren, bei mindestens 50% liegt, und mehr als die Hälfte der Befragten wünscht Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf Unionsebene. Nach Meinung von 61% der Bürger sollte das Europäische Parlament diesem Thema besondere Aufmerksamkeit widmen - dies ist eine Zunahme um 8% seit der letzten Umfrage im Dezember 1995.
- Die Frage, ob Fortbildungskurse oder eine ständige Weiterbildung die berufliche Situation verbessern könnten, wurde deutlich bejaht: 76% glauben, daß sich Weiterbildungsmaßnahmen lohnen, und lediglich 19% teilen diese Meinung nicht.
- Neun von zehn Europäern sind der Ansicht, daß das *Recht auf Bildung und Ausbildung* unter allen Umständen geachtet werden sollte.
- Das Europäische Parlament wird weiterhin als die zuverlässigste europäische Institution angesehen, doch ist das Vertrauen in sämtliche Institutionen auf nationaler und europäischer Ebene um 5 bis 8 Prozentpunkte zurückgegangen.
- Die Einführung der einheitlichen Währung wird von 47% der Befragten unterstützt und von 40% abgelehnt, während 13% unschlüssig sind. Obwohl mehr als die Hälfte der Befragten vor der Einführung "Angst hat", glauben gegenwärtig 75%, daß die Einführung des Euro "wahrscheinlich eintreten wird"; dies ist eine Zunahme um 8% in den letzten 12 Monaten.
- 65% der EU-Bürger haben Angst vor einem Anstieg des Drogenhandels und des organisierten Verbrechens und sieben von zehn Personen befürworten ein Vorgehen der EU gegen den Drogenhandel. 55% fordern eine EU-weite Einwanderungspolitik und 54% würden EU-Vorschriften zur Regelung des politischen Asyls begrüßen.
- Fernsehen, Rundfunk und Presse sind die wichtigsten Quellen für Informationen über die EU, wobei jedoch ausgeprägte Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern bestehen. Internet und World Wide Web werden in Skandinavien am intensivsten genutzt. In diesen Ländern hat die Nutzung des Internet/WWW in den letzten zwölf Monaten um 14% zugenommen. Auch in den anderen Ländern ist eine Zunahme zu verzeichnen, doch verläuft die Entwicklung dort langsamer.
- Knapp über die Hälfte der EU-Bürger (51%) bezeichnen sich bis zu einem gewissen Grad als "*Europäer*", während der Anteil der Personen, die sich ausschließlich mit der eigenen Nationalität identifizieren, konstant bei 45% liegt. Wie auch bei früheren Umfragen fühlen sich die Luxemburger am ehesten als Europäer.

Editorial

Am 25. März 1997 beging die Europäische Union den vierzigsten Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge mit einer ungewöhnlichen Festveranstaltung im Campodoglio zu Rom. Im Bewußtsein der Tatsache, daß die Ära der frühen Verfechter des europäischen Gedankens, der sich in der heutigen Europäischen Union manifestiert, mit diesem Jahrhundert zu Ende gehen dürfte, luden die italienische Regierung und die Europäische Kommission gemeinsam mit dem Europäischen Parlament möglichst viele dieser noch lebenden Politiker und Führungspersönlichkeiten zu den Feierlichkeiten ein und gaben ihnen auf diese Weise die Gelegenheit zu einem Austausch über die interessantesten Erinnerungen aus der Zeit des europäischen Aufbaus, den sie miterlebt und mitgestaltet hatten. Die Eurobarometer-Umfrage Nr. 47 fand zur Zeit dieser Veranstaltungen statt und erfaßt die öffentliche Meinung so, wie sie sich vierzig Jahre nach der historischen Vertragsunterzeichnung in Europa darstellt.

1997 wurde mit dem Vertrag von Amsterdam¹ auch ein neuer europäischer Vertrag unterzeichnet, der eine Revision des Vertrags über die Europäische Union (Maastricht) von 1993 ist. Diese Neufassung ging aus den Arbeiten einer Regierungskonferenz hervor und wurde am 17. und 18. Juni 1997 auf einer Tagung der Staats- und Regierungschefs vorgelegt. Am 2. Oktober 1997 wurde der Vertrag von den Staatshäuptern im Königlichen Palast zu Amsterdam unterzeichnet. Inzwischen sind die Ratifizierungsverfahren in den Mitgliedstaaten angelaufen.

Zu den wichtigsten internationalen Ereignissen der ersten Jahreshälfte zählte die Wiederwahl von Bill Clinton zum amerikanischen Präsidenten. Damit konnte seit Roosevelt zum ersten Mal ein Vertreter der Demokraten eine zweite Amtszeit antreten. Der Streit über das Helms-Burton-Gesetz, der zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten entbrannt war, konnte nicht beigelegt werden, so daß die Welthandelsorganisation ein Schiedsgericht einsetzte, um die Klage der Europäischen Union zu prüfen.

Auf dem afrikanischen Kontinent setzten sich zum Jahresbeginn die Unruhen fort, die in Zaire in der zweiten Jahreshälfte 1996 begonnen hatten. Mit dem Tod von Deng Xiaoping bahnte sich in China ein Wandel in der Führung des Landes an, und Hongkong bereitete sich darauf vor, wieder unter chinesischer Kontrolle zu stehen.

In Albanien löste der Zusammenbruch eines Anlagensystems, das auf dem Schneeball-Prinzip beruht, gewaltsame Demonstrationen aus. Die Europäische Union beschloß Hilfsmaßnahmen, und die Vereinten Nationen stellten eine internationale Einsatztruppe für die Sicherung der Verteilung der humanitären Hilfe auf. Auch die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien, im Mittleren Osten und in Algerien setzten sich in der ersten Jahreshälfte 1997 fort.

In der Europäischen Union fanden Demonstrationen wegen der Schließung von Großbetrieben in Belgien statt (Renault und Forges de Clabecq), die in Brüssel zu einer Großdemonstration für ein "Soziales Europa" führten. Die BSE-Krise erschütterte die gesamte Europäische Union und wirkte sich auf die fleischproduzierende und -verarbeitende Industrie ebenso aus wie auf die Verbraucher. Ein nichtständiger Untersuchungsausschuß des Europäischen Parlaments kritisierte das Verhalten der britischen Regierung und der Europäischen Kommission während dieser Krise. Am 1. Mai stimmten die britischen Wähler für eine Labour-Regierung unter Tony Blair und verwiesen die Konservative Partei, die 18 Jahre lang die Regierung gestellt hatte, in die Opposition. Ende Mai fanden auch in Frankreich Wahlen statt, bei denen die rechtskonservative Regierung gestürzt wurde. Am 2. Juni wurde der Sozialist Lionel Jospin zum französischen Premierminister ernannt und am 4. Juni die neue Regierung gebildet.

Vor diesem aktuellen Hintergrund fanden die Umfragen für das Eurobarometer Nr. 47 statt. Der vorliegende Bericht beruht auf den Ergebnissen von drei Umfragen, die zwischen dem 29. Januar und dem 7. Juni 1997 durchgeführt wurden. Während dieser drei Umfragephasen wurden insgesamt rund 49 000 Interviews abgehalten; die meisten Fragen wurden jedoch in einer einzigen Phase gestellt und die zugehörigen Antworten sind das Ergebnis von rund 16 000 Interviews.²

¹ Einzelheiten zum Vertrag von Amsterdam finden Sie unter der folgenden Internet-Adresse:
<http://Europa.eu.int/abc/obj/amst/en/index.htm>

² Erhebungsverfahren und Umfang der Stichproben sind in Anhang C beschrieben.

Im ersten Kapitel des vorliegenden Berichts werden die ermittelten Werte für die Standardindikatoren behandelt, die für die Messung der öffentlichen Meinung in der Europäischen Union benutzt werden. Einige dieser Indikatoren werden seit langem verwendet und ermöglichen somit eine Beobachtung der Entwicklung der öffentlichen Meinung in den letzten zehn Jahren.

Das zweite Kapitel, das den Titel "Zustimmung zu aktuellen politischen Bereichen - Auf dem Weg von Maastricht nach Amsterdam" trägt, befaßt sich mit einer Reihe von politischen Themen aus dem Kernbereich der EU-Verträge. Wir erörtern die besonders wichtige Frage der **Beschäftigung**, die im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht und für die im Vertrag von Amsterdam ein separater Titel eingeführt wurde. Dieses Thema wurde am 20. und 21. November 1997 auf einem speziellen EU-Beschäftigungsgipfel erörtert.³

Zu den weiteren Themen des zweiten Kapitels zählen die Einführung der **einheitlichen Währung** ("Euro"), innenpolitische Fragen (Drogen, Kriminalität, Einwanderung und Asylpolitik), die Außen- und Sicherheitspolitik sowie die EU-Erweiterung. Die **Erweiterung** zählt zu den grundlegenden Zielen der derzeitigen Kommission: kurz nach Abschluß der Interviews für Eurobarometer 47 veröffentlichte die Kommission die **Agenda 2000**⁴, in der die Strategie für die Wiederbelebung des Wachstums, des Wettbewerbs und der Beschäftigung sowie die Modernisierung wichtiger Politikbereiche und die Ausdehnung der EU-Grenzen beschrieben wird. Die Agenda 2000 enthält außerdem eine Beurteilung der Kommission zum Stand der Vorbereitungen für den EU-Beitritt der zehn Bewerberländer und eine Empfehlung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Ungarn, Polen, Estland, der Tschechischen Republik und Slowenien.

Das dritte Kapitel befaßt sich mit der Einstellung der Bürger zum **Europäischen Parlament**, der Beurteilung seiner Zuverlässigkeit und Wirksamkeit und der Frage, welchen politischen Themen das Parlament besondere Aufmerksamkeit schenken sollte.

Im vierten Kapitel wird untersucht, wie gut sich die Bürger über die Europäische Union unterrichtet fühlen, ob sie mehr wissen wollen und wie **Informationen über die Europäische Union** und ihre Funktionsweise und Institutionen angeboten werden sollten. Wir untersuchen außerdem die Bereitschaft zu aktiver Informationssuche einschließlich der Benutzung von Internet und World Wide Web (WWW).

Das vorletzte Kapitel befaßt sich mit der subjektiven Beurteilung der nationalen und europäischen Identität. Außerdem werden die Ergebnisse der Befragung von jungen Menschen über ihren Auffassungen zu Europa erörtert⁵. Im Zusammenhang mit der Informationskampagne "**Bürger Europas**", die zur Zeit von der Europäischen Kommission geführt wird, wurden Fragen zum Stand der Kenntnisse über die Rechte der Unionsbürger, zu den benutzten Informationsquellen und zum allgemeinen Interesse an diesen Rechten gestellt, die in einem besonderen Abschnitt behandelt werden. Das Kapitel schließt mit einer Analyse der Einstellungen zu den staatsbürgerlichen Rechten und Freiheiten, die im Rahmen eines Fragenkomplexes zum "Europäischen Jahr gegen den Rassismus" gemessen wurden.

Das Schlußkapitel behandelt zwei Themen: die **Gesundheit der Frauen** und ihre Einstellungen zum Krebs, die wiederum im Rahmen einer längeren Fragenreihe untersucht wurden, und die **Rolle der Bildung und Ausbildung** sowie der Einsatz von neuen Technologien zur Vorbereitung auf eine erfolgreiche Teilhabe am Arbeitsmarkt.

Internet-Adresse für das Eurobarometer:
<http://Europa.eu.int/en/comm/dg10/infocom/epo/polls.html>

³ Informationen zu einzelnen Bereichen der EU-Politik sind unter der folgenden Internet-Adresse zu finden:
<http://Europa.eu.int/pol/index/en.htm>

⁴ Einzelheiten sind unter der Internet-Adresse der Webseite der Europäischen Kommission zu finden:
<http://Europa.eu.int/comm/agenda2000/overview/en/agenda.htm>

⁵ "Die jungen Europäer" Eurobarometer 47.2. Internet-Adresse:
<http://Europa.eu.int/en/comm/dg22/youth/research/survey.html>

Wichtige Ereignisse um die Zeit der Umfrage Januar bis Juni 1997

1. Januar	Die Niederlande übernehmen die Präsidentschaft der Europäischen Union
14. Januar	José Maria Gil-Robles wird zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt
18. Januar	Österreich: Franz Vranitzky tritt von seinem Amt als österreichischer Bundeskanzler zurück und Viktor Klima wird zu seinem Nachfolger ernannt
18. Januar	USA: Bill Clinton tritt seine zweite Amtszeit als Präsident der Vereinigten Staaten an

Januar - März	Zaire: Rebellen unter der Führung von Laurent Kabila rücken in den östlichen Landesteilen vor.
Februar	Zaire: Aus Angst vor den heranrückenden Rebellentruppen kommt es zur Massenflucht aus den Flüchtlingslagern.
2. Februar	Belgien: Fast 80 000 Menschen demonstrieren in Wallonien gegen die Schließung der Stahlwerke Forges de Clabecq.
4. Februar	Albanien: Der Zusammenbruch eines Anlagensystems, das auf dem Schneeball- oder Pyramidenprinzip basiert, löst gewalttätige Demonstrationen aus.
15. Februar	Welthandelsorganisation (WTO): 68 Länder schließen ein Übereinkommen zur Liberalisierung des weltweiten Telekommunikationsmarkts.
16. Februar	Serbien: Die Führer der Oppositionsbewegung Zajedno kündigen die Beendigung der täglichen Antiregierungsdemonstrationen an, nachdem das serbische Parlament ein Gesetz verabschiedet hat, mit dem der Sieg der Opposition bei den Kommunalwahlen im November 1996 anerkannt wird.
18.-20. Februar	BSE: Der nichtständige Untersuchungsausschuß des Europäischen Parlaments wirft der britischen Regierung und der Europäischen Kommission in seinem Bericht vor, daß sie die Rindfleischkrise anheizen würden.
19. Februar	China: Deng Xiaoping stirbt im Alter von 92 Jahren.
20. Februar	Helms-Burton-Gesetz: Die Welthandelsorganisation setzt ein Schiedsgericht ein, das die Klage der EU gegen die USA untersuchen soll.
23. Februar	Schottland: In Edinburgh wird das erste erwachsene Schaf (Dolly) geklont.
9. März	Albanien: Präsident Berisha und die Opposition vereinbaren die Bildung einer Regierung der nationalen Versöhnung und die Durchführung von Parlamentswahlen im Juni.
16. März	Brüssel: 75 000 Menschen demonstrieren für ein soziales Europa.
20.-21. März	In Helsinki erörtern Bill Clinton und Boris Jelzin die Erweiterung der NATO.
25. März	40. Jahrestag des Abschlusses der Römischen Verträge.

26. März	Mittlerer Osten: Der Beschluß Israels, mit dem Bau einer jüdischen Siedlung in Har Homan zu beginnen, führt zu Unruhen.
26. März	Albanien: Die Europäische Kommission genehmigt eine humanitäre Soforthilfe in Höhe von 2 Mio. ECU.
28. März	Albanien: Die Vereinten Nationen beschließen die Bildung einer internationalen Einsatztruppe zur Sicherstellung der Verteilung der humanitären Hilfe.
1. April	Das Scheitern der Verhandlungen über die gegenseitige Anerkennung von Veterinärnormen führt zu europäischen Importbeschränkungen und amerikanischen Gegenmaßnahmen.
10. April	UN: Dänemark beantragt bei der UN-Menschenrechtskommission eine Resolution, in der die Verletzung der Menschenrechte in China verurteilt wird. Frankreich und einige weitere EU-Länder versagen der Resolution ihre Unterstützung.
11. April	Iran: Ein deutsches Gericht beschuldigt den Iran, die Tötung von kurdischen Oppositionellen in Berlin angeordnet zu haben. Die EU fordert alle Mitgliedstaaten auf, ihre Diplomaten aus Teheran abzuziehen.
14. April	Helms-Burton-Gesetz: Die EU erwirkt die Aussetzung des WTO-Schiedsverfahrens.
15. April	In Valetta (Malta) findet die zweite Euro-Mittelmeer-Ministerkonferenz statt.
22. April	Peru: Beendigung des Geiseldramas in der Residenz des japanischen Botschafters in Lima.
24. April	Südafrika tritt als 71. AKP-Mitglied dem Lomé-Abkommen bei.
1. Mai	Vereinigtes Königreich: Wahlsieg der Labour-Partei. Tony Blair wird neuer Premierminister.
1. Juni	Frankreich: Wahlsieg der Linksparteien.
6. Juni	Bildung der französischen Regierung; Lionel Jospin wird Premierminister.

Inhaltsverzeichnis

Seite

1. Trends der öffentlichen Meinung	1
1.1 Zufriedenheit mit dem eigenen Leben	1
1.2 Zufriedenheit mit dem eigenen Leben im Fünfjahresvergleich	3
1.3 Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union	4
1.4 Vorteile durch die EU-Mitgliedschaft	6
1.5 Vorteile durch die EU-Mitgliedschaft im Jahr 2002	23
1.6 Die niederländische Präsidentschaft	24
2. Zustimmung zu aktuellen politischen Bereichen - Der Weg von Maastricht nach Amsterdam	25
2.1 Zustimmung zu aktuellen politischen Themen	25
2.2 Zustimmung zur gemeinsamen Währung	27
2.3 Zustimmung zu EU-Maßnahmen in politischen Bereichen des Vertrags von Amsterdam	30
2.4 Die Ängste der Bürger	36
3. Das Europäische Parlament	38
3.1 Vermittlung des Bekanntheitsgrads des Europa-Parlaments durch die Medien	38
3.2 Die gegenwärtige und die erwünschte Rolle des Europäischen Parlaments	40
3.3 Die Wirksamkeit des Europäischen Parlaments	42
3.4 Wichtige politische Aufgaben für das Europäische Parlament	45
4. Information und neue Kommunikationsmittel	47
4.1 Sich informiert fühlen und Informationsbedarf	47
4.2 Wie informieren sich die Bürger über die Europäische Union?	49
4.3 Bevorzugte Informationsquellen	51
4.4 Bereitschaft zu aktiver Informationssuche	52
4.5 Zugang zur Informationstechnologie	53
5. Unionsbürgerschaft - Rechte und Freiheiten	55
5.1 Sich als Europäer fühlen - nationale und europäische Identität	55
5.2 Welche Bedeutung hat Europa für die jungen Menschen?	56
5.3 Kenntnis der Bürgerrechte	58
5.4 Bekanntheitsgrad der Bürgerrechte "in den letzten Wochen"	59
5.5 Sich über die Bürgerrechte informiert fühlen	61
5.6 Interesse für die Bürgerrechte	62
5.7 Informationsquellen über die Bürgerrechte	63
5.8 Achtung der Rechte und Freiheiten	65
6. Gesundheit und Weiterbildung	67
6.1 Frauen und Krebs	67
6.2 Wirksamkeit der Vorsorgeuntersuchungen	68
6.3 Subjektive Bedeutung von Weiterbildung und Fortbildung	69
6.4 Eine Rolle für die EU im Bereich Weiterbildung und Fortbildungskurse?	70
6.5 Informationsgesellschaft und Weiterbildung	71

Anhänge

	Seite
A. Lists/Listes	A.1
A.1 List of graphics/Liste des graphiques	A.1
A.2 List of tables/Liste des tableaux.....	A.4
A.3 Explanatory note for Table Headings Note Explicative de Certains Intitulés dans les Tableaux	A.8
B. Tables Tableaux	B.1
C. Technical Specifications Fiches Techniques	C.1
C.1 Co-operating Agencies and Research Executives Instituts et Responsables de Recherche.....	C.1
C.2 Administrative Regional Units Unités Administratives Régionales	C.2
C.3 Sample Specifications - Standard Eurobarometer 47.0.....	C.3
Spécifications de l'Echantillon - Eurobaromètre Standard 47.0	C.4
C.4 Sample Specifications - Standard Eurobarometer 47.1	C.5
Spécifications de l'Echantillon - Eurobaromètre Standard 47.1	C.6
C.5 Sample Specifications - Standard Eurobarometer 47.2.....	C.7
Spécifications de l'Echantillon - Eurobaromètre Standard 47.2	C.8
C.6 Socio-Demographic and Socio-Political Variables used in cross tabulations	C.9
D. Eurobarometer Surveys on Attitudes of Europeans Recherches sur les Attitudes des Européens dans l'Eurobaromètre	D.1

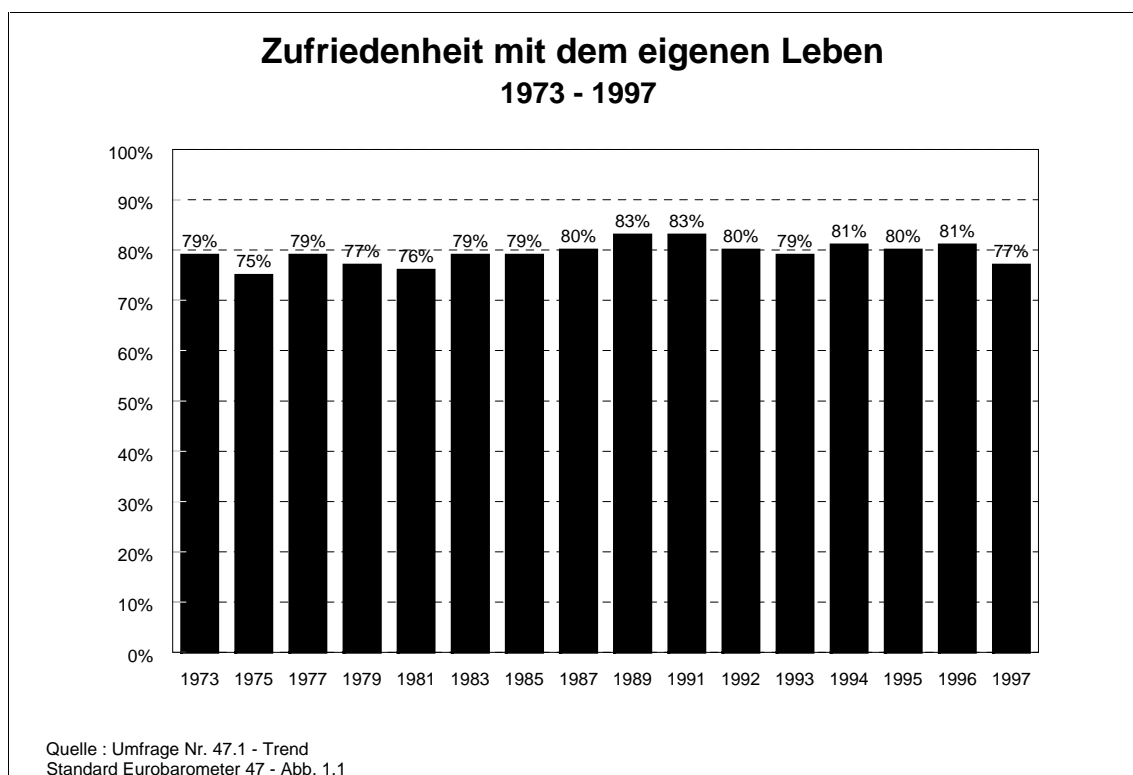
BERICHT

1. Trends der öffentlichen Meinung

Im Frühjahr 1997 war die allgemeine Lage eher durch Pessimismus gekennzeichnet. Bei allen Themen - von der Zufriedenheit mit der persönlichen Situation bis zur Haltung gegenüber der EU-Mitgliedschaft - war die Stimmung verhalten, und nirgends stellten wir eine Zunahme des Optimismus, sondern vielmehr einen Rückgang fest.

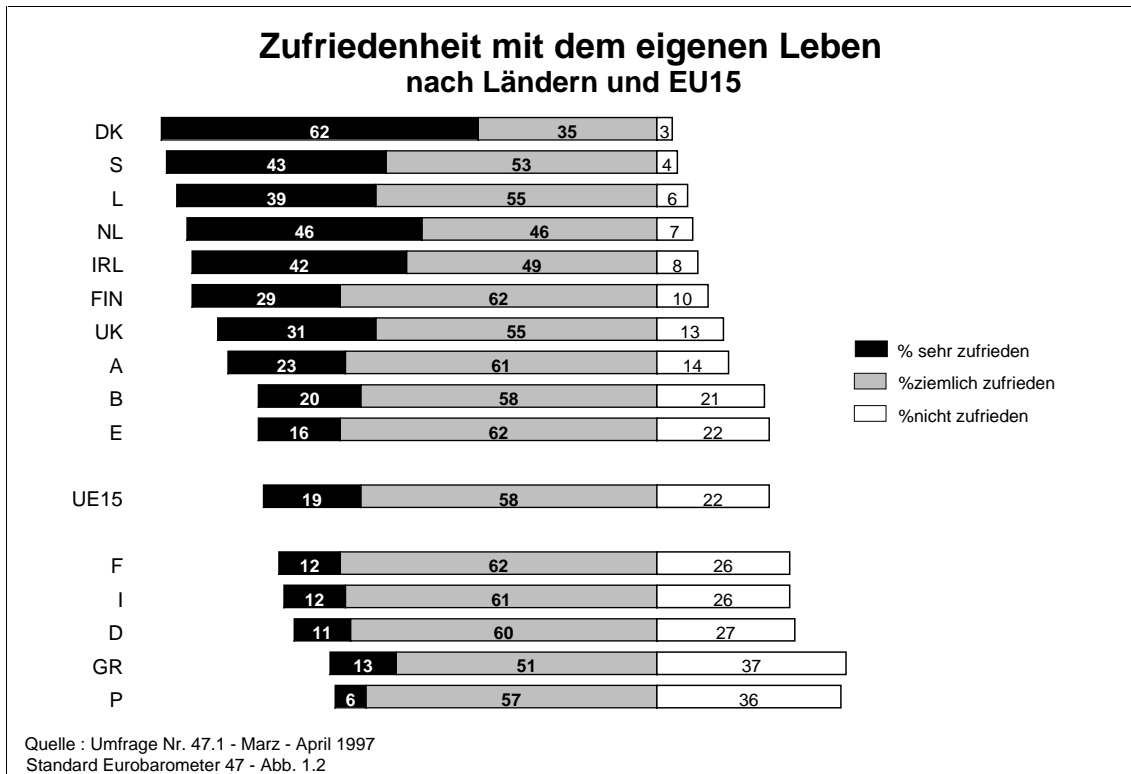
1.1 Zufriedenheit mit dem eigenen Leben

Die Zufriedenheit mit der persönlichen Situation wird von Eurobarometer seit 25 Jahren gemessen. Dieser Indikator unterliegt in der Regel nur sehr geringfügigen Schwankungen und zeichnet sich durch große Stabilität aus. Zu Beginn dieses Jahrzehnts erreichte er Rekordwerte, als 85% der Befragten entweder "sehr" oder "ziemlich" mit ihrem Leben zufrieden waren. Sieben Jahre später registrieren wir mit 77% einen der niedrigsten Werte für die Gesamtbewertung der Zufriedenheit, die je gemessen wurden. Insgesamt ist die Zufriedenheitsrate in den letzten zwölf Monaten um 4 Prozentpunkte gesunken.



Obwohl die Zufriedenheit insgesamt geringer ist, weist der Ländervergleich einige auffallende Unterschiede auf. In Dänemark war die Zufriedenheit mit dem eigenen Leben schon immer größer als in den anderen Ländern, doch ist der Anteil der "sehr" zufriedenen Dänen im Lauf des letzten Jahres um 4% gesunken. Dennoch weist Dänemark mit 62% die höchste Zufriedenheitsrate auf.

Der deutlichste Rückgang wurde in Deutschland verzeichnet: trotz einer bereits niedrigen Ausgangsbasis in Höhe von 18% der Befragten, die sich 1996 als "sehr zufrieden" bezeichneten, sank dieser Anteil um weitere 7 Prozentpunkte auf 11%. Auch in Österreich und Belgien zeigt man sich pessimistischer, denn der Anteil der "sehr" Zufriedenen ging um 7% bzw. 5% zurück.



Die wirtschaftlichen Erfolge der jüngsten Zeit schlugen sich in Irland in einer Zunahme des Zufriedenheitswerts um 8% gegenüber dem Vorjahr nieder. Eine optimistischere Stimmung herrscht auch in Griechenland (+4%), Finnland, Luxemburg, Portugal, Spanien und im Vereinigten Königreich (jeweils +2%). (Tabellen 1.1 & 1.3)

Die demographische Analyse zeigt, daß Männer und Frauen im großen und ganzen gleichermaßen mit ihrem Leben zufrieden sind. Interessanterweise ist die Altersgruppe über 55 (23% "sehr" zufrieden) deutlich zufriedener als die Altersgruppe 25-54 (16% "sehr" zufrieden). Ansonsten ist der Grad der persönlichen Zufriedenheit erwartungsgemäß eher mit einem höherem Einkommen, einer Führungsposition und einem als sicher eingestuften Arbeitsplatz verbunden. (Tabelle 1.2)

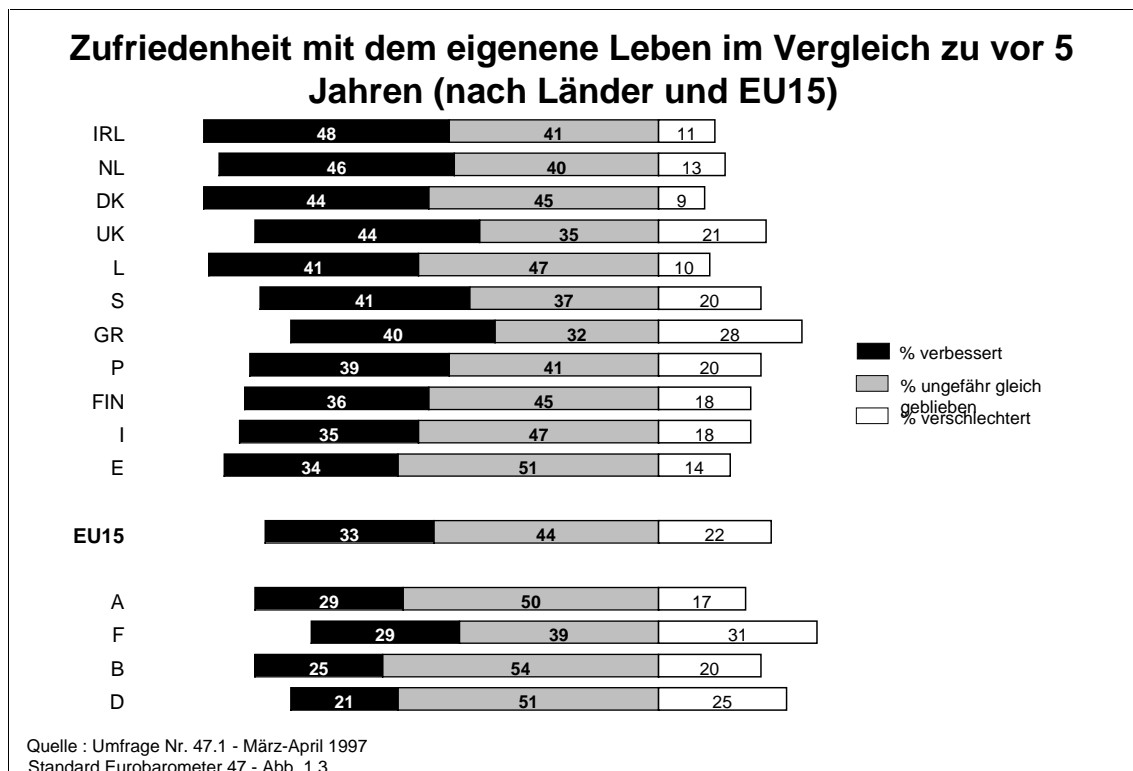
1.2 Zufriedenheit mit dem eigenen Leben im Fünfjahresvergleich

Bei der vorliegenden Eurobarometer-Umfrage wurde zum ersten Mal danach gefragt, wie die persönliche Situation im Vergleich zur Situation vor fünf Jahren eingeschätzt wird. Die Tendenzen, die wir insgesamt bei der Zufriedenheit mit dem eigenen Leben feststellen konnten, wiederholen sich in der Regel beim Vergleich mit der persönlichen Lage vor fünf Jahren. Insgesamt ist jeder dritte EU-Bürger der Meinung, daß sich die persönliche Situation im Lauf der letzten fünf Jahre gebessert hat, während ein beträchtlicher Anteil (44%) die Auffassung vertritt, daß das Leben ungefähr gleich geblieben ist. Ein durchaus bedeutender Anteil in Höhe von 22% meint, daß sich die persönliche Situation verschlechtert hat.

In Irland fiel der Vergleich mit der Situation vor fünf Jahren am positivsten aus, denn fast jeder zweite Bürger ist der Meinung, daß sich die persönliche Situation in den letzten fünf Jahren verbessert habe. In den folgenden Ländern teilten mindestens vier von zehn Personen diese Ansicht: Niederlande (46%), Dänemark und Vereinigtes Königreich (jeweils 44%), Luxemburg und Schweden (jeweils 41%) und Griechenland 40%.

Auf dem letzten Platz der Tabelle liegt Deutschland: nur 21% der Befragten sind der Meinung, daß sich das Leben im Vergleich zur Situation vor fünf Jahren gebessert hat. In Belgien wird die persönliche Lage nur von 25% der Bürger als besser eingestuft und mit Frankreich und Österreich liegen zwei weitere Länder unter dem EU-Durchschnitt, denn dort vermelden 29% eine Verbesserung ihrer persönlichen Situation.

Die genauere Untersuchung der Ergebnisse weist Frankreich als das Land aus, in dem die meisten Menschen eine negative Bilanz ziehen: rund 31% erklärten, es ginge ihnen schlechter. In Deutschland teilten 25% diese Meinung, doch noch interessanter dürfte die Tatsache sein, daß in einigen Ländern die Aussage, das Leben "hat sich verbessert", zwar viel Zustimmung findet, aber gleichzeitig auch die Aussage, das Leben "hat sich verschlechtert", hohe Werte erzielt. Dies gilt insbesondere in Griechenland, wo 40% eine Verbesserung und 28% eine Verschlechterung angeben sowie im Vereinigten Königreich mit 44% zu 21%, Schweden mit 41% zu 20% und Portugal mit 39% zu 20%. (Tabelle 1.4)



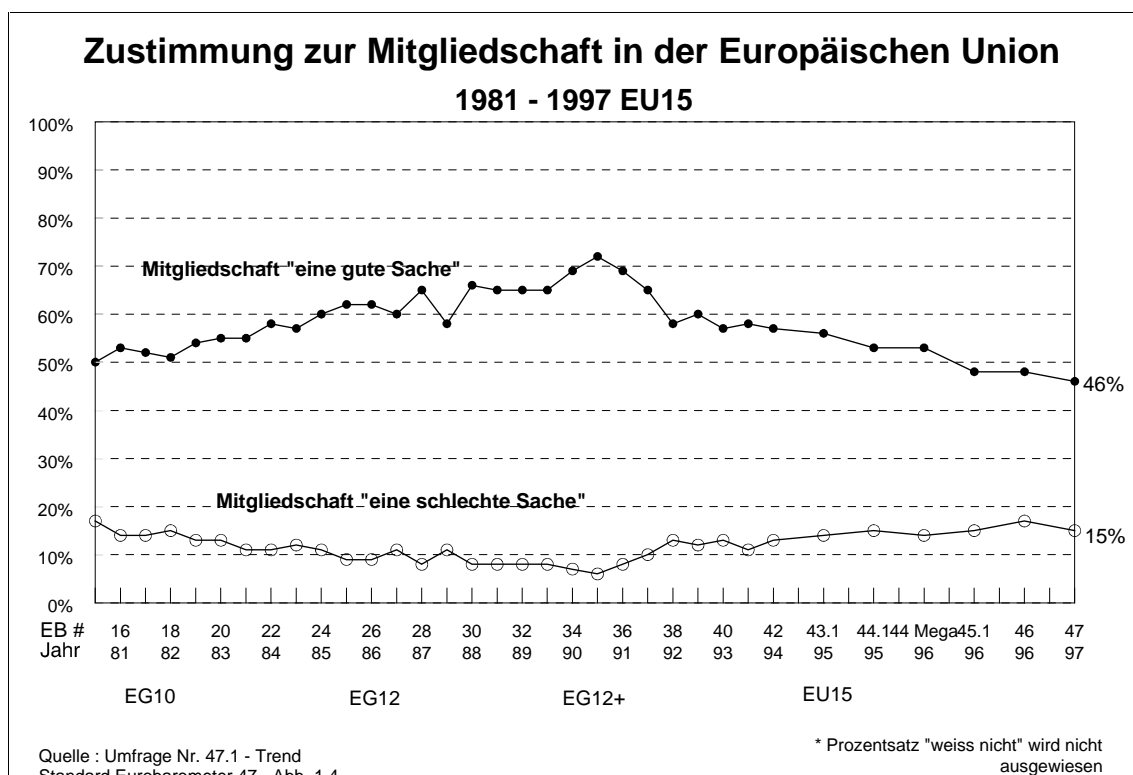
Die demographische Analyse einiger spezifischer Variablen zeigt, daß die Frauen die Verbesserung ihrer Lebenssituation nicht in der gleichen Weise empfinden wie die Männer: 31% der Frauen und 35% der Männer glauben, daß sich ihr Leben in den letzten fünf Jahren verbessert hat. Auch sind die Frauen in stärkerem Maß als die Männer der Ansicht, daß sich wenig geändert hat, denn 46% der Frauen gegenüber 42% der Männer erklärten, daß ihre Situation "ungefähr gleich" geblieben ist.

Jüngere beurteilen ihre persönliche Situation deutlich optimistischer als Ältere: in der Altersgruppe unter 25 meinen 49%, daß sich ihr Leben verbessert hat. Dies steht in scharfem Gegensatz zur Altersgruppe über 55, in der nur 18% diese Ansicht teilen.

Ebenso wie bei der Bewertung der Zufriedenheit mit dem jetzigen Leben fiel auch die Bewertung der Verbesserung der persönlichen Situation bei Personen in gutbezahlten, sicheren Führungspositionen positiv aus. Dies macht erneut deutlich, daß der Staat die Beschäftigungsprobleme sowohl unter dem Gesichtspunkt der Schaffung von Arbeitsplätzen als auch der langfristigen Sicherung der Arbeitsplätze dringend in Angriff nehmen muß. (Tabelle 1.5)

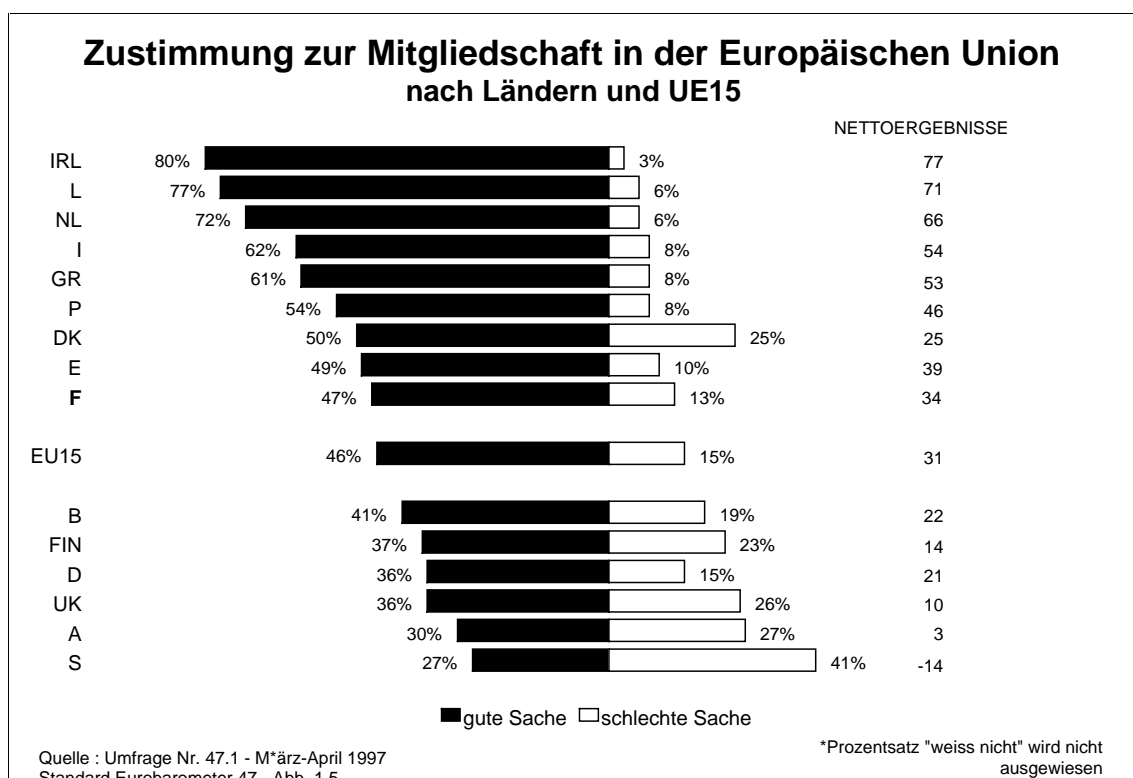
1.3 Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union

Die gemessene Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft liegt weiterhin im Verhältnis 2:1 über der Ablehnung der EU-Mitgliedschaft. Die EU-Zugehörigkeit des eigenen Landes wird von 46% aller EU-Bürger für eine "gute Sache" und von 15% für eine "schlechte Sache" gehalten.



Obwohl die Mehrheit der Befragten die EU-Mitgliedschaft ihres Landes klar befürwortet, ist die Zustimmung weiterhin rückläufig. Nach einem scharfen Rückgang um 5% im Jahr 1996, als die britische Regierung den möglichen Zusammenhang zwischen einer neuen Variante der Creutzfeld-Jakob-Krankheit (CJD) und dem Rinderwahnsinn (BSE) bekanntgab, und einer Stabilisierung auf einem niedrigeren Wert von Frühjahr bis Herbst 1996 ist die Zustimmungsrates im Frühjahr 1997 um weitere 2 Prozentpunkte gefallen.

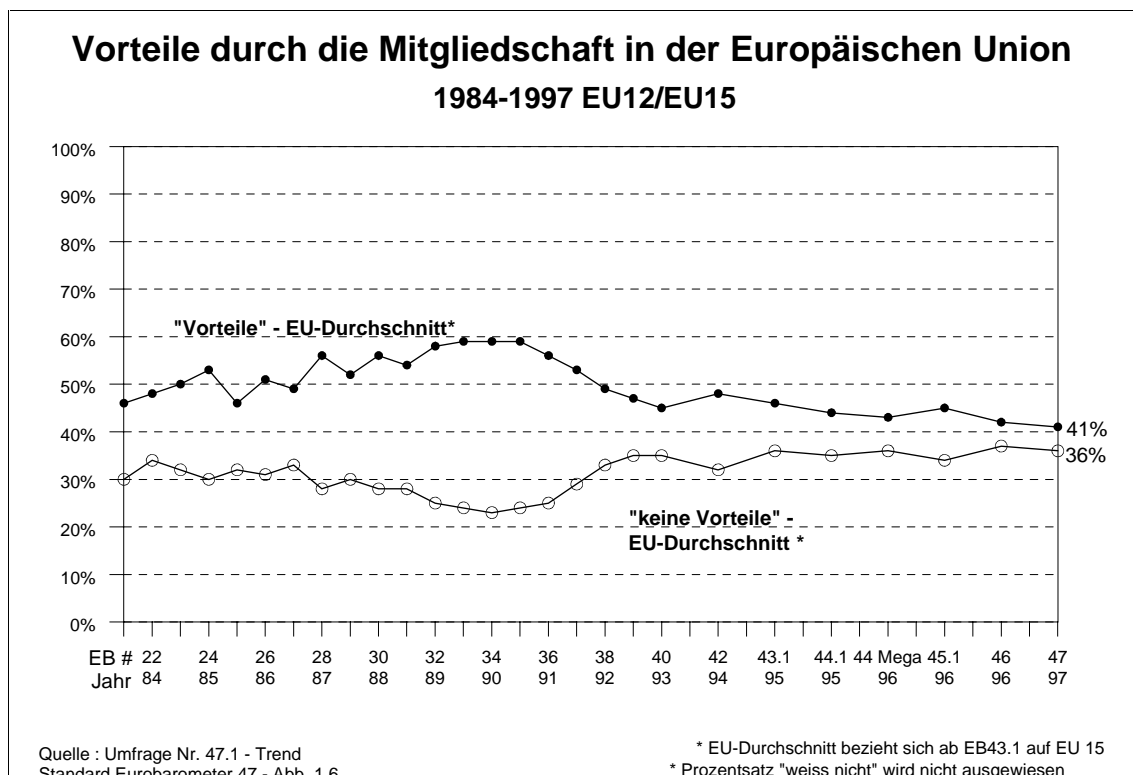
Die beinahe universelle Abnahme der Zustimmung, die das Eurobarometer Nr. 46 registrierte, gibt ein weniger einheitliches Bild ab, wenn die Ergebnisse nach Ländern untersucht werden. In einigen kleineren Mitgliedstaaten, insbesondere in Luxemburg (+5%), Irland (+6%), Griechenland (+9%) und interessanterweise in Dänemark (+12%) findet die EU-Mitgliedschaft mehr Zustimmung. In der Gruppe der größeren Mitgliedstaaten hat die Zustimmung in Frankreich am stärksten zugenommen (+7%), während die Meinungen in Deutschland, Spanien und im Vereinigten Königreich relativ unverändert blieben. In Italien ging die Zustimmung deutlich zurück (-6%). (Tabellen 1.6 & 1.8)



Die demographische Analyse bestätigt die Ergebnisse früherer Umfragen: Frauen sind in beträchtlichem Maß weiterhin negativer eingestellt als Männer (beinahe 10 Prozentpunkte weniger bei den Frauen). Damit setzt sich ein in den letzten 18 Monaten registrierter Trend fort. Der Anteil der Frauen, die der Europäischen Union zustimmen, liegt gegenwärtig bei nur 42%. Andere Variable belegen in der Regel die inzwischen klassischen Unterschiede: hohe Korrelationen zwischen der Zustimmung zur Union und hohem Bildungsniveau, hoher beruflicher Stellung und dem oberem Einkommensquartil. In der Altersgruppe über 55 ist die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft am niedrigsten. (Tabelle 1.7)

1.4 Vorteile durch die EU-Mitgliedschaft

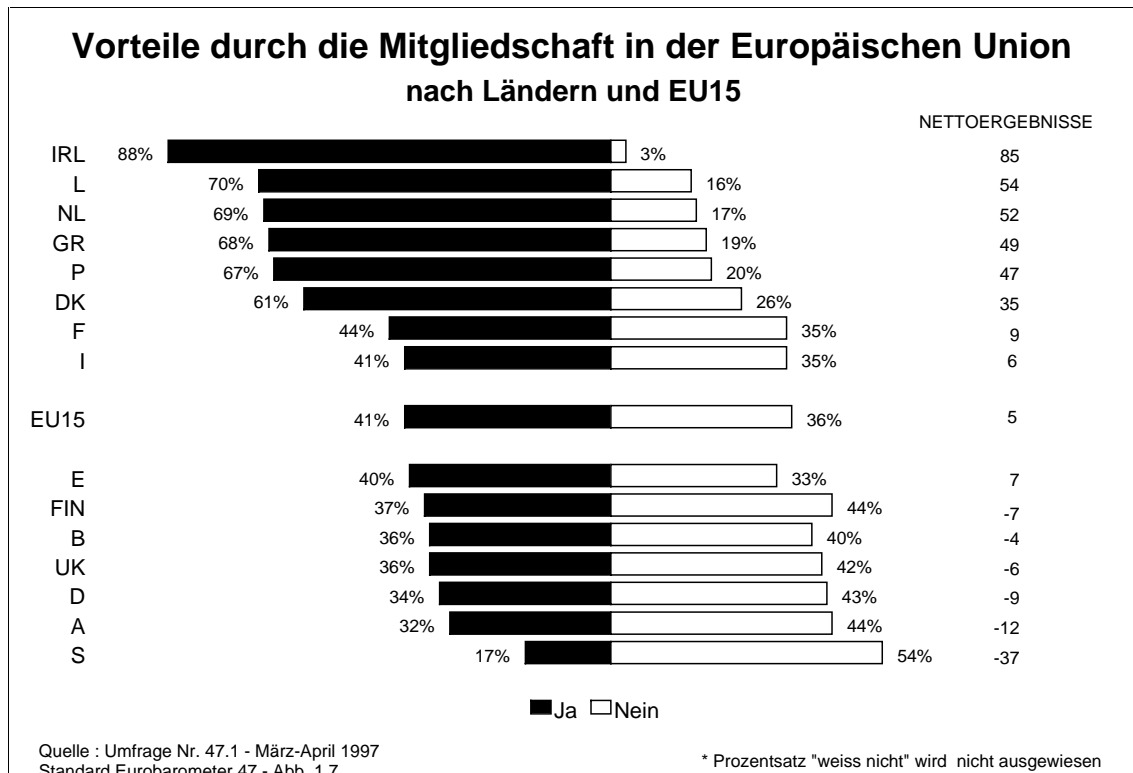
Die subjektive Beurteilung der Vorteile, die dem eigenen Land aus der EU-Mitgliedschaft erwachsen, hat den niedrigsten Stand erreicht, seit Eurobarometer diesen speziellen Indikator mißt. Lediglich vier von zehn Personen glauben, daß die Zugehörigkeit zur EU dem eigenen Land Vorteile gebracht hat, und ein nur geringfügig kleinerer Anteil der Befragten (36%) meint, daß das eigene Land nicht davon profitiert. Jeder Fünfte kann nicht sagen, ob die EU-Mitgliedschaft dem eigenen Land etwas bringt. Der Anteil der Unentschiedenen ist in den letzten zwei Jahren konstant geblieben: die Veränderung der öffentlichen Meinung ist überwiegend dadurch bedingt, daß sich die Stimmen von "Vorteile" auf "keine Vorteile" verlagern.



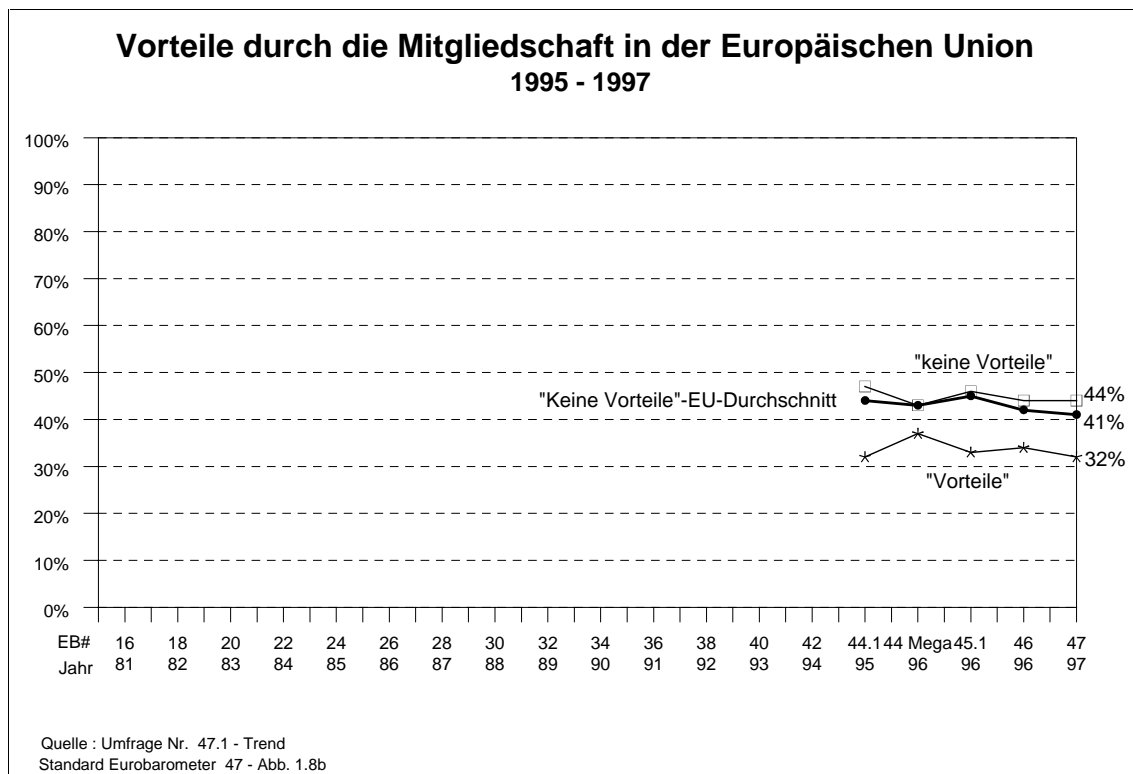
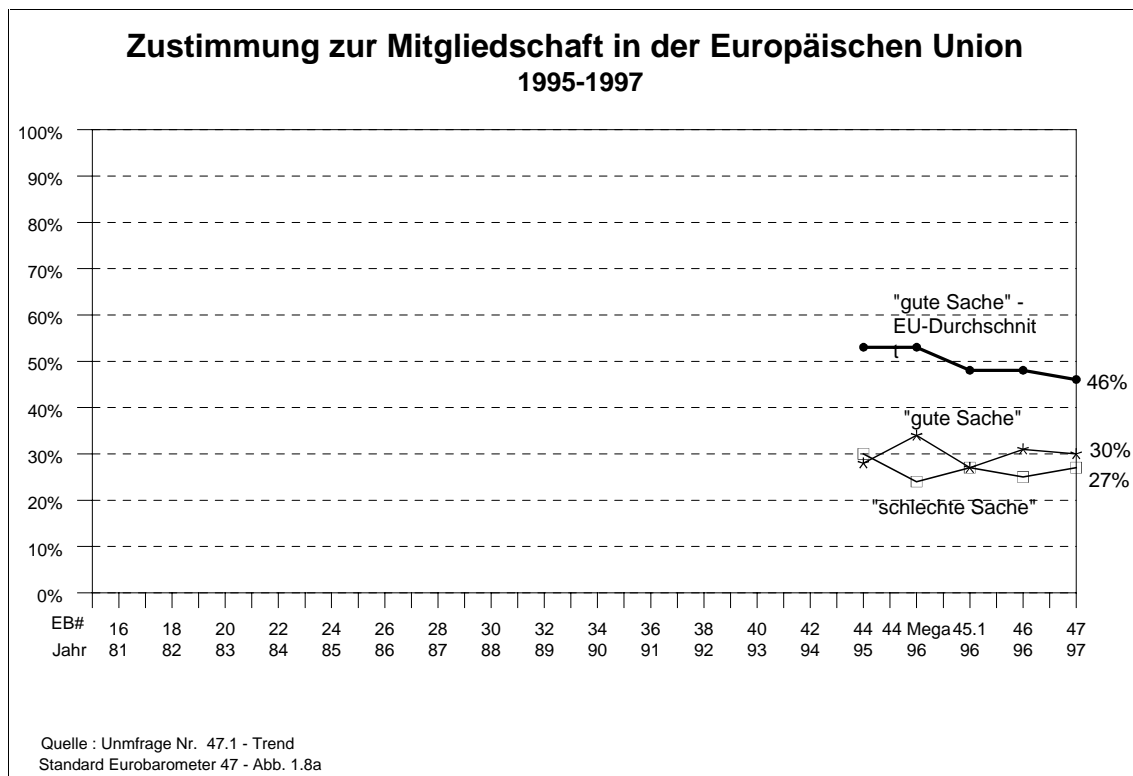
Zwar ging der Gesamtindex der "Vorteile" im Lauf der letzten beiden Jahre kontinuierlich, wenn auch langsam zurück (mit einem schärferen Rückgang zwischen 1991 und 1993), doch bedeutet dies nicht, daß die EU-Mitgliedschaft in allen Ländern in gleicher Weise beurteilt wird. Obwohl die Zustimmung zur Union bis zu einem gewissen Grad mit der Bewertung der Vorteile übereinstimmt, lassen sich einige auffallende Veränderungen der öffentlichen Meinung feststellen. Eine deutlich positivere Beurteilung der Vorteile der EU-Mitgliedschaft wurde in Dänemark (Nettowert +12%⁶) und Luxemburg (+11%) verzeichnet. Spanien und das Vereinigte Königreich weisen mit einer Verbesserung um 7 Prozentpunkte ebenfalls eine positive Entwicklung auf. In Italien hingegen war der im Herbst 1996 registrierte Nettowert in Höhe von +23 im Frühjahr 1997 auf +6 gefallen, was einer Verschiebung um rund 17 Prozentpunkte entspricht. Auch in Belgien ist die Entwicklung rückläufig: der Nettowert sank von +5 auf -4, was einen Rückgang um 9 Prozentpunkte darstellt. (Tabellen 1.9 & 1.11)

⁶ Nettowerte errechnen sich aus der Differenz der negativen und positiven Antworten.

Die demographische Analyse ergibt ein ähnliches Muster wie beim vorhergehenden Indikator für die Zustimmung zur Europäischen Union. Die Männer sehen die EU-Mitgliedschaft in einem viel positiveren Licht sehen als die Frauen: 47% der Männer glauben, daß sie ihrem Land Vorteile bringt, während erheblich weniger Frauen (37%) diese Meinung teilen. Jüngere und noch in der Ausbildung stehende Personen empfinden die Mitgliedschaft als vorteilhafter. Ganze 53% der Personen, die ihre Ausbildung nach dem 20. Lebensjahr abgeschlossen haben, und nur 34% der Personen die vor dem 16. Lebensjahr die Schule verlassen haben, sehen Vorteile in der EU-Mitgliedschaft - das entspricht einer Differenz von fast 20%. Führungskräfte und Bezieher von hohen Einkommen sind ebenfalls positiver eingestellt, denn in dieser Kategorie halten 55% bzw. 52% die EU-Mitgliedschaft für vorteilhaft. (Tabelle 1.10)

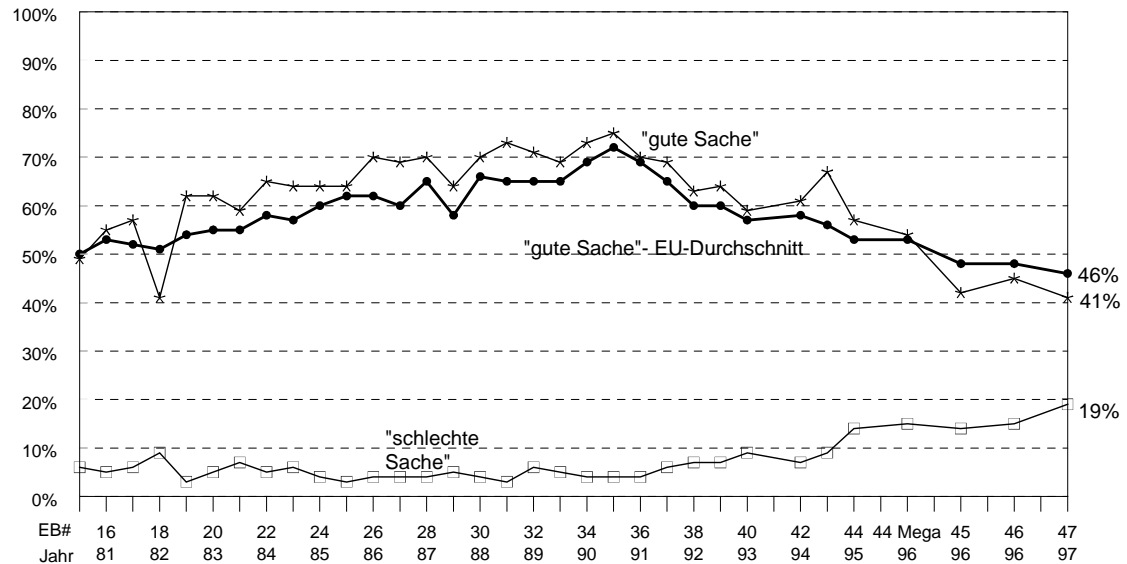


ÖSTERREICH



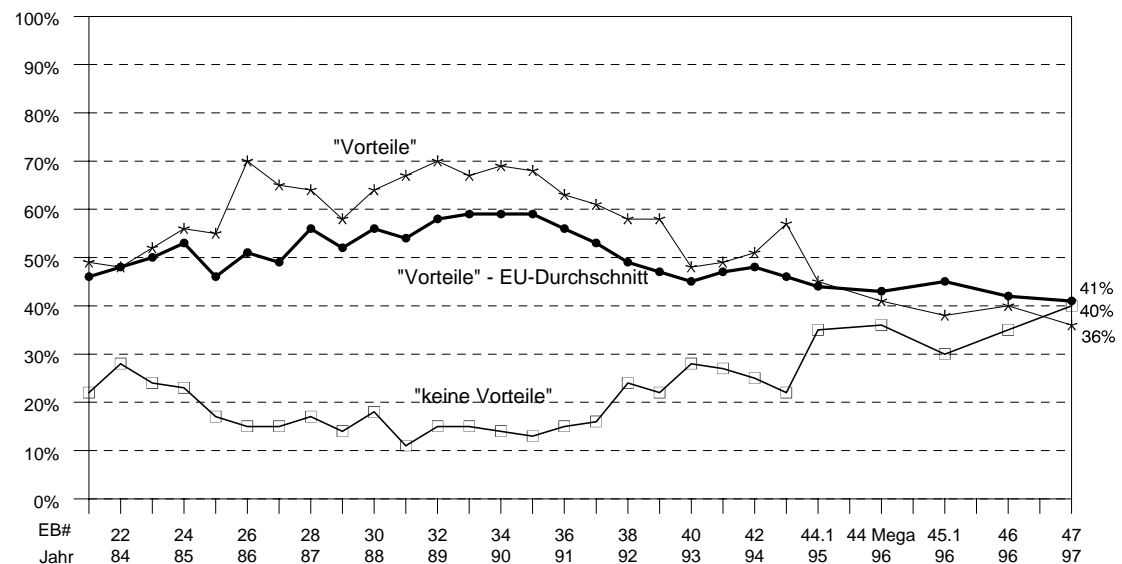
BELGIEN

Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union 1981 - 1997



Quelle : Umfrage Nr. 47.1 - Trend
Standard Eurobarometer 47 - Abb. 1.8a

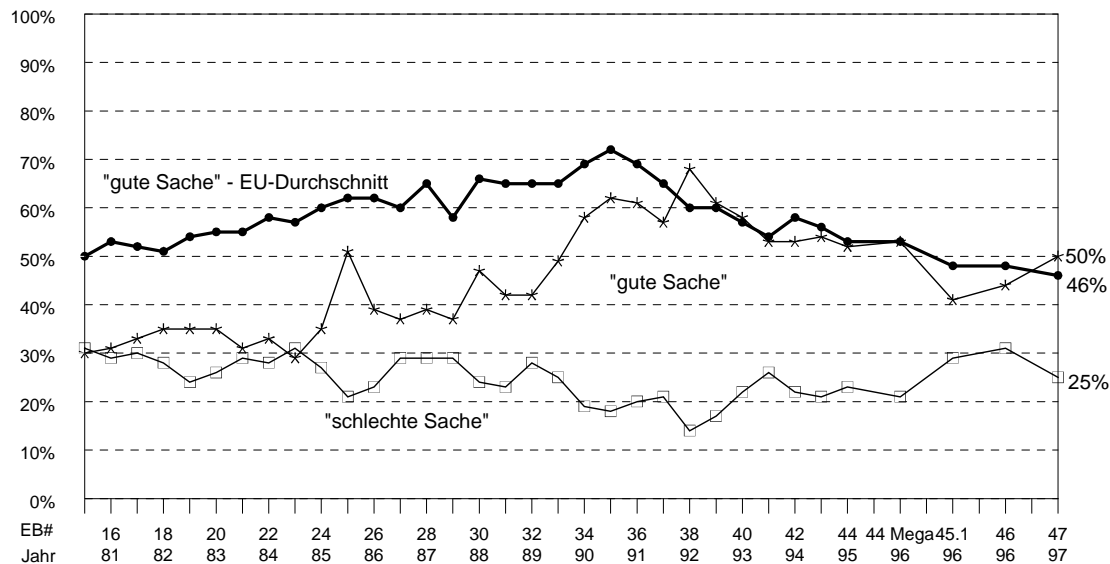
Vorteile durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union 1984-1997



Quelle : Umfrage Nr. 47.1 - Trend
Standard Eurobarometer 47 - Abb. 1.8b

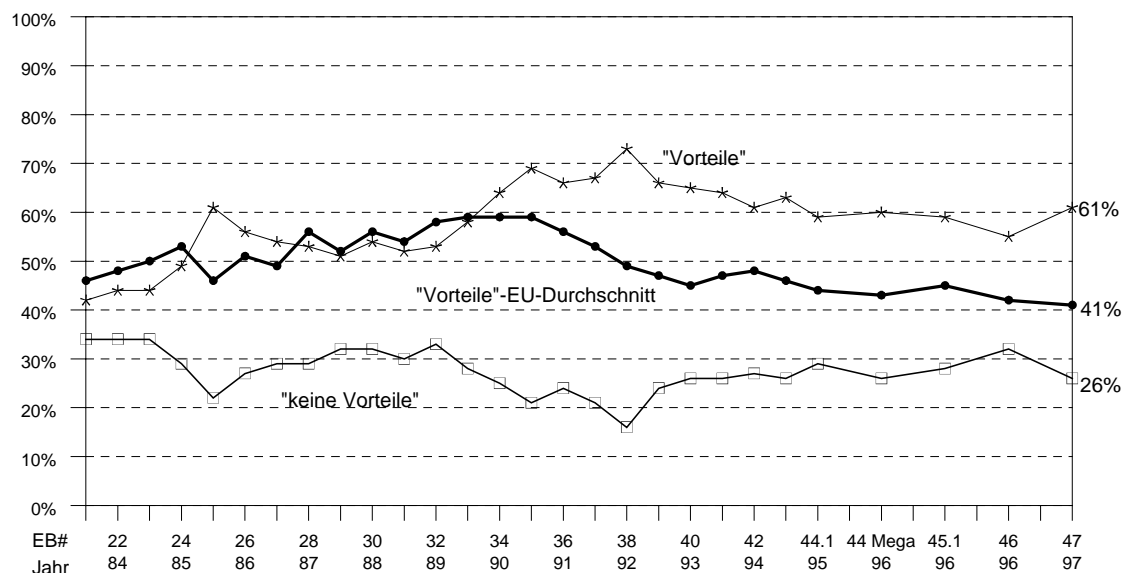
DÄNEMARK

Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union 1981 - 1997



Quelle : Umfrage nr. 47.1 - Trend
Standard Eurobarometer 47 - Abb 1.8a

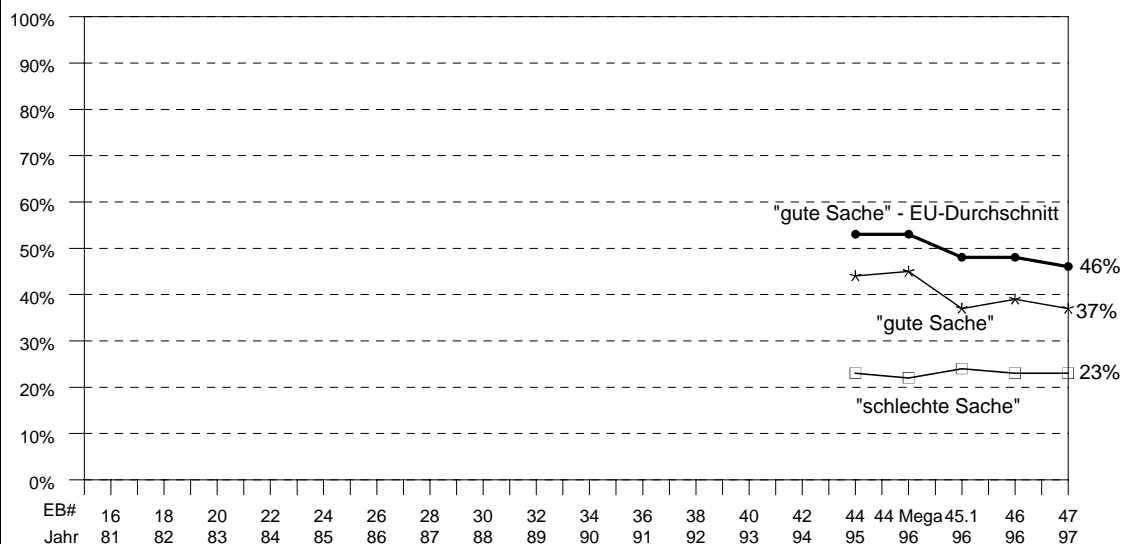
Vorteile durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union 1984-1997



Quelle : Umfrage nr. 47.1 - Trend
Standard Eurobarometer 47 - Abb. 1.8b

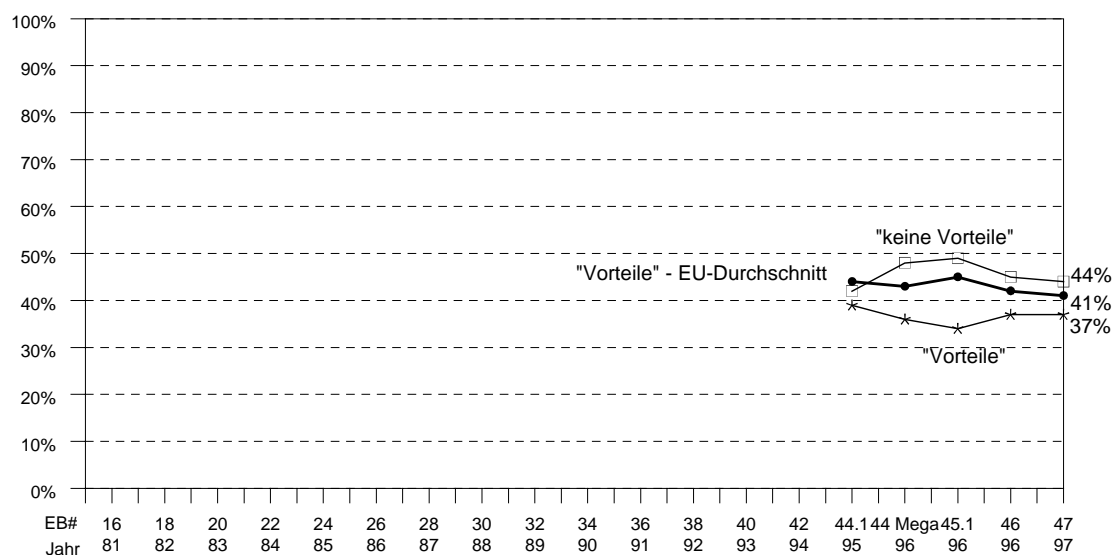
FINNLAND

Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union 1995-1997



Quelle : Umfrage nr. 47.1 - Trend
Standard Eurobarometer 47 - Abb. 1.8a

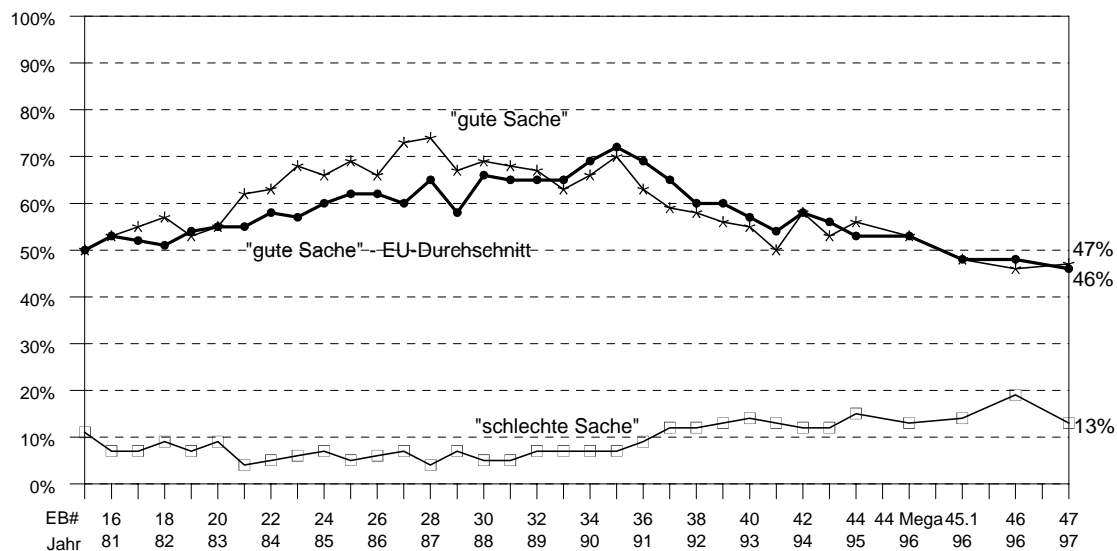
Vorteile durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union 1995 - 1997



Quelle : Umfrage Nr. 47.1 - Trend
Standard Eurobarometer 47 - Abb. 1.8b

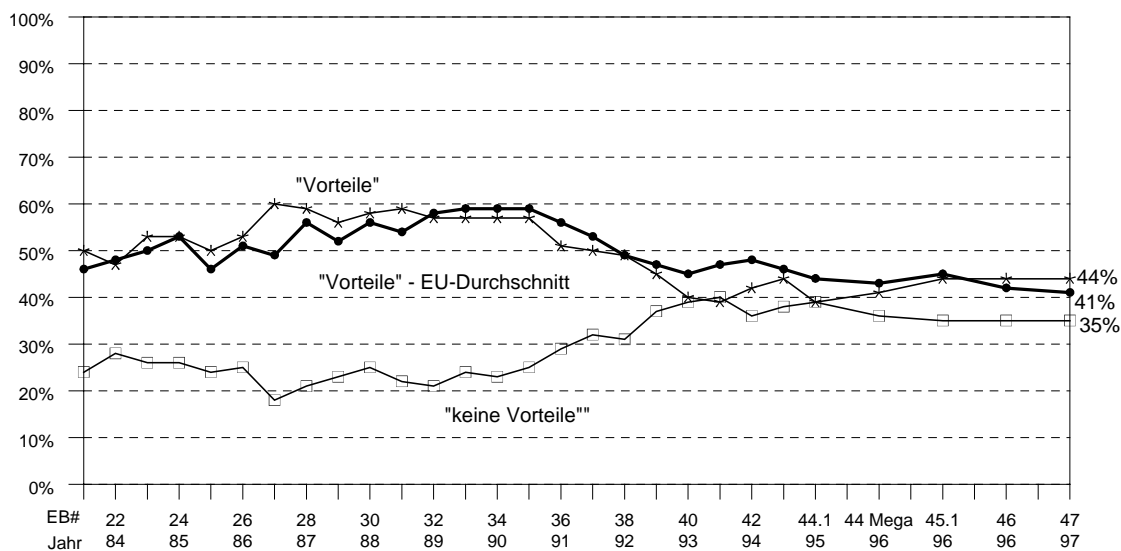
FRANKREICH

Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union 1981-1997



Quelle : Umfrage Nr. 47.1 - Trend
Standard Eurobarometer 47 - Abb 1.8a

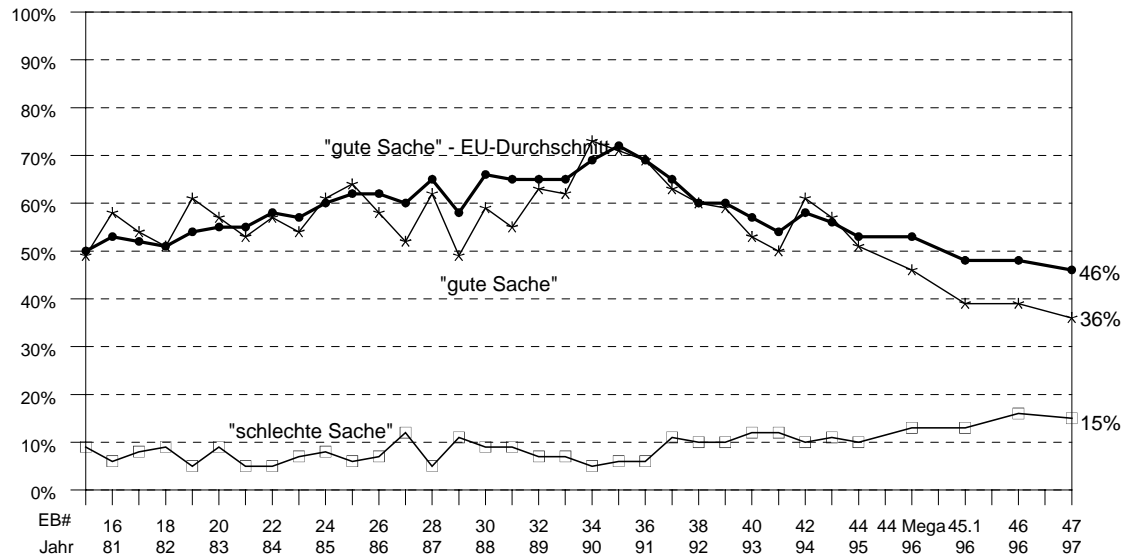
Vorteile durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union 1984-1997



Quelle : Umfrage Nr. 47.1 - Trend
Standard Eurobarometer 47 - Abb. 1.8b

DEUTSCHLAND

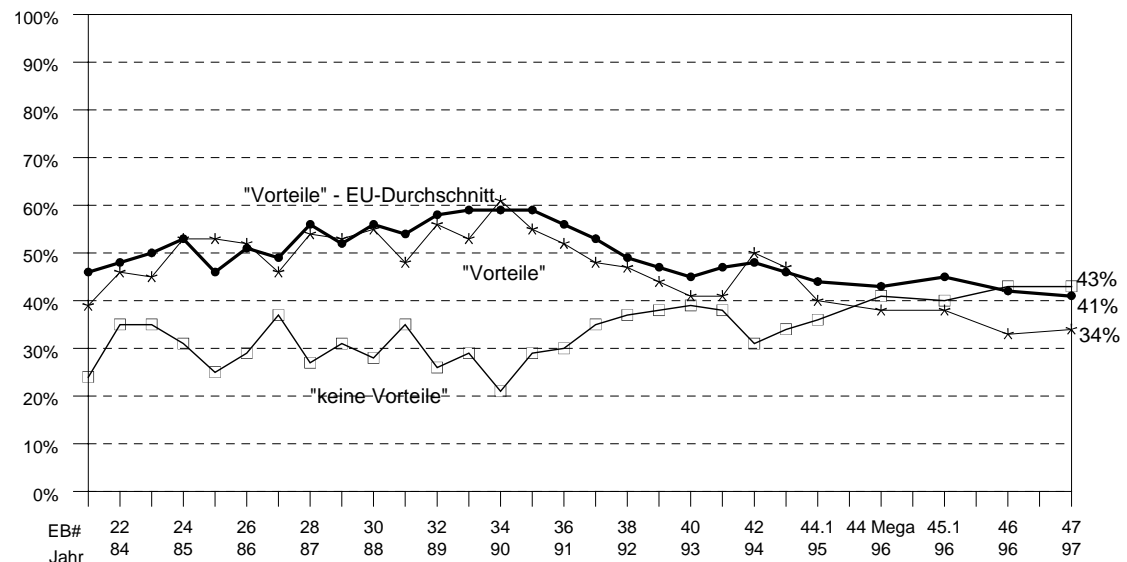
Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union 1981-1997 *



Quelle: Umfrage Nr. 47.1 - Trend
Standard Eurobarometer 47 - Abb. 1.8a

*ab Herbst 1990 vereinigt D

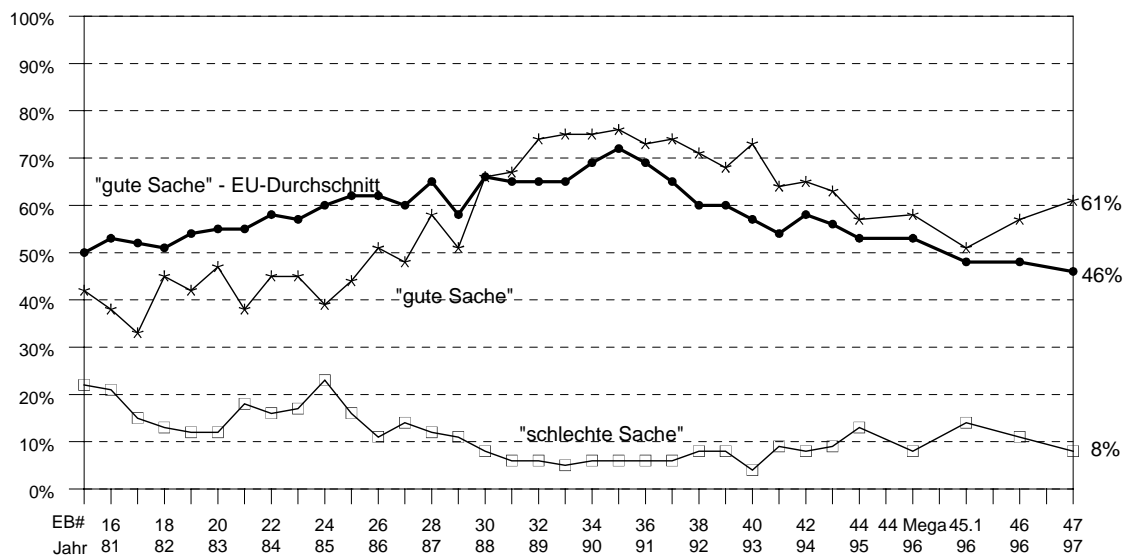
Vorteile durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union 1984-1997 *



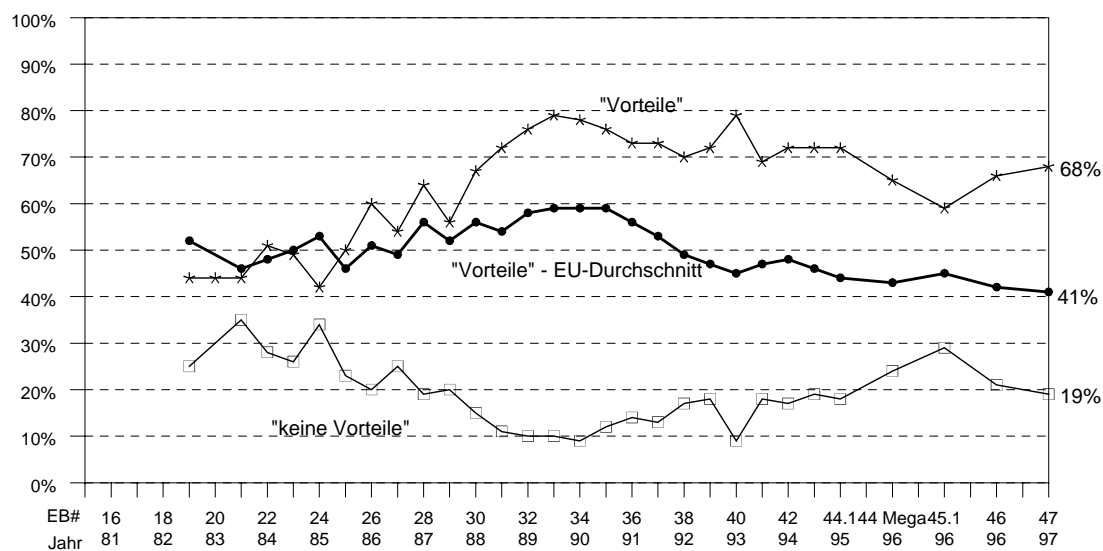
Quelle: Umfrage Nr. 47.1 - Trend
Standard Eurobarometer 47 - Abb. 1.8b

*ab Herbst 1990 vereinigt D

GRIECHENLAND

Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union
1981-1997

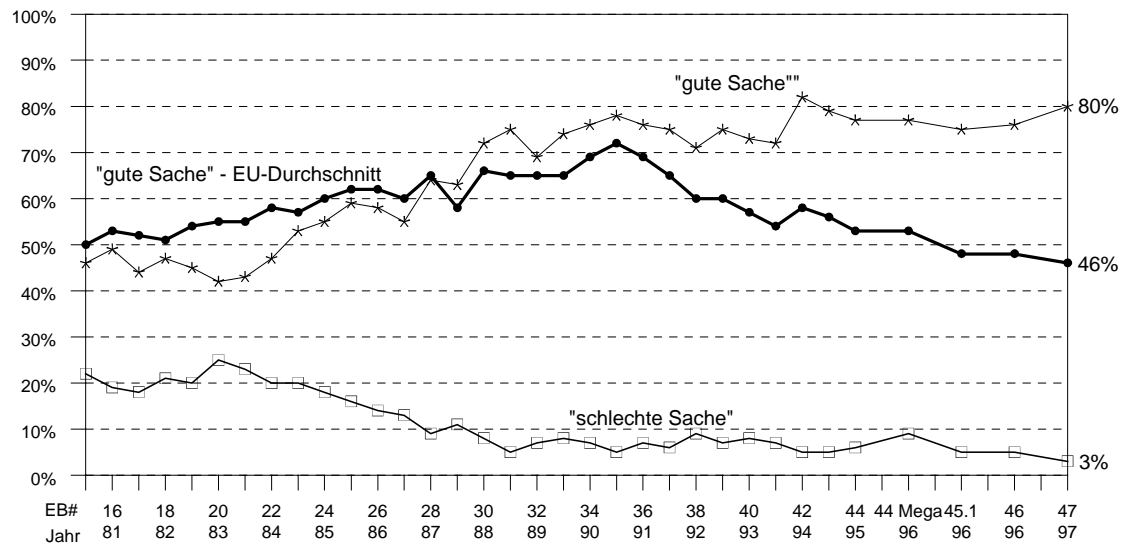
Quelle : Umfrage Nr. 47.1 - Trend
Standard Eurobarometer 47 - Abb. 1.8a

Vorteile durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union
1983 - 1997

Quelle: Umfrage Nr. 47.1 - Trend
Standard Eurobarometer 47 - Abb 1.8b

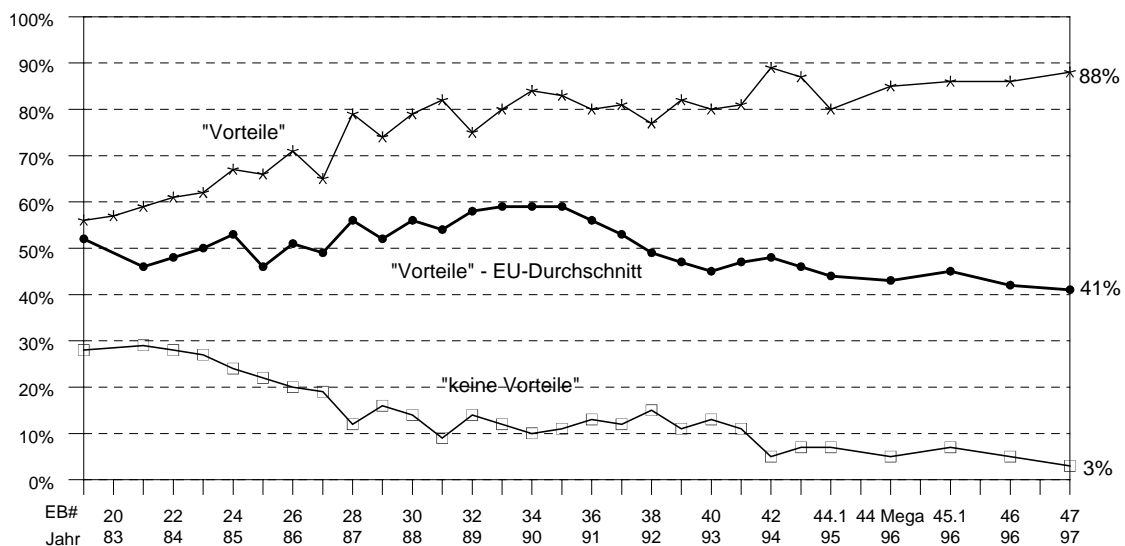
IRLAND

Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union 1981-1997



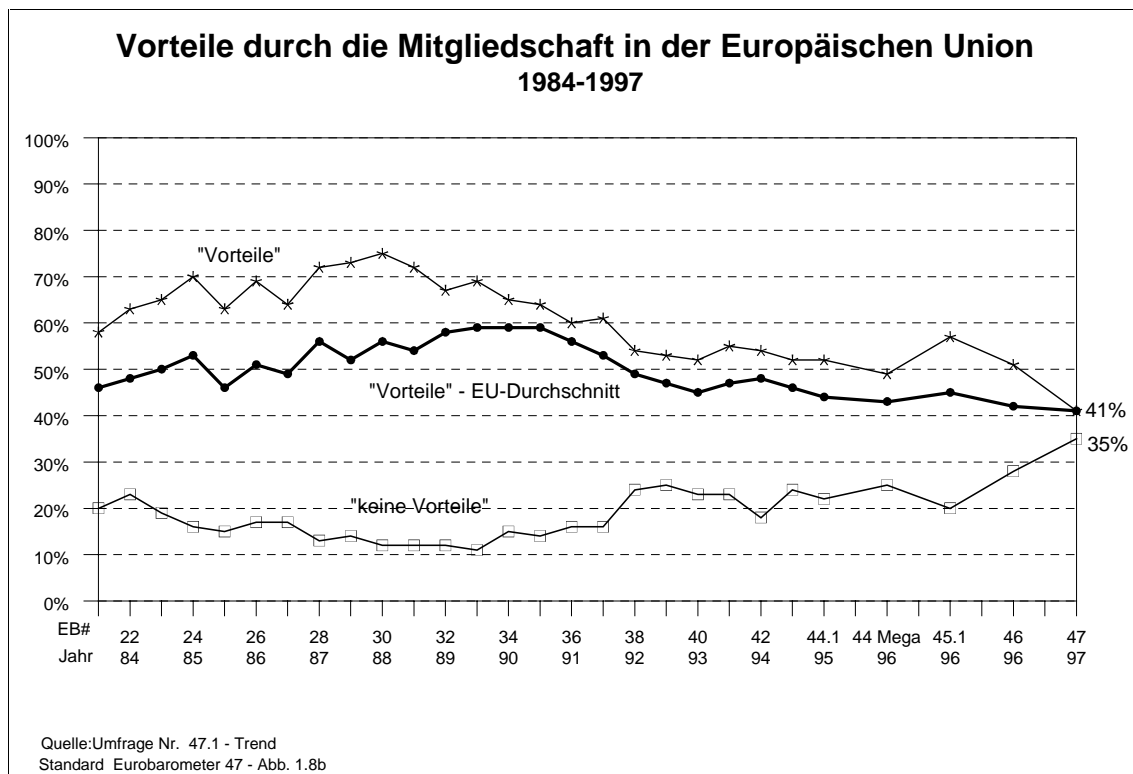
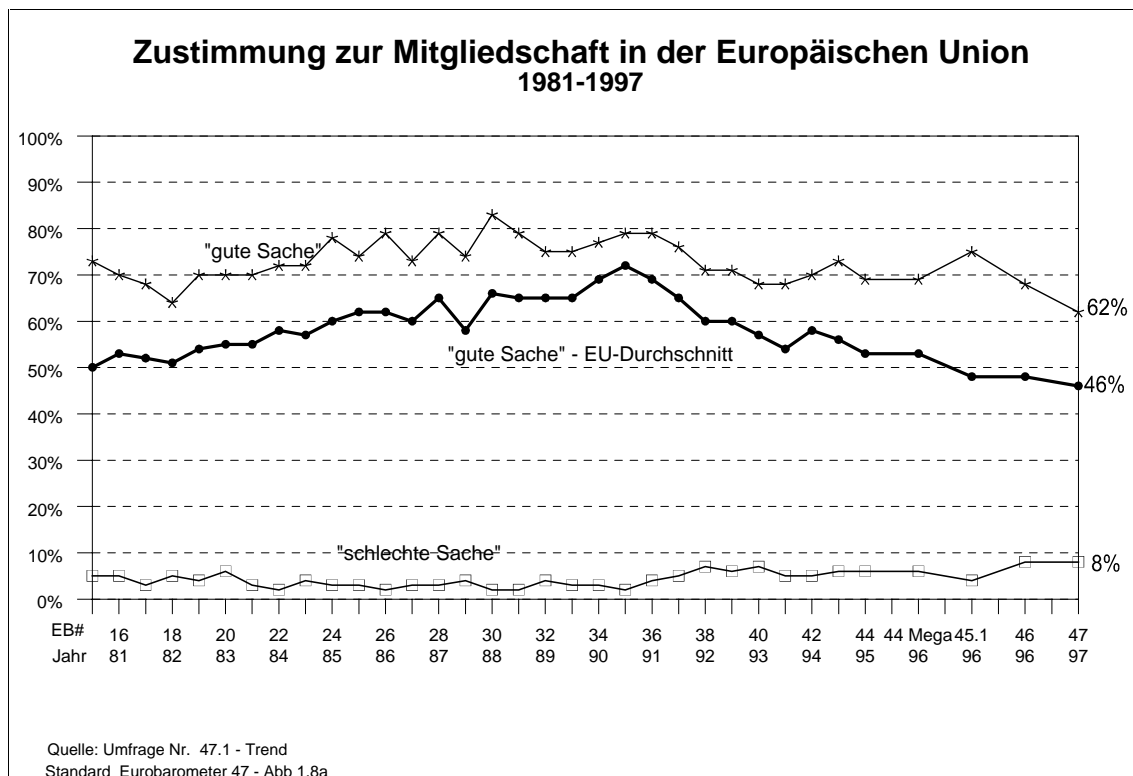
Quelle: Umfrage Nr. 47.1 - Trend
Standard Eurobarometer 47 - Abb. 1.8a

Vorteile durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union 1983 - 1997



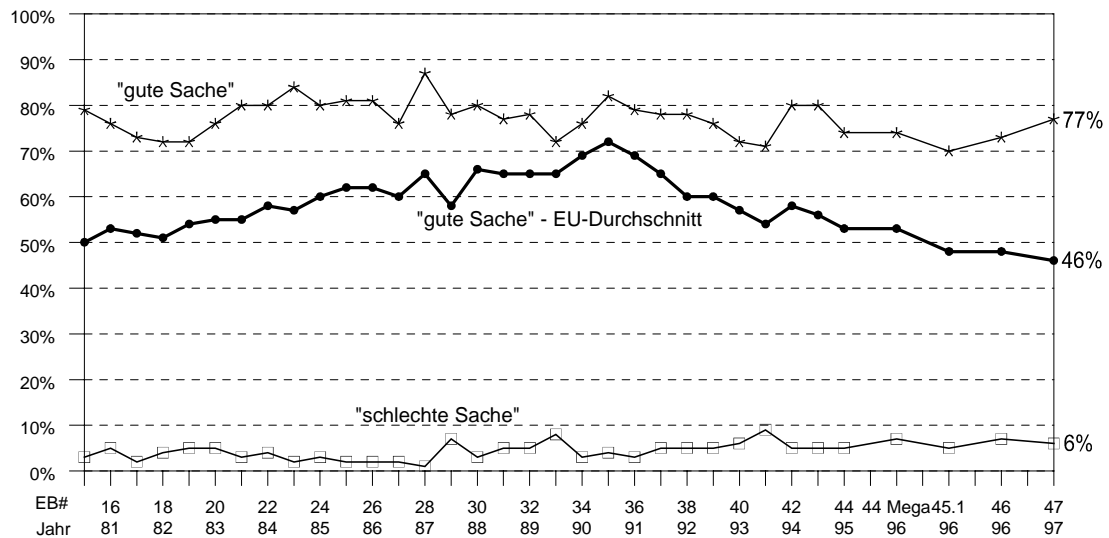
Quelle: Umfrage Nr. 47.1 - Trend
Standard Eurobarometer 47 - Abb. 1.8b

ITALIEN



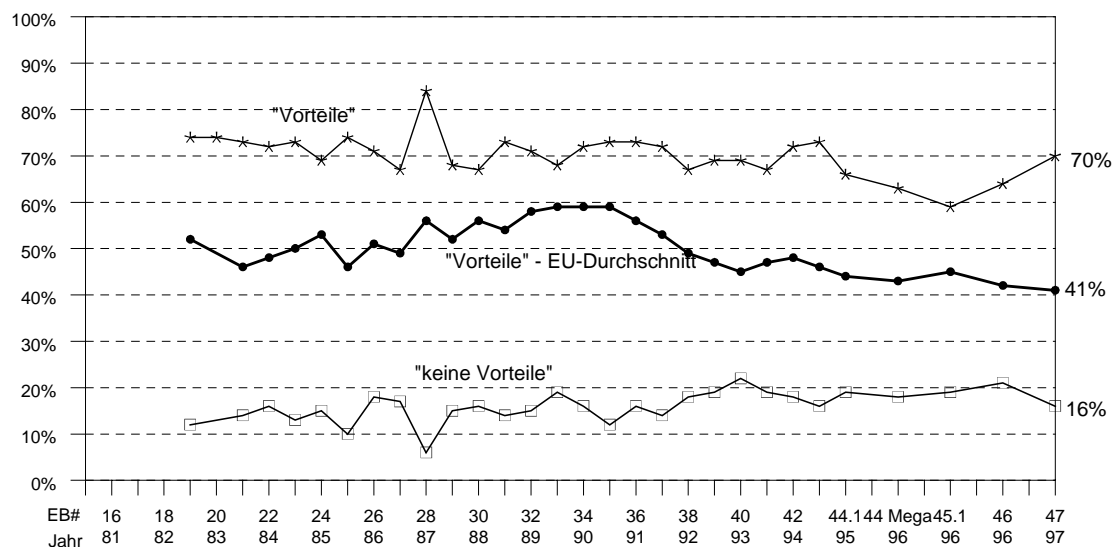
LUXEMBURG

Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union 1981-1997



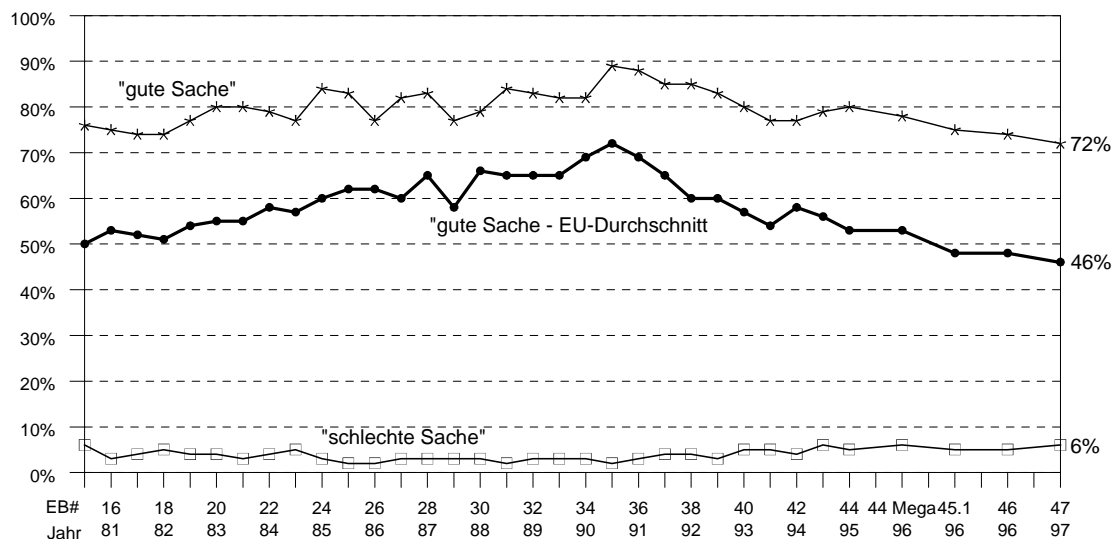
Quelle: Umfrage Nr. 47.1 - Trend
Standard Eurobarometer 47 - Abb. 1.8a

Vorteile durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union 1983 - 1997

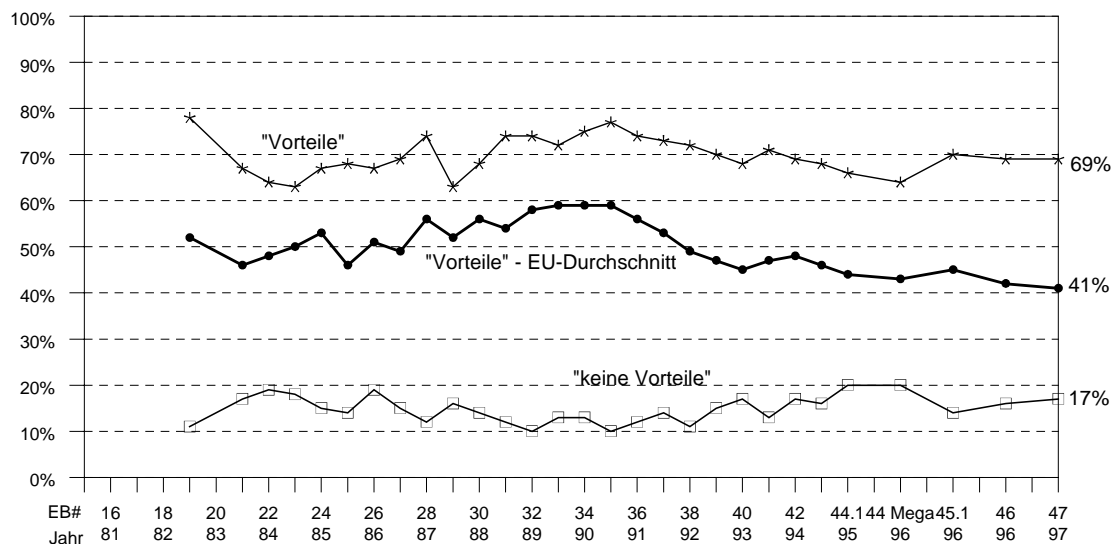


Quelle : Umfrage Nr. 47.1 - Trend
Standard Eurobarometer 47 - Abb. 1.8b

NIEDERLANDE

Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union
1981-1997

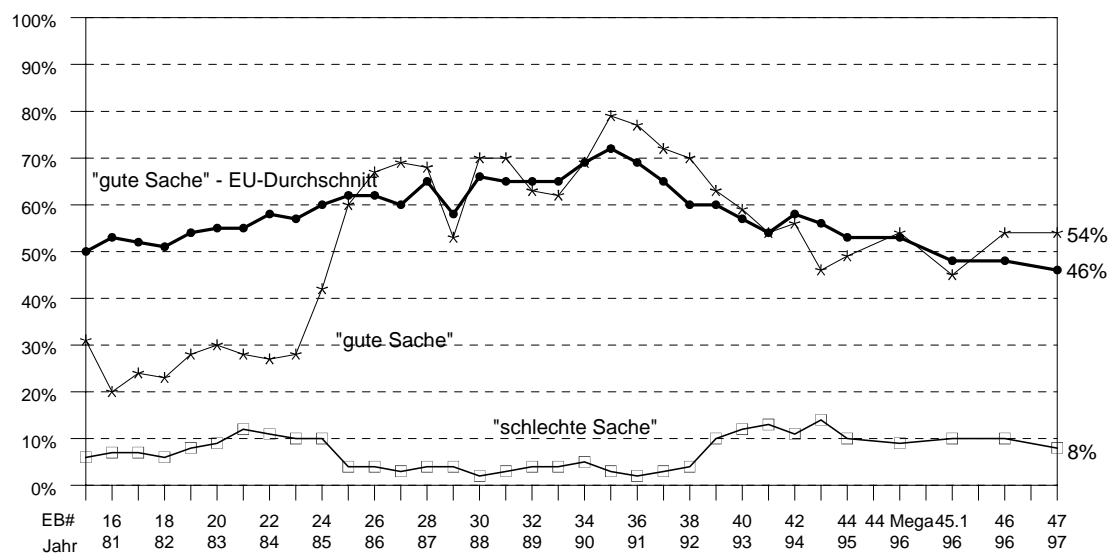
Quelle: Umfrage Nr. 47.1 - Trend
Standard Eurobarometer 47 - Abb. 1.8a

Vorteile durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union
1983 - 1997

Quelle: Umfrage Nr. 47.1 - Tendence
Standard Eurobarometer 47 - Abb. 1.8b

PORTUGAL

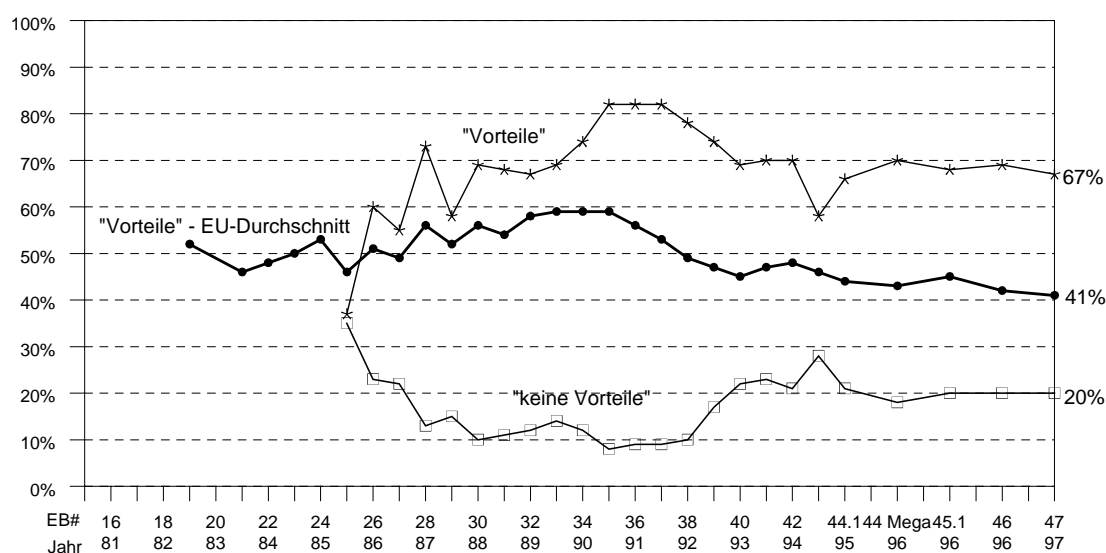
Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union 1981-1997 *



Quelle : Umfrage Nr. 47.1 - Trend
Standard Eurobarometer 47 - Abb. 1.8a

*1981-1985 "wäre"

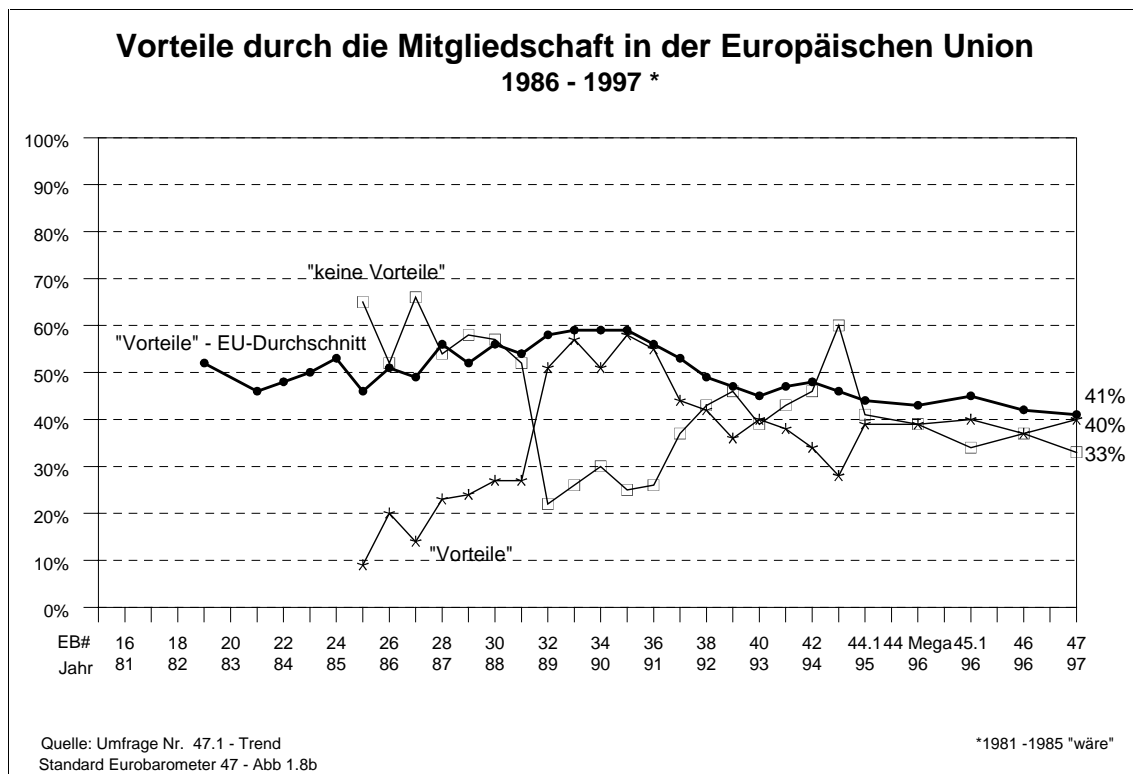
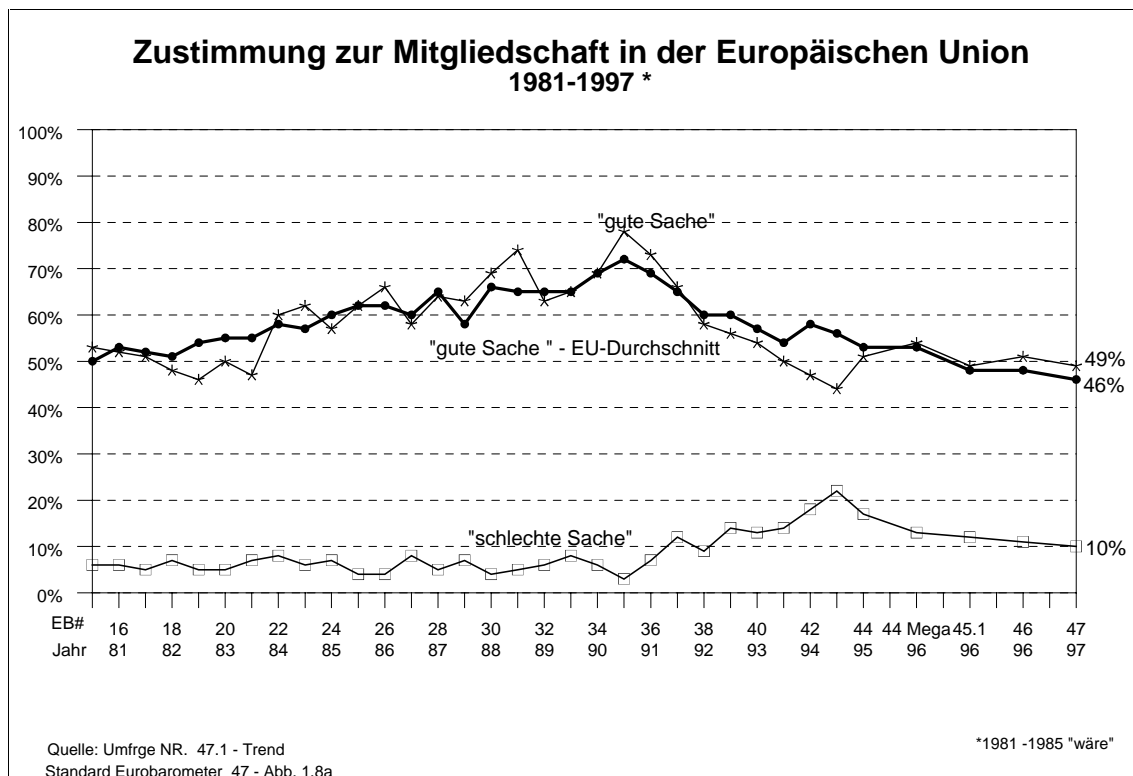
Vorteile durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union 1986 - 1997 *



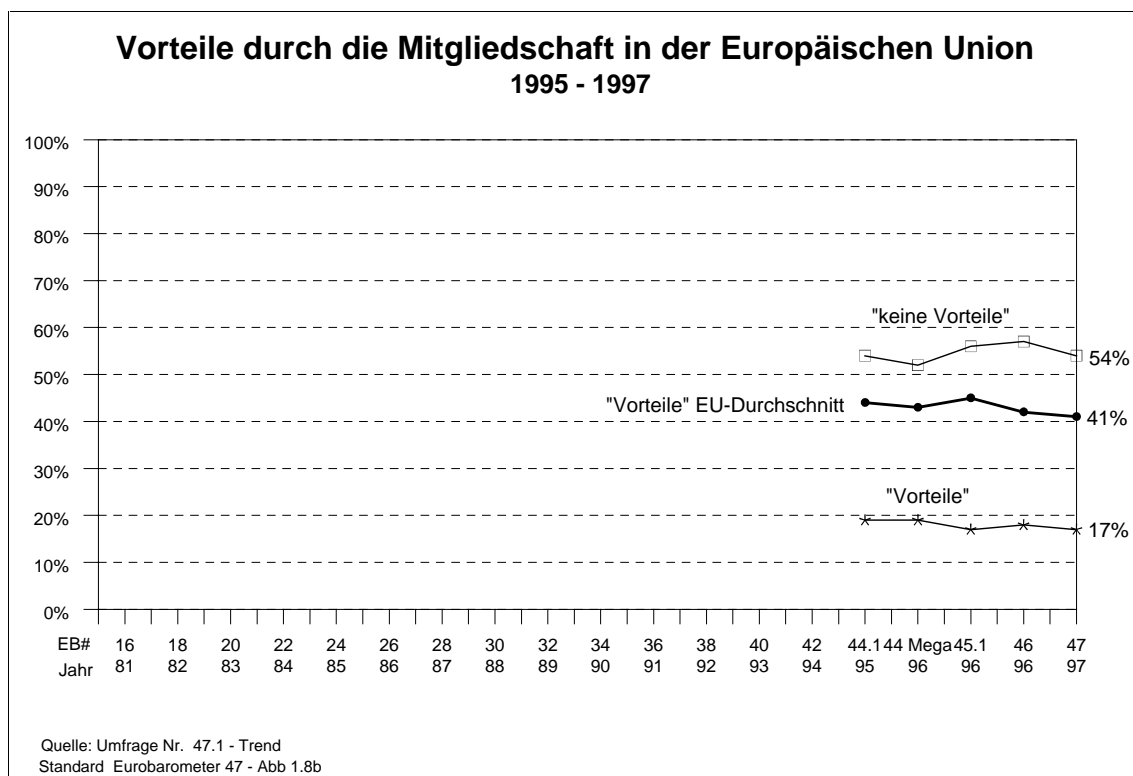
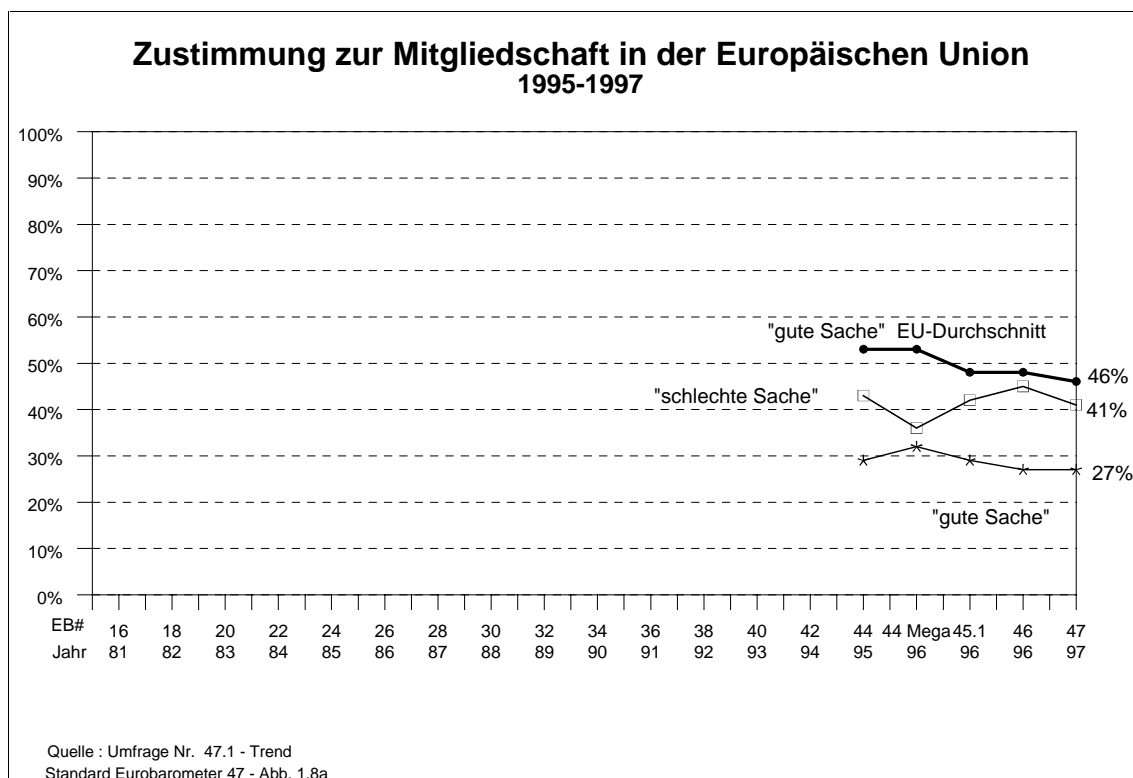
Quelle : Umfrage Nr. 47.1 - Trend
Standard Eurobarometer 47 - Abb. 1.8b

*1981-1985 "wäre"

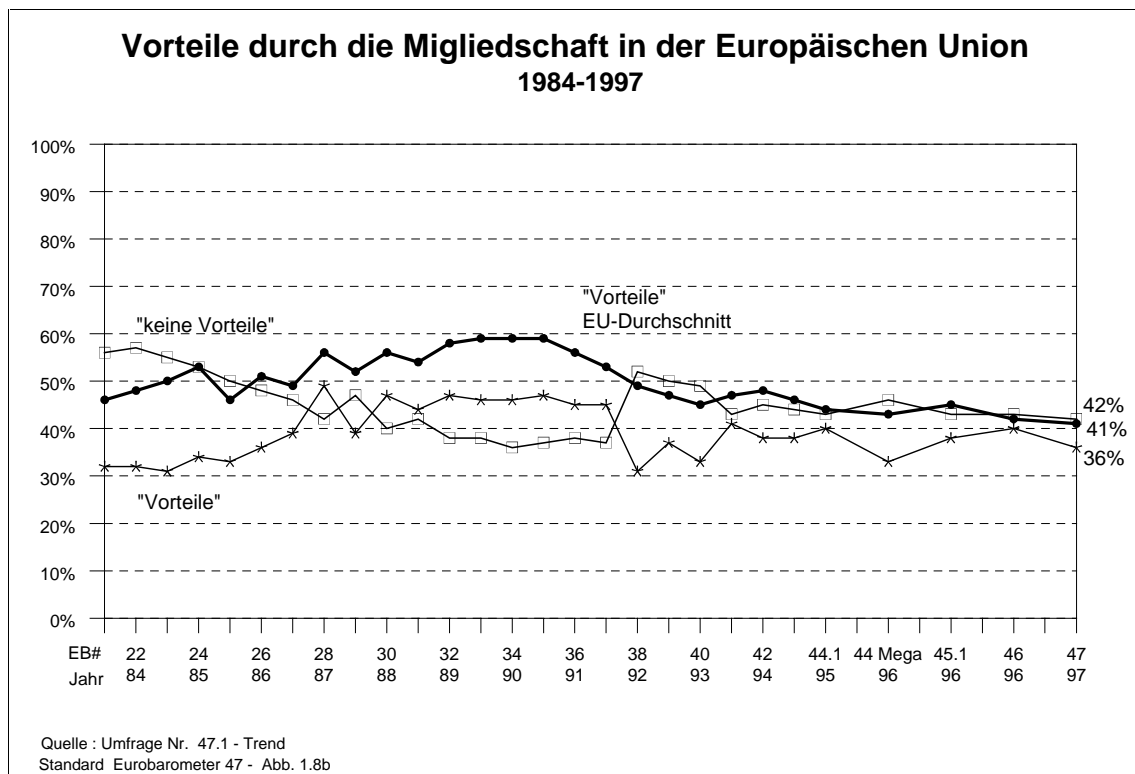
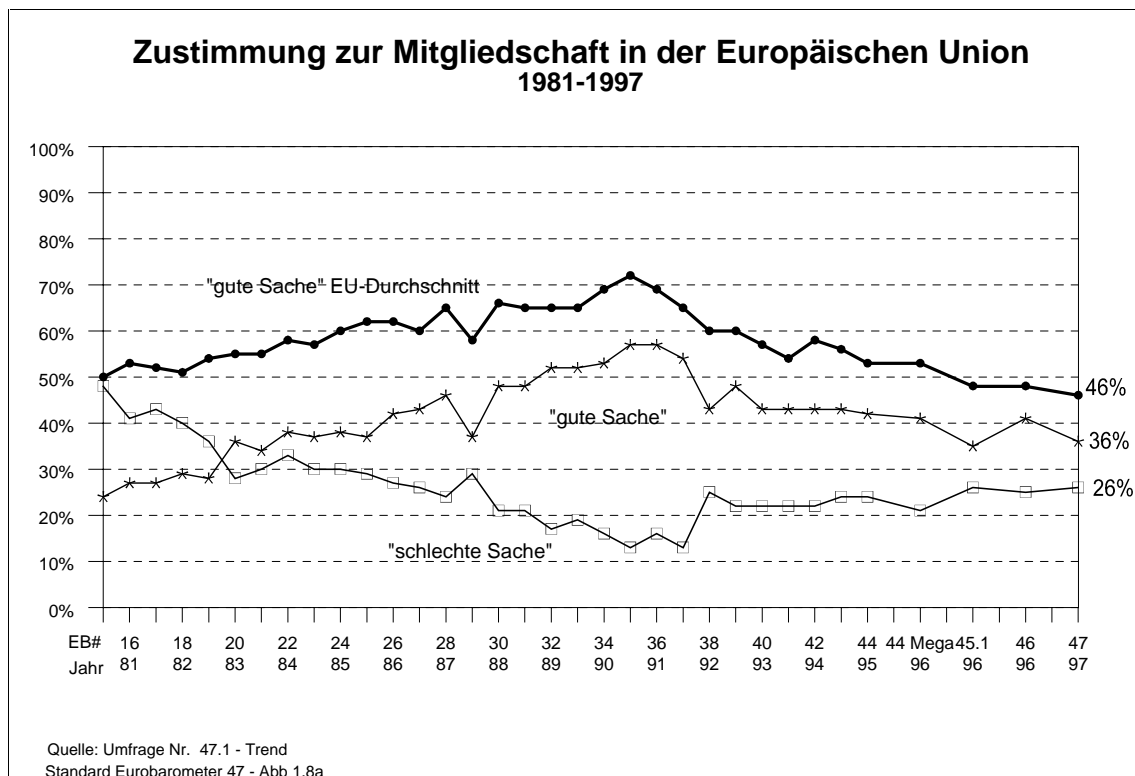
SPANIEN



SCHWEDEN



VEREINIGTES KÖNIGREICH

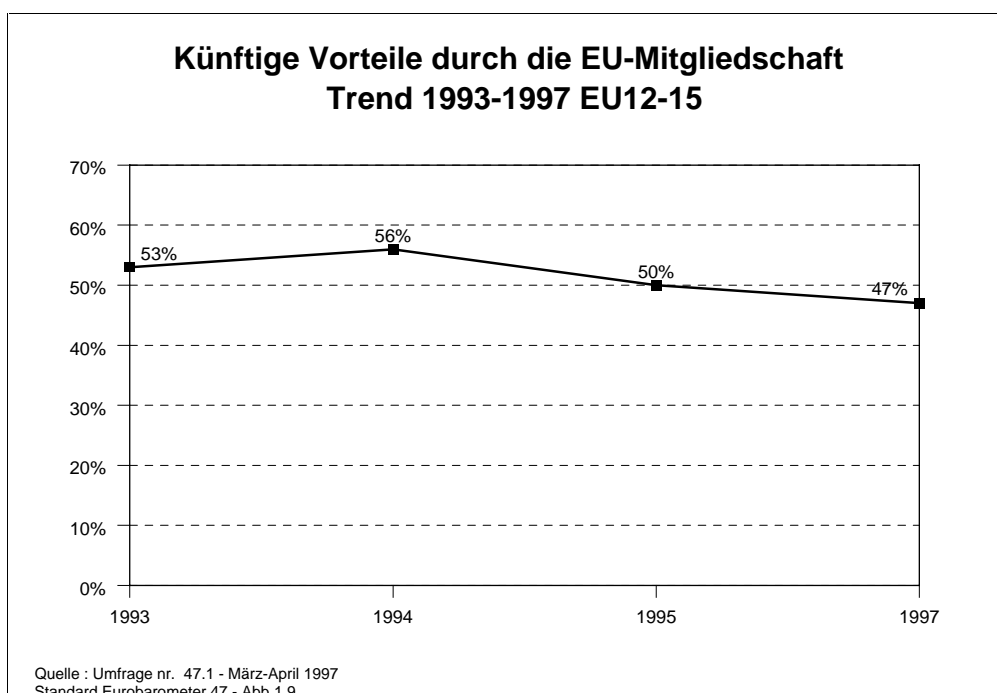


1.5 Vorteile durch die EU-Mitgliedschaft im Jahr 2002

47% der EU-Bürger gehen davon aus, daß ihrem Land bis zum Jahr 2002 Vorteile aus der EU-Mitgliedschaft erwachsen; ihr Anteil ist somit seit 1995, als diese Frage zuletzt gestellt wurde, um 6% gewachsen. Andererseits meinen 27%, daß ihr Land bis dahin keine Vorteile haben wird, was einer Zunahme um 2% entspricht. Ein bedeutender Anteil der befragten Personen (25%) kann nicht sagen, ob ihr Land bis zum Jahr 2002 von der EU-Mitgliedschaft profitieren wird.

Wie eine vergleichende Analyse der Werte für die Beurteilung der jetzigen und künftigen Vorteile zeigt, gehen die Bürger im allgemeinen davon, daß das eigene Land nach der Jahrhundertwende in stärkerem Maß als zur Zeit von der EU-Mitgliedschaft profitiert. Besonders hoffnungsvoll sind die Bürger der drei jüngsten Mitgliedstaaten, die gegenwärtig die Vorteile für ihr Land nicht sehr hoch einschätzen (nur jeder Dritte meint, daß das eigene Land profitiert). Die positive Beurteilung der künftigen Vorteile stieg in Finnland auf 51% (+14%), in Schweden auf 49% (+22%) und in Österreich auf 42% (+10%).

Mehr Vorteile erwartet man sich auch in Italien (+19%), Belgien (+18%) und Spanien (+13%). Zu den Ländern, in denen die Erwartungen viel negativer ausfallen, zählen Irland (-25%), Portugal (-12%) und Griechenland (-8%). (Tabelle 1.12)



Die demographische Analyse läßt erkennen, daß die Beurteilung der künftigen Vorteile Parallelen zur Beurteilung der jetzigen Vorteile aufweist, jedoch durchgehend positiver ausfällt. So erwarten Personen, die sich noch in der Ausbildung befinden oder ein hohes Bildungsniveau aufweisen, künftig noch mehr Vorteile durch die EU-Mitgliedschaft (58% bzw. 62%). Auch bei Führungskräften ist der Anteil derjenigen, die mit Vorteilen rechnen, mit 58% höher als bei Arbeitern und Arbeitslosen (jeweils 45%) und bei Hausfrauen/Hausmännern, die mit 41% an letzter Stelle liegen. (Tabelle 1.13)

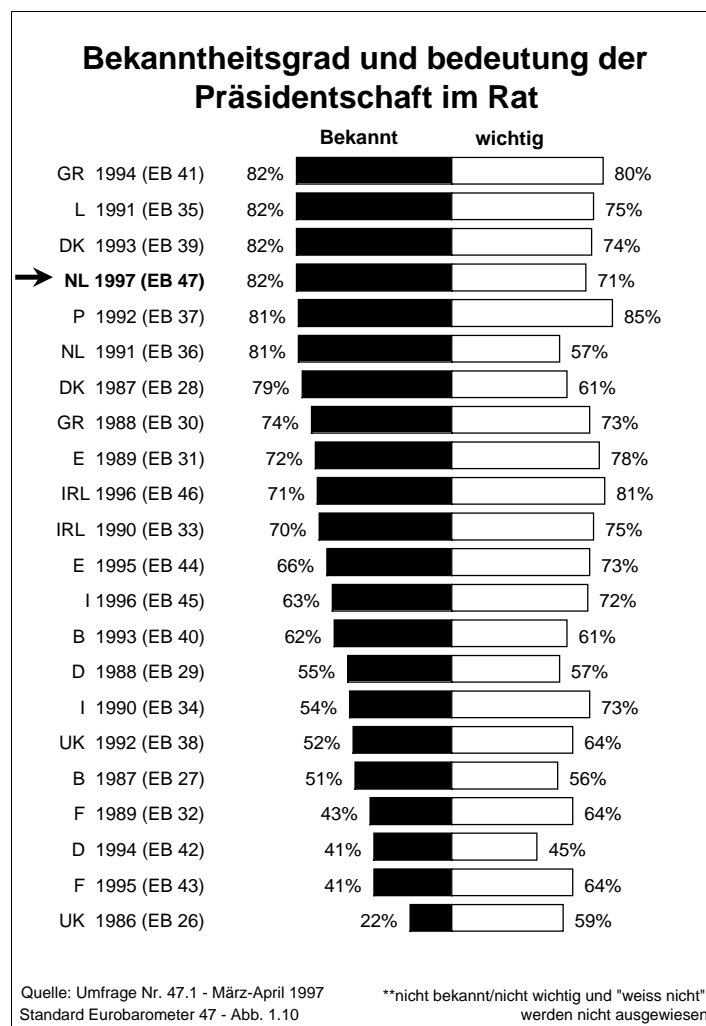
1.6 Die niederländische Präsidentschaft

Jeder Mitgliedstaat der Europäischen Union übernimmt für die Dauer von jeweils sechs Monaten die Präsidentschaft im Ministerrat. Seit Herbst 1986 mißt Eurobarometer sowohl den Bekanntheitsgrad als auch die subjektive Bedeutung der Präsidentschaft in dem Land, das die Präsidentschaft zur Zeit der Umfrage innehat.

In der ersten Jahreshälfte 1997 hatten die Niederlande die Präsidentschaft inne; zuvor war die Präsidentschaft während der zweiten Jahreshälfte 1996 von Irland ausgeübt worden. Acht von zehn Befragten erinnerten sich in den Niederlanden daran, etwas über die Präsidentschaft ihres Landes gehört oder gelesen zu haben. Dies ist ein sehr geringfügiger Anstieg (1%) gegenüber dem letzten Mal im Jahr 1991.

Die zweite Frage in dieser Serie sollte ermitteln, welche Bedeutung die Bürger der Präsidentschaft ihres Landes beimessen. In den Niederlanden hielten sieben von zehn Befragten die Präsidentschaft für wichtig. Obwohl dieser Anteil nicht zu den Rekordwerten zählt, ist er durchaus ein Beleg dafür, daß die niederländische Bevölkerung dieser Funktion erhebliche Bedeutung beimißt.

Generell beobachten wir in den kleineren Mitgliedstaaten eher einen höheren Bekanntheitsgrad der Präsidentschaft, während in den größeren Mitgliedstaaten beträchtlich niedrigere Werte registriert werden. Wie aus dem folgenden Schaubild hervorgeht, besteht jedoch nicht immer ein derart enger Zusammenhang zwischen der Bedeutung, die der Präsidentschaft beigemessen wird, und der Größe des Landes.



2. Zustimmung zu aktuellen politischen Bereichen - Der Weg von Maastricht nach Amsterdam

Während der Durchführung der Eurobarometer-Umfrage befaßte sich die Europäische Union mit der Vorbereitung des Vertrags von Amsterdam. Der Vertragsentwurf, der auf der Tagung des Europäischen Rates vom 17. und 18. Juni 1997 vorgelegt wurde, war aus den Verhandlungen der 1996 eingesetzten Regierungskonferenz hervorgegangen, die in den vorangegangenen 18 Monaten stattgefunden hatten. Diese Regierungskonferenz war bereits im Vertrag über die Europäische Union vorgesehen, der 1993 geschlossen worden war und unter der Bezeichnung "Maastrichter Vertrag" besser bekannt ist. Die Regierungskonferenz sollte eine Reihe von Fragen im Zusammenhang mit den drei Pfeilern des Vertrags über die Europäische Union klären, nämlich:

- die Wirtschafts- und Währungsunion
- die politische Union, die unter anderem eine engere Zusammenarbeit der Regierungen im außen- und sicherheitspolitischen Bereich vorsieht
- die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres

Am 2. Oktober 1997 wurde der neue Vertrag von führenden Vertretern der EU-Mitgliedsländer unterzeichnet. Inzwischen sind die Ratifizierungsverfahren in den Mitgliedsländern angelaufen. Der Zeitpunkt war also günstig, um die Bürger zu einer Reihe von wichtigen politischen Bereichen zu befragen, die in diesem Zusammenhang zur Diskussion standen und zum Teil auch in den Vertragstext aufgenommen wurden.

2.1 Zustimmung zu aktuellen politischen Themen

Seit 1993 erforscht Eurobarometer die Haltung der Bürger zu einer Reihe von Themen, die in den Rahmen des Vertrags über die Europäische Union (Maastricht) fallen. Seitdem sollen die Befragten ihre Zustimmung oder Ablehnung zu Themen aus diesen politischen Bereichen äußern, ohne daß jedoch der Vertrag im Wortlaut der Frage genannt wird.

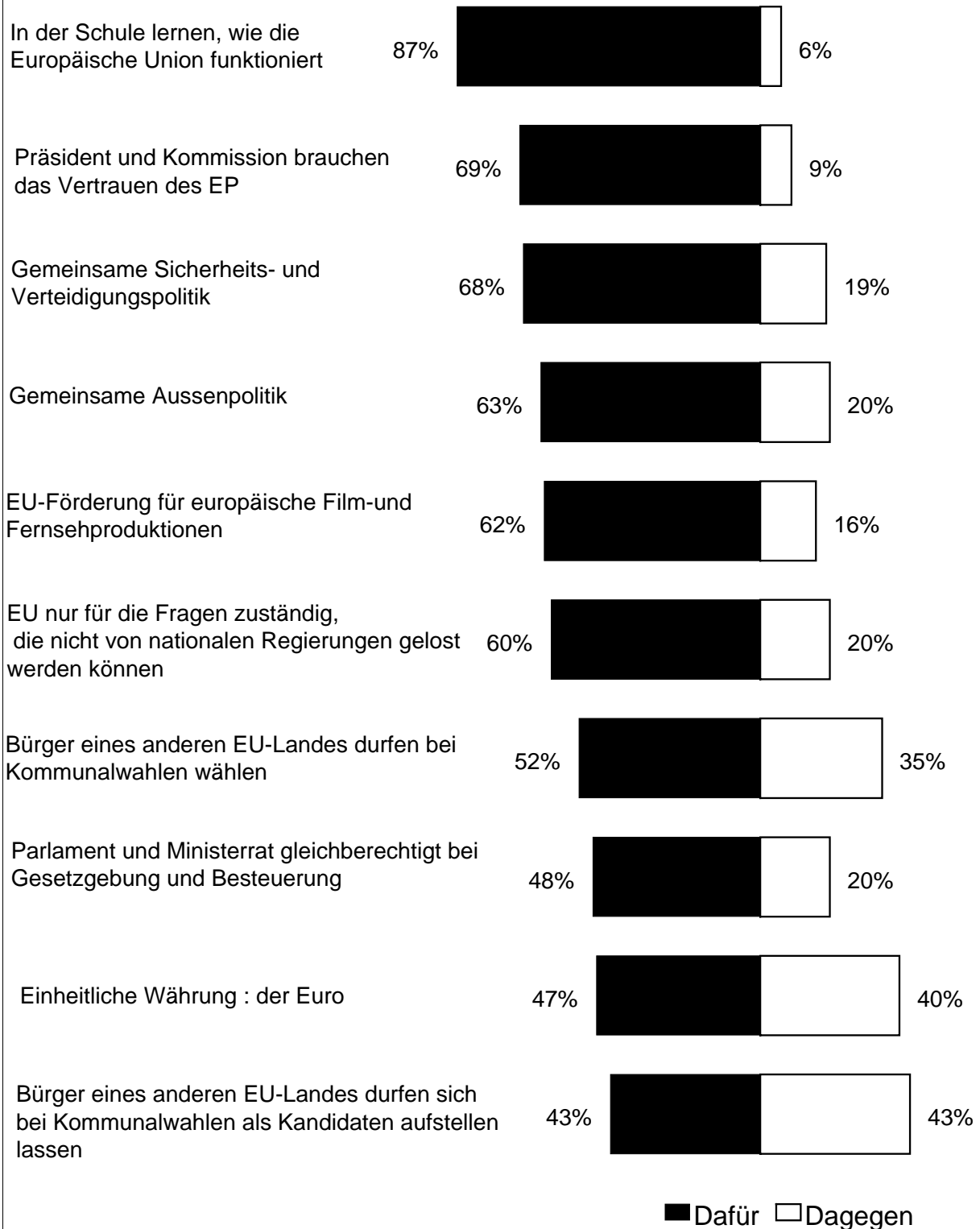
Generell lassen sich nur sehr geringe Veränderungen während des letzten Jahres feststellen. Die Themen, die man als Politiken im Rahmen des zweiten Pfeilers bezeichnen könnte und sich auf die Außen- und Verteidigungspolitik sowie institutionelle Fragen beziehen, werden eindeutig als besonders relevant für die Europäische Union angesehen. Sie sind im nachfolgenden Schaubild unter dem Titel "Demokratische Prozesse" zusammengefaßt.

Zwei Themen des dritten Pfeilers, die in die Umfrage aufgenommen wurden, bezogen sich auf die Bildung und die Unterstützung der europäischen Kultur in den Medien. Wir können feststellen, daß der Vorschlag, die Funktionsweise der europäischen Institutionen im Schulunterricht zu behandeln, starke Zustimmung findet, die weiterhin zunimmt. Das zweite kulturelle Thema, nämlich die Förderung von europäischen Film- und Fernsehproduktionen durch die EU, wird ebenfalls befürwortet, jedoch nicht als Priorität angesehen.

Die Wirtschafts- und Währungsunion mit einer einheitlichen Währung findet immer weniger Zustimmung; auf dieses Thema wird in Abschnitt 2.2 näher eingegangen. (Tabelle 2.1)

Zustimmung zu aktuellen politischen Themen

EU15

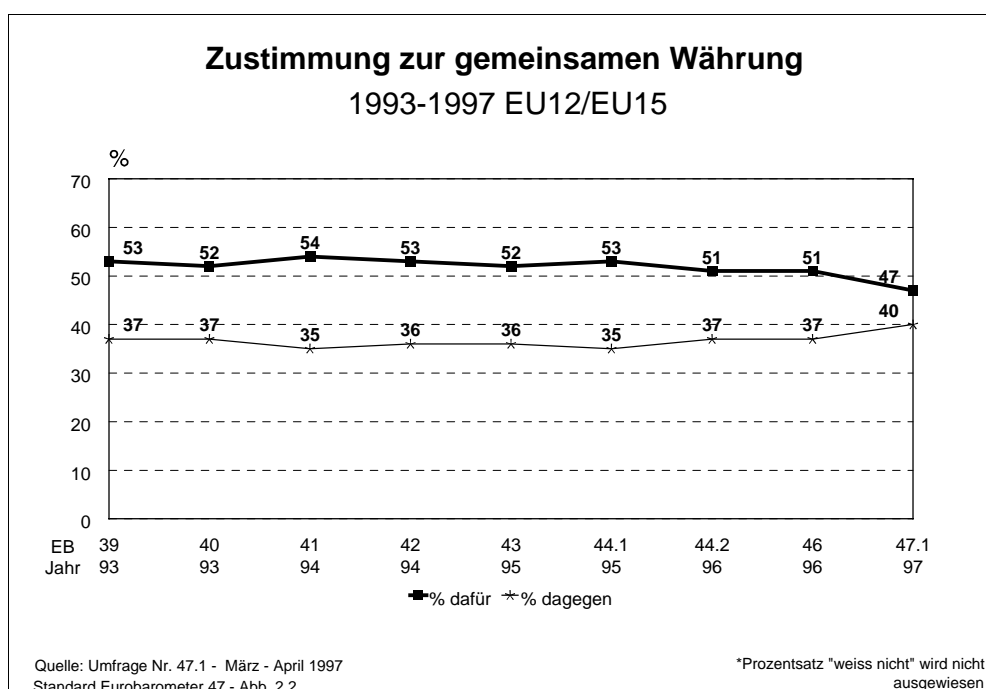


Quelle : Umfrage Nr. 47.1 - März-April 1997
Standard Eurobarometer 47 - Abb. 2.1

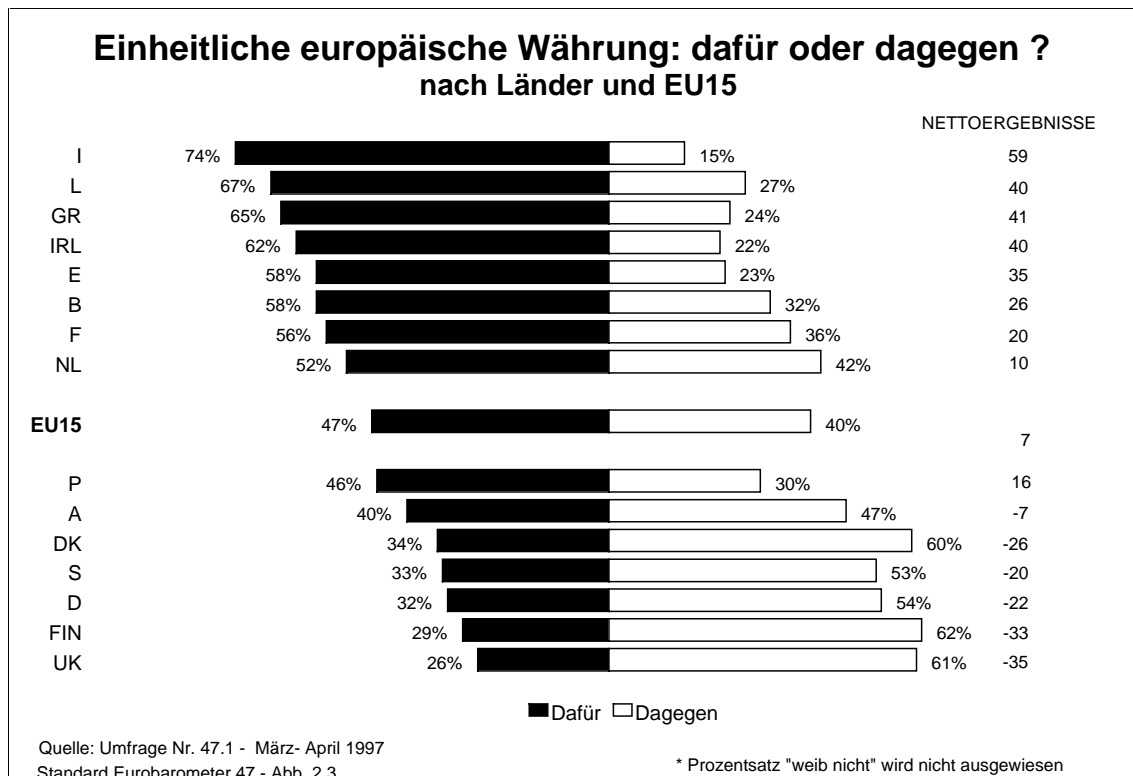
Zustimmung zu wichtigen Themen						
Thema	Frühjahr 1993 EB 39	Frühjahr 1995 EB 43	Herbst 1995 EB44	Frühjahr 1996 EB 45	Herbst 1996 EB 46	Frühjahr 1997 EB 47
Wirtschafts- und Währungsunion	52	52	53	51	51	47
Außenpolitik und Verteidigung						
Gemeinsame Verteidigungspolitik	77	75	73	60	68	68
Außenpolitik	66	67	69	66	64	63
Demokratische Prozesse						
Zustimmung des EP zu den Mitgliedern der Kommission	66	70	72	71	70	69
Subsidiarität	57	55	63	64	61	60
Gleiche Rechte für EP und Rat	46	51	52	58	47	48
Passives Wahlrecht	48	54	54	53	54	52
Aktives Wahlrecht	38	45	45	43	46	43
Bildung und Kultur						
EU-Themen im Schulunterricht	na	84	86	84	84	87
EU-Förderung für Film und Fernsehen	na	64	66	59	64	62

2.2 Zustimmung zur gemeinsamen Währung

Das herausragende Thema dieses Fragenkomplexes, das die öffentliche Diskussion in den vorangegangenen Monaten beherrscht hatte, ist die Frage der Zustimmung zur gemeinsamen Währung. Bis 1996 lag die Zustimmungsrate fast unverändert bei etwa 52%. In den letzten zwölf Monaten ging der Anteil der Befürworter leicht zurück (-4%), während der Anteil der Gegner entsprechend stieg und der Anteil derer, die keine Meinung äußerten, bei 13% lag. Das Bewußtsein, daß der Tag der Einführung des Euro naht, und die ausführliche Berichterstattung in den Medien dürften zu dieser Verfestigung der öffentlichen Meinung beigetragen haben.



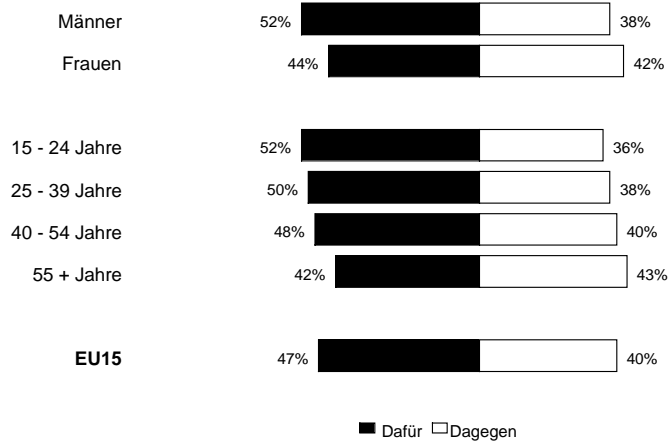
Wie der Ländervergleich zeigt, ist die Zustimmung in allen Ländern mit Ausnahme von Schweden und Dänemark zurückgegangen; in den beiden genannten Ländern ist die Zustimmung leicht gestiegen, doch gab es dort niemals eine starke Basis von Befürwortern. Am deutlichsten ist der Rückgang in den Niederlanden (-33 Punkte bei den Nettoergebnissen), Deutschland (-19) und Portugal (-18). Während in Portugal der Anteil der Befragten, die keine Meinung äußerten, beträchtlich ist, kam es in den Niederlanden und zu einem geringeren Grad in Deutschland zu einer deutlichen Verschiebung von der Kategorie der Befürworter zur Kategorie der Gegner. (Tabelle 2.1)



Aus der Analyse der demographischen Standardvariablen geht wie bei früheren Umfragen hervor, daß die Männer und die Jüngeren sowie diejenigen, die noch in der Ausbildung stehen oder ihre Ausbildung nach dem 20. Lebensjahr abgeschlossen haben, die einheitliche Währung am stärksten befürworten. Die Aufschlüsselung nach Berufen zeigt die deutlichste Zustimmung bei den Selbständigen, gefolgt von den Führungskräften. Eine Untersuchung der Verschiebung der Zustimmung in den einzelnen Gruppen zeigt, daß die Verschiebung zur Kategorie der Gegner bei den Frauen, den Selbständigen und den in der Ausbildung Befindlichen am geringsten ist (-3% in jeder Gruppe), während die Verschiebung bei den Männern (-4%), den Führungskräften und Angestellten (-6%) sowie Personen mit höherem Bildungsniveau ausgeprägter ist (-6%). (Tabelle 2.2)

Die aufschlußreichsten Reaktionen spiegelten sich jedoch in den Antworten auf die Frage nach den Befürchtungen und Erwartungen der Bürger wider. Die Befragten sollten anhand einer Liste angeben, vor welchen Ereignissen sie Angst haben und welche Ereignisse voraussichtlich eintreten werden. Das **Ende der nationalen Währung** wird von etwas mehr als der Hälfte (52%) der Befragten befürchtet. Dies ist ein Anstieg um 8 Prozentpunkte, seit die Frage zuletzt im Frühjahr 1996 gestellt worden war. Obwohl die Angst vor dem Ende der Währung deutlich zugenommen hat, ist auch die Erwartung, daß dieses Ereignis eintreten wird, um rund 9 Prozentpunkte gestiegen - die Lehren sind eindeutig. (Tabelle 2.7)

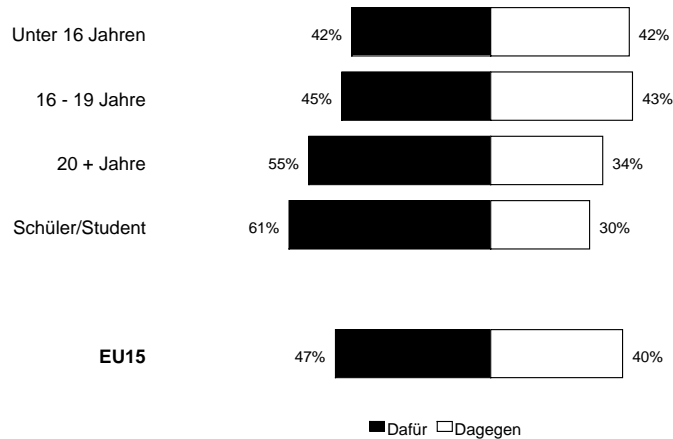
Einheitliche europäische Währung : dafür oder dagegen ? nach Geschlecht und Alter - EU15



Quelle: Umfrage Nr. 47.1 - März - April 1997
Standard Eurobarometer 47 - Abb. 2.4

*Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht
ausgewiesen

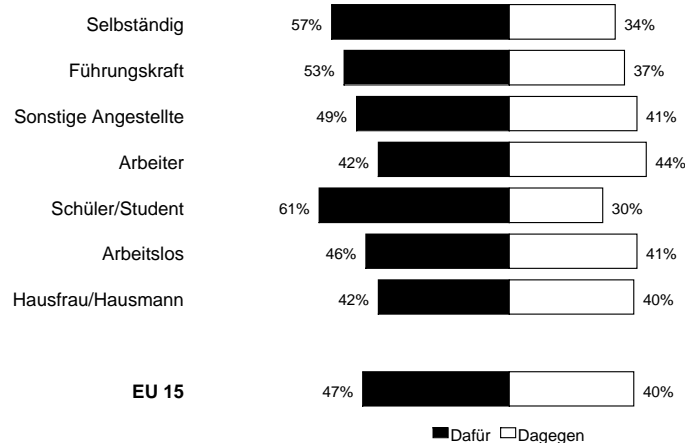
Einheitliche europäische Währung : dafür oder dagegen ? nach Alter des Ausbildungsabschlusses - EU15



Quelle: Umfrage Nr. 47.1 - März - April 1997
Standard Eurobarometer 47 - Abb. 2.5

*Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht
ausgewiesen

Einheitliche europäische Währung: dafür oder dagegen ? nach Beruf der Befragten - EU15



Quelle: Umfrage Nr. 47.1 - März - April 1997
Standard Eurobarometer 47 - Abb. 2.6

*Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht
ausgewiesen

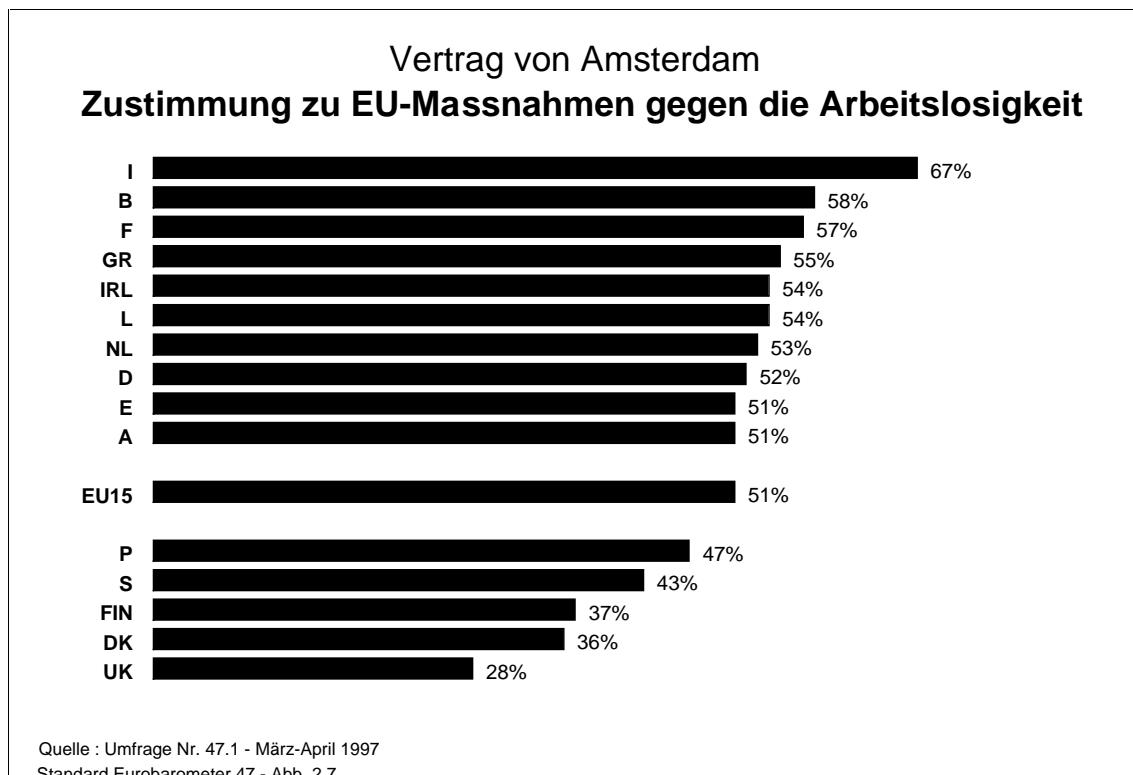
2.3 Zustimmung zu EU-Maßnahmen in politischen Bereichen des Vertrags von Amsterdam

Während die Einführung der einheitlichen Währung bereits im Maastrichter Vertrag vorgesehen war, wurden andere Themen erst von der Regierungskonferenz im Rahmen der Vorbereitung des neuen Vertrags von Amsterdam in Angriff genommen. In den folgenden Abschnitten erläutern wir einige Schlüsselfaktoren und beschreiben die subjektive Bedeutung der Maßnahmen auf europäischer Ebene.

Beschäftigung

Parallel zum Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union zeigte sich in den vergangenen Jahren auch in unseren Umfragen, daß dieses Thema in der Liste der Anliegen der Bürger immer weiter nach vorne rückte. Die Hoffnung auf eine Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt ist gedämpft. Auf die zum Jahresende gestellte Frage nach den Erwartungen für das kommende Jahr (1997)⁷ antworteten 48% der Befragten, daß sie mit einer Verschlechterung der Beschäftigungslage im eigenen Land rechnen. So stand es also um die öffentliche Meinung, als ein separates Kapitel über die Beschäftigung in den Entwurf des Vertrags von Amsterdam aufgenommen wurde.

Es überrascht nicht, daß auf die Frage, ob dieser politische Bereich auf nationaler oder auf EU-Ebene behandelt werden sollte, 51% der Befragten antworteten, sie wünschen europaweite Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Dabei waren jedoch deutliche nationale Unterschiede festzustellen: im Vereinigten Königreich finden EU-Interventionen die geringste Unterstützung (28%), gefolgt von Dänemark und Finnland (36% bzw. 37%). Auch Schweden und Portugal liegen unter dem EU-Durchschnitt von 51%. (Tabelle 2.4i)



⁷ Siehe Eurobarometer 46 - Umfrage Oktober-November 1996

Die detaillierte Analyse zeigt wie bei vielen anderen europäischen Themen einen sehr deutlichen Zusammenhang zwischen der generellen Einstellung zur Europäischen Union und dem erwünschten oder erwarteten Umfang an Interventionen. So stellen wir fest, daß diejenigen, die der EU insgesamt positiv gegenüberstehen (ermittelt aufgrund der Indikatoren "Mitgliedschaft: gute Sache - schlechte Sache" und der Beurteilung der "Vorteile" durch die EU-Mitgliedschaft) bedeutend mehr Unterstützung für Maßnahmen auf Unionsebene erkennen lassen als Personen mit einer weniger positiven Einstellung. 63% der Befragten, die die EU-Mitgliedschaft als eine "gute Sache" einstufen, befürworten EU-Maßnahmen gegenüber lediglich 31%, die sie ablehnen. Bei den Befragten, die die EU-Mitgliedschaft für vorteilhaft halten, war eine ähnliche Differenz festzustellen: 61% gegenüber 42%.

Andere demographische Analysen und die Aufschlüsselung nach Einstellungen weisen auf eine gewisse Korrelation zwischen einzelnen Untergruppen hin. So befürworten Männer eher EU-weite Maßnahmen als Frauen (53% zu 48%); die Altersgruppe unter 55 ist zu 53% positiv eingestellt, während sich der Anteil der Befürworter in der Altersgruppe über 55 auf 45% beschränkt. (Tabelle 2.5i)

Die Aufschlüsselung nach Berufsgruppen ergab außerdem, daß Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in allen Gruppen befürwortet werden und sich die Zustimmung nicht auf die Arbeitslosen beschränkt. Am meisten werden derartige Maßnahmen von der Gruppe der Selbständigen gewünscht: 57% der Selbständigen sprachen sich dafür aus, und 50% der Arbeitslosen teilten diesen Wunsch. Interessanterweise registrierten wir eine deutliche Zustimmung bei denjenigen, die glauben, daß **ihr Arbeitsplatz nicht gefährdet ist** (54%), während diejenigen, die sich als **sehr gefährdet** einstufen (Wahrscheinlichkeit des Arbeitsplatzverlustes: 75% oder mehr), zu 48% EU-Maßnahmen unterstützen.

Jeder dritte Berufstätige rechnet nicht mit einem Verlust des Arbeitsplatzes in den nächsten Jahren; 30% glauben, daß diese Gefahr "gering" ist, 20% gehen von einer "mittleren" Gefahr aus, 6% stufen diese Gefahr als "hoch" ein und 2% sind "sicher", daß sie ihren Arbeitsplatz verlieren werden. Zu den Ländern, in denen die Arbeitsplätze als sehr sicher empfunden werden, zählen Dänemark (80% geringe oder keine Gefahr des Verlusts des Arbeitsplatzes) sowie Schweden (76%) und Luxemburg (74%). In scharfem Gegensatz dazu stehen Frankreich und Spanien, wo sich nur etwa die Hälfte der Befragten ihres Arbeitsplatzes gewiß sind und mehr als eine von zehn Personen (16% bzw. 12%) der Meinung ist, daß der Arbeitsplatz sehr gefährdet ist oder nicht gehalten werden kann. Die nachfolgende Tabelle zeigt die großen diesbezüglichen Unterschiede zwischen den Ländern auf.

Beurteilung der Sicherheit des Arbeitsplatzes in den 15 Mitgliedsländern								
Wahrscheinlichkeit, den Arbeitsplatz zu verlieren	B	DK	D	GR	E	F	IRL	I
0 % - keine Gefahr	35	47	32	47	25	24	31	36
25 % - gering	33	33	30	20	28	26	31	30
50 % - mittel	18	7	17	19	22	28	12	17
75 % - groß	5	2	4	6	10	12	4	6
100 % - auf jeden Fall	2	5	1	2	2	4	3	0
Wahrscheinlichkeit, den Arbeitsplatz zu verlieren	L	NL	A	P	FIN	S	UK	EU15
0 % - keine Gefahr	42	29	35	43	34	41	30	32
25 % - gering	32	41	29	20	37	35	32	30
50 % - mittel	13	20	16	18	15	15	21	20
75 % - groß	3	4	5	6	4	3	6	6
100 % - auf jeden Fall	1	4	1	2	6	3	2	2

Justiz und Inneres

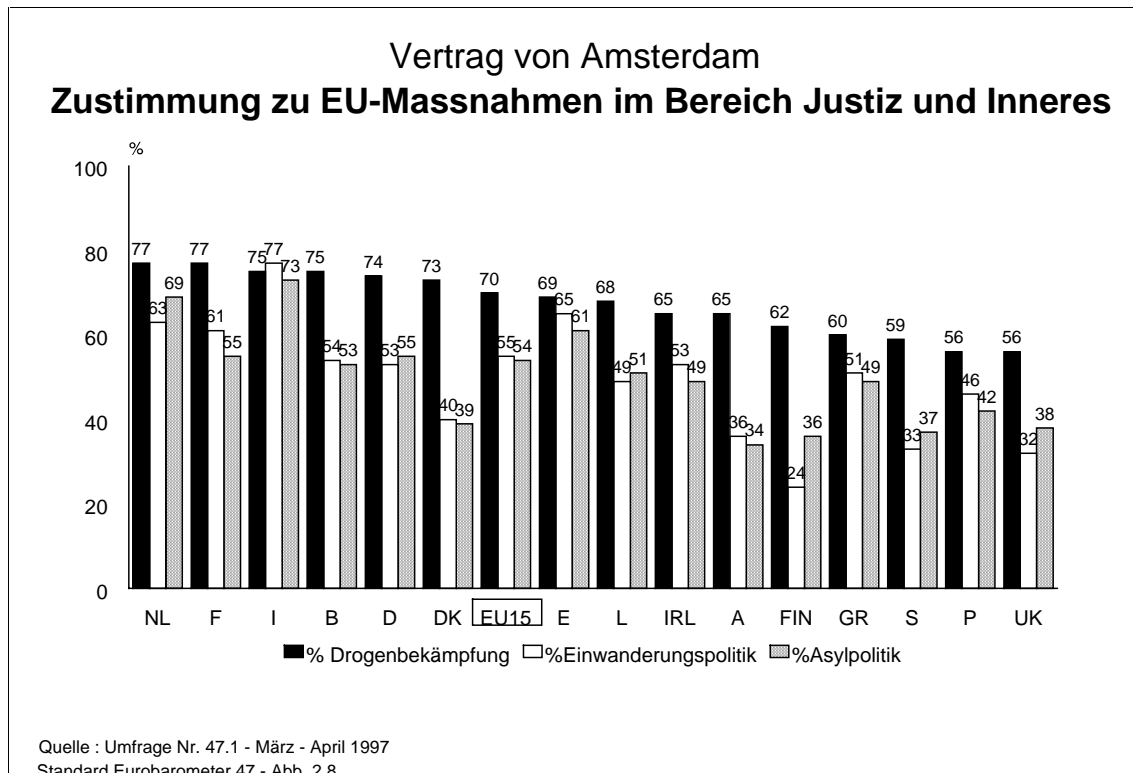
Bei der Frage nach dem angemessenen Grad der Intervention der Europäischen Union im Bereich der Justiz und des Inneren (dritter Pfeiler des EU-Vertrags) wurden drei spezifische Bereiche untersucht, nämlich:

- *Drogenbekämpfung*
- *Einwanderungspolitik*
- *Asylpolitik*

Die **Drogenbekämpfung** wurde von den Befragten als das Thema eingestuft, daß europaweit mit größter Aufmerksamkeit behandelt werden sollte. Sieben von zehn EU-Bürgern befürworten gemeinsame EU-Maßnahmen zur Bekämpfung des Drogenhandels. Sogar in einigen Ländern wie den Niederlanden, in denen die Rechtsvorschriften für bestimmte Kategorien von Drogen weniger streng sind, ist der Anteil der Personen, die eine EU-Intervention wünschen, sehr hoch (77%). Eine geringere, aber dennoch hohe Zustimmung wird in Portugal und im Vereinigten Königreich registriert (jeweils 56%). (Tabelle 2.4r)

Die Forderung nach einer **Einwanderungspolitik** der Europäischen Union wird von 55% der Befragten unterstützt. Die Zustimmung ist in Italien am größten (77%), gefolgt von Spanien (65%), den Niederlanden (63%) und Frankreich (61%). Die Finnen haben das geringste Interesse an einer EU-Intervention (24%). (Tabelle 2.4h)

Das dritte innenpolitische Thema ist die Frage nach einer europaweiten Asylpolitik. 54% der EU-Bürger wünschen eine Einbeziehung der EU in diesem Bereich, wobei der Vorschlag erneut in Italien den größten Beifall findet (73%), dicht gefolgt von den Niederlanden (69%). In allen anderen Mitgliedstaaten befürwortet mindestens ein Drittel der Bevölkerung eine kohärentere Politik. (Tabelle 2.4q)



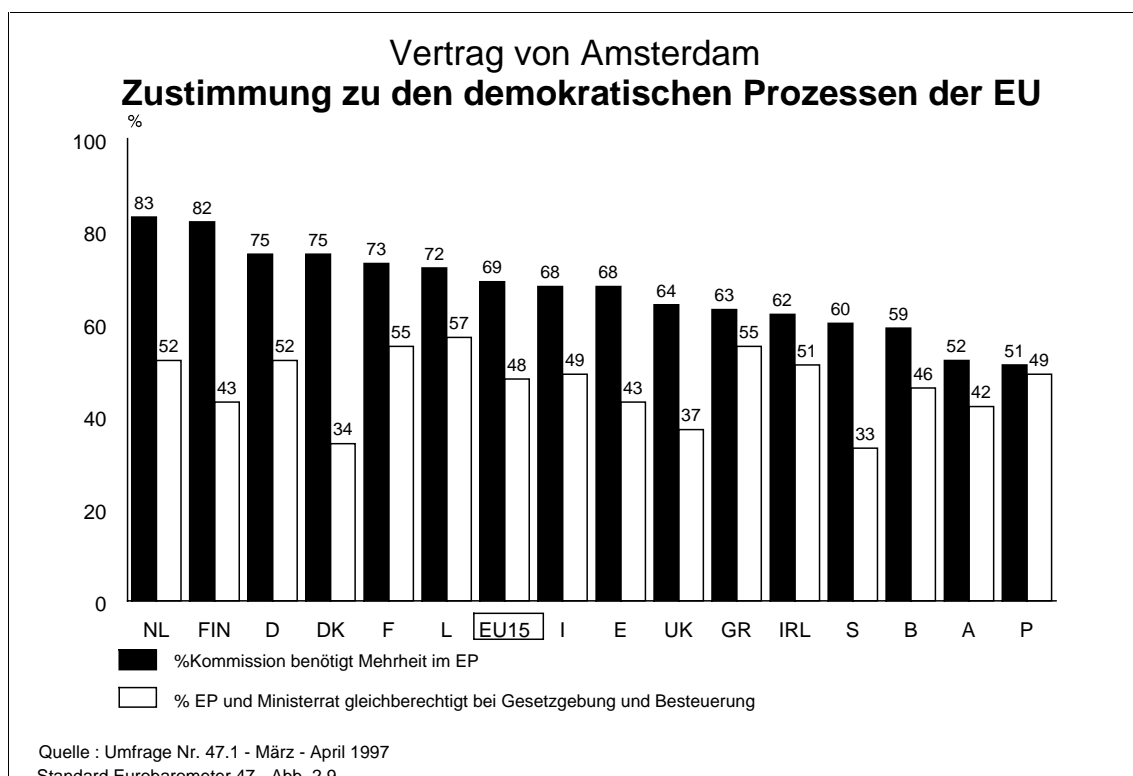
Demokratische Prozesse

Unter dem Titel "Demokratische Prozesse" wurden den Befragten zwei Vorschläge vorgelegt, die sie ablehnen oder befürworten konnten:

- *Der Präsident und die Mitglieder der Europäischen Kommission müssen das Vertrauen einer Mehrheit im Europa-Parlament besitzen. Ansonsten müssen sie zurücktreten.*
- *In Fragen der Gesetzgebung, der Besteuerung und der Ausgaben der Europäischen Union sollte das Europa-Parlament die gleichen Rechte besitzen wie der Ministerrat, der die nationalen Regierungen repräsentiert.*

Wie aus dem nachfolgenden Schaubild hervorgeht, stimmen beinahe sieben von zehn Personen dem Vorschlag zu, die Kommission müsse das **Vertrauen des Europa-Parlaments** haben. In keinem Land liegt die Zustimmungsrate unter der 50%-Marke. In den Niederlanden und in Finnland findet dieser Vorschlag den größten Anklang, und in allen großen Mitgliedstaaten ist die Zustimmung ebenfalls hoch. Die geringste Resonanz gab es in Österreich und Portugal mit einer Zustimmungsrate in Höhe von 52% bzw. 51%. (Tabelle 2.1e)

Der zweite Vorschlag für die Gewährung **gleicher Rechte für das Parlament und den Ministerrat** war weniger populär. Nur 48% der EU-Bürger stimmten dem Vorschlag zu, das Europa-Parlament solle bei der Gesetzgebung, der Besteuerung und den Ausgaben die gleichen Rechte haben wie der Ministerrat. Die höchsten Werte wurden in Luxemburg vermeldet (57%), gefolgt von Frankreich und Griechenland (jeweils 55%). Schweden (33%), Dänemark (34%) und das Vereinigte Königreich (37%) weisen sehr niedrige Werte auf. (Tabelle 2.1f)



Internationale Politik

Um die Meinung der Bürger zur internationalen Politik zu ermitteln, wurden den Befragten drei Themenbereiche vorgelegt und dazu folgende Frage gestellt:

„Welche der folgenden politischen Bereiche sollten Ihrer Ansicht nach von der (nationalen) Regierung entschieden werden und welche sollten gemeinsam innerhalb der gesamten Europäischen Union entschieden werden?“

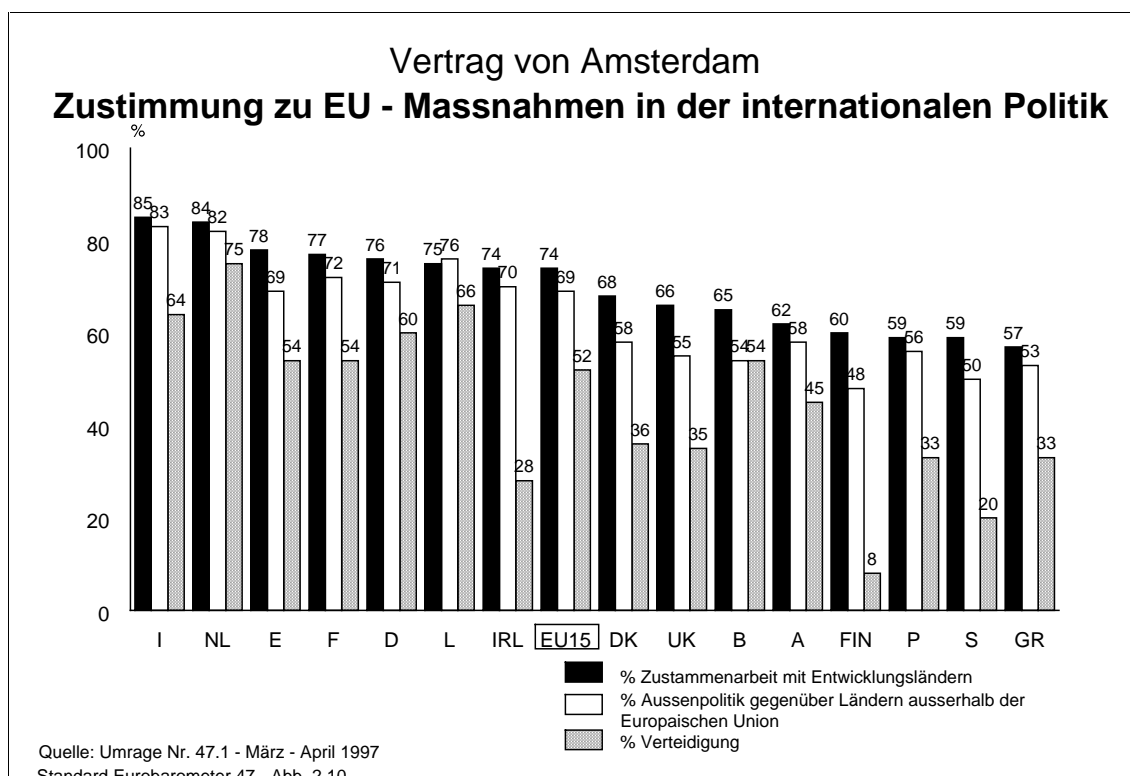
Die Bereiche waren:

- Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern
- Außenpolitik gegenüber Ländern außerhalb der Europäischen Union
- Verteidigung

Erwartungsgemäß wurde die **Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern** von der Mehrheit der EU-Bürger befürwortet: drei von vier Personen meinen, daß sich dieser Bereich für gemeinsame EU-Maßnahmen eignet. Italien wies mit 85% die höchste Zustimmungsrates auf, dicht gefolgt von den Niederlanden mit 84%. Eine geringere, aber dennoch starke Zustimmung war in Griechenland zu verzeichnen (57%) sowie in Schweden und Portugal (jeweils 59%). (Tabelle 2.4d)

Eine gemeinsame **EU-Außenpolitik** gegenüber den Ländern außerhalb der EU wird von 69% der Befragten befürwortet; die Zustimmungsrates ist also weiterhin hoch und hat sich seit der letzten Messung im Jahr 1996 nicht verändert. Erneut wurden besonders hohe Werte in Italien und den Niederlanden und niedrige Werte in Finnland, Schweden und Griechenland verzeichnet. (Tabelle 2.4o)

Beim letzten Thema, das sich auf eine gemeinsame **Verteidigungspolitik** bezog, ist die Begeisterung gedämpft und die Unterschiede treten am stärksten hervor. Knapp über die Hälfte (52%) befürwortet gemeinsame EU-Maßnahmen, doch überdeckt dieser Wert einige dramatische nationale Unterschiede. Die Niederlande sind mit einem Anteil von 75% der Befragten die eindeutigsten Befürworter einer gemeinsamen Verteidigungspolitik; zum Kreis der Länder, die eine gemeinsame Verteidigungspolitik befürworten, zählen außerdem Luxemburg (66%), Italien (64%) und Deutschland (60%). In Finnland wurde dieser Vorschlag hingegen klar abgelehnt und nur von 8% der Befragten gutgeheißen. Niedrige Zustimmungswerte gab es auch in Schweden (20%), Irland (28%) sowie Portugal und Griechenland (jeweils 33%). (Tabelle 2.4a)

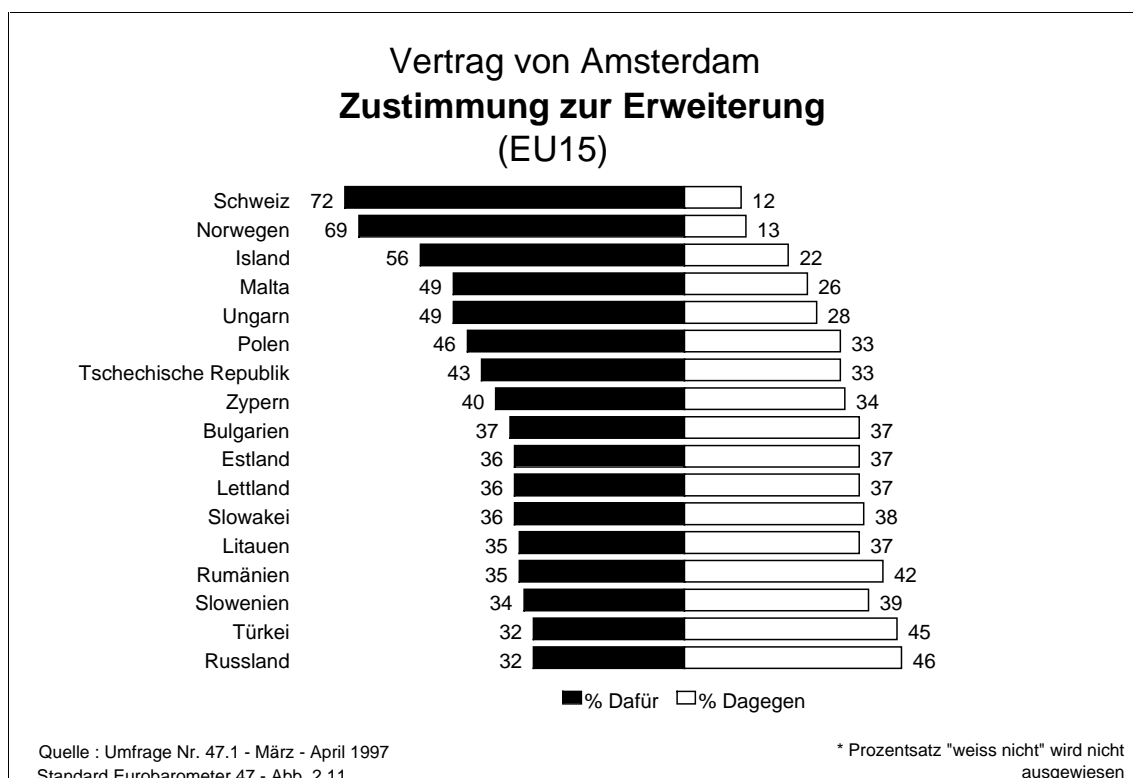


Erweiterung

Eurobarometer erforscht seit einiger Zeit die Einstellung der Bürger zur Erweiterung der Europäischen Union. Mit der Veröffentlichung von Agenda 2000 und der Einleitung der Beitrittsverhandlungen sowie der Bekanntgabe der Liste der ersten Kandidaten durch die Kommission im Juli 1997 war der geeignete Zeitpunkt gekommen, um die Reaktion der Bürger zu ermitteln. Zu diesem Zweck sollten die Befragten anhand einer vorgegebenen Liste von Ländern angeben, ob sie für oder gegen den EU-Beitritt der einzelnen Länder sind.

Die populärsten Beitrittskandidaten waren erwartungsgemäß die Schweiz (72%) und Norwegen (69%), obwohl die Norweger 1994 den Beitritt zur Europäischen Union in einem Referendum abgelehnt hatten. Anschließend finden wir eine weitere Gruppe von Wunschkandidaten, bei denen die Zustimmung jedoch wesentlich niedriger ausfällt: Island wird von 56% der Befragten befürwortet und liegt damit an der Spitze, gefolgt von Malta und Ungarn (jeweils 49%) und Polen (46%). Etwas mehr als vier von zehn Personen befürworten die Mitgliedschaft der Tschechischen Republik und Zyperns.

Die übrigen Länder der Liste erreichen eine Zustimmung zwischen 30% und 40%; am besten schneiden Rußland und die Türkei mit jeweils 32% ab. Generell sind diese Werte sehr konstant geblieben, seit die Frage zuletzt im Frühjahr 1996 gestellt worden war, doch konnte ein leichter Rückgang für Zypern (-3%), Rumänien (-3%) und die Türkei festgestellt werden (-4%). (Tabelle 2.3)



2.4 Die Ängste der Bürger

In den vorangegangenen Abschnitten haben wir uns mit einer Reihe von Politikbereichen befaßt, in denen die Europäische Union aktiv ist und aktiv war, doch zum Abschluß dieses Kapitels wollen wir die Ergebnisse von zwei Fragen erörtern, mit deren Hilfe die Ängste und Erwartungen im Hinblick auf die weitere Entwicklung des europäischen Aufbaus gemessen werden sollen. Zu diesem Zweck wurde folgende Frage gestellt:

“Manche Menschen haben vielleicht Ängste, wenn es um den Bau Europas, der Europäischen Union, geht. Hier ist eine Liste von Dingen, von denen einige sagen, daß sie davor Angst haben. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie persönlich derzeit davor Angst haben oder nicht.”

Wie wir bereits in Abschnitt 2.2 gesehen haben, führen Fragen im Zusammenhang mit der Einführung der einheitlichen Währung und den damit verbundenen wirtschaftlichen Faktoren die Liste der persönlichen Befürchtungen an. Die Angst vor **“noch mehr Steuern”** steht nun an erster Stelle und hat die Angst vor dem **“Anstieg des Drogenhandels und des international organisierten Verbrechens”** verdrängt. Alle verwandten Themen wie der **Wegfall von Sozialleistungen** und die Verpflichtung, für weniger wohlhabende Mitgliedstaaten zahlen zu müssen, werden ebenso genannt wie die spezifischere Besorgnis wegen der Einführung der gemeinsamen Währung. Sowohl die Einführung der gemeinsamen Währung als auch höhere Steuern werden von den EU-Bürgern erwartet: 68% rechnen mit mehr Steuern und 75% mit der Einführung der neuen Währung.

Etwa die Hälfte der befragten Personen befürchtet einen **Verlust des Arbeitsplatzes** und ein geringfügig höherer Prozentsatz geht davon aus, den Arbeitsplatz tatsächlich zu verlieren.

Die **Kosten der Erweiterung** werden von 44% der Befragten als Anlaß zur Besorgnis genannt und 52% erwarten, daß die Erweiterung tatsächlich sehr kostspielig wird. Generell Angst vor der Erweiterung hat knapp ein Viertel der Befragten, aber beinahe zwei Drittel gehen davon aus, daß die Erweiterung stattfindet. Die beiden “Besorgnis”-Indexwerte im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung sind seit der letzten Umfrage im Frühjahr 1996 leicht gesunken.

Befürchtungen im Zusammenhang mit Aspekten der **nationalen Identität** weisen konstante Indexwerte auf: gut jeder Dritte hat Angst vor dem Verlust der nationalen Identität und etwa gleich viele Bürger gehen davon, daß dieser Verlust tatsächlich eintreten wird. (Tabellen 2.6 & 2.7)

Ängste und Erwartungen der Bürger		
	befürchten Ereignis in %	erwarten Ereignis in %
Drogen und Kriminalität	65	63
Finanzielle Aspekte		
Mehr Steuern	68	68
Wegfall von Sozialleistungen	50	48
Reichere Mitgliedsländer zahlen für die anderen	40	55
Arbeitsmarktrelevante Themen		
Verlagerung von Arbeitsplätzen in Mitgliedsländer mit geringen Produktionskosten	51	59
Verlagerung von Arbeitsplätzen in Nicht-Mitgliedsländer mit geringen Produktionskosten	50	54
Entscheidungsprozesse		
Machtverlust der kleineren Mitgliedsländer	36	47
Einheitliche Währung		
Ende der nationalen Währung	52	75
Erweiterung		
Erweiterung nach Osten zu teuer	44	52
Beitritt anderer Länder	26	62
Nationale Identität		
Verlust der nationalen Identität und Kultur	34	31
Eigene Sprache wird weniger verwendet	30	32
Eigenes Land existiert nicht mehr wirklich	29	25

Ängste der Unionsbürger EU15

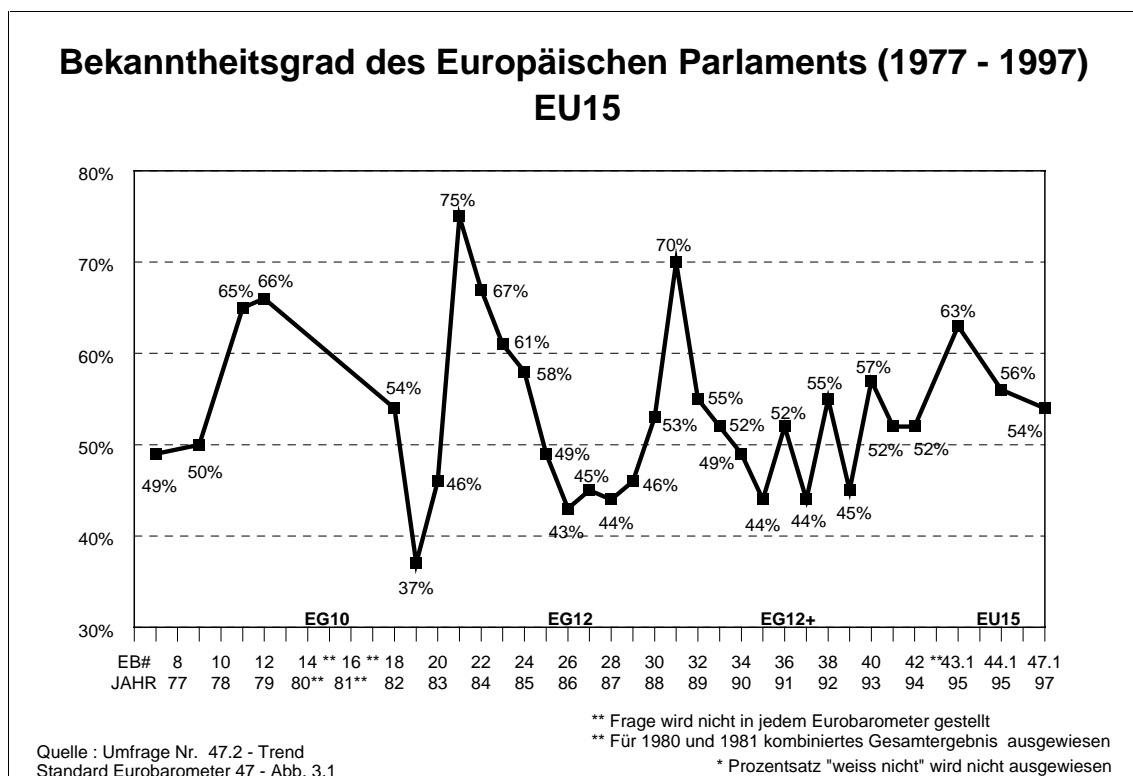


Quelle : Umfrage Nr. 47 - Jan-März 1997
Standard Eurobarometer 47 - Abb. 2.12

3. Das Europäische Parlament

3.1 Vermittlung des Bekanntheitsgrads des Europa-Parlaments durch die Medien

Das Europäische Parlament, das häufig auch als Europa-Parlament (EP) bezeichnet wird, hat weiterhin einen hohen Bekanntheitsgrad: 54% der Befragten erklärten, sie hätten kürzlich etwas über das Parlament gehört oder gelesen. Dies ist ein Rückgang um 2% gegenüber dem Frühjahr 1996, als diese Frage zuletzt gestellt wurde. Die naheliegende Erklärung dürfte darin zu sehen sein, daß die Medien in der Zeit vor der Umfrage tatsächlich weniger Meldungen über das Parlament gebracht hatten.

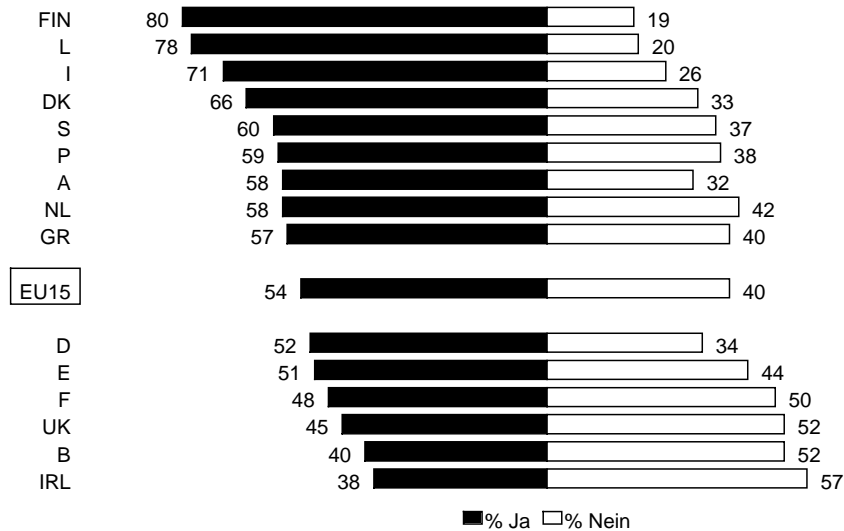


Trotz der generell sehr geringen Verschiebung lassen sich in einigen Mitgliedstaaten beträchtliche Veränderungen feststellen. Am stärksten ist der Bekanntheitsgrad in Schweden (-33) zurückgegangen, gefolgt von Dänemark und dem Vereinigten Königreich (jeweils -14) sowie Belgien (-13). In den beiden zuletzt genannten Ländern nahm das aktuelle politische Geschehen auf nationaler Ebene die Aufmerksamkeit in Beschlag⁸. Deutliche Gewinne des Indexwertes für die Berichterstattung über das Europa-Parlament wurden in Italien (+17) und Luxemburg (+10) notiert; auch Griechenland verzeichnete einen Zuwachs von +7%. (Tabelle 3.1)

Die demographische Analyse bestätigt erneut, daß die Männer besser informiert sind: 60% der Männer gegenüber 49% der Frauen haben in letzter Zeit vom Europa-Parlament gehört. Personen mit hohem Bildungsniveau (Ausbildungsabschluß mit 20 oder später) sind besser informiert (65%) als diejenigen, die die Schule mit 16 verlassen haben (49%). Am besten kann sich das Europa-Parlament jedoch bei den Führungskräften profilieren, denn 67% hatten in letzter Zeit in den Medien etwas über das Parlament gehört oder gelesen. (Tabelle 3.2)

⁸ Siehe Überblick über aktuelle Ereignisse auf den Seiten vi und vii.

Bekanntheitsgrad des Europäischen Parlaments nach Ländern und EU 15



Quelle : Umfrage Nr. 47.2 - April-Juni 1997
Standard Eurobarometer 47 - Abb. 3.2

* Prozentsatz "weiss nicht" nicht ausgewiesen

Über die Medien vermittelter Bekanntheitsgrad des Europäischen Parlaments

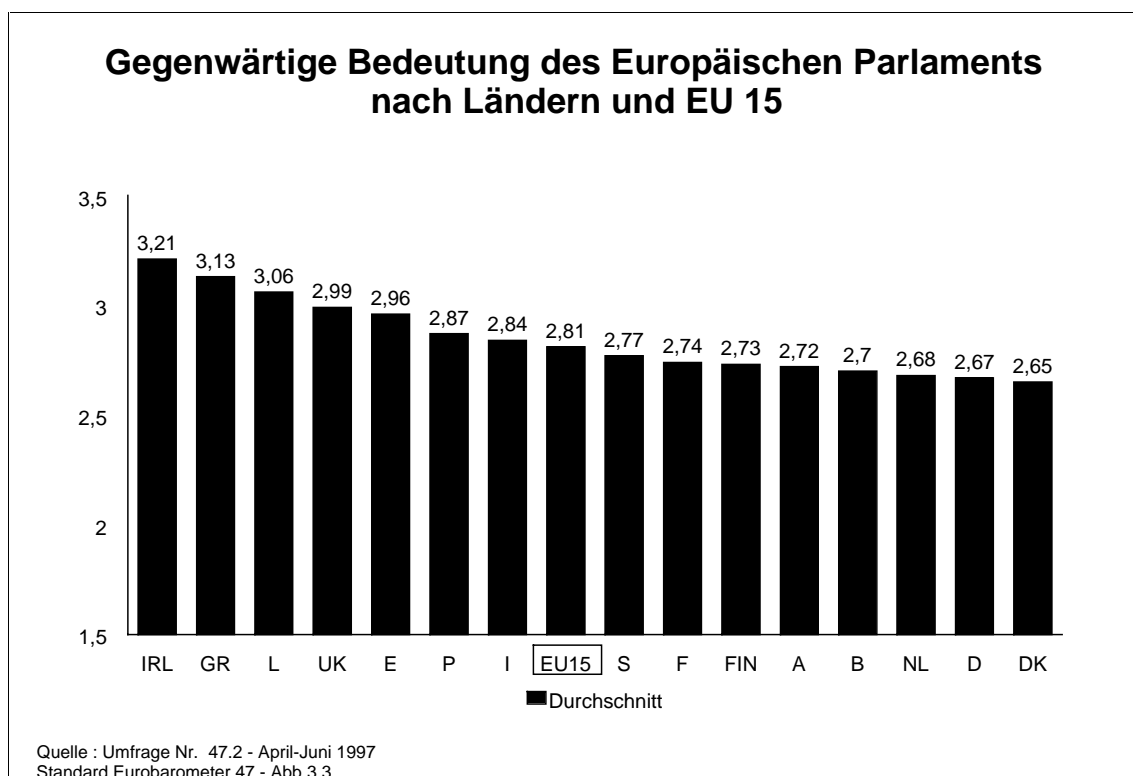
	A	B	DK	D	GR	E	F	IRL
EB 44 Herbst 95	53	53	80	52	50	60	46	43
EB 47 Frühjahr 97	58	40	66	52	57	51	48	38

	I	L	NL	P	S	FIN	UK	EU 15
EB 44 Herbst 95	54	68	58	64	93	75	59	56
EB 47 Frühjahr 97	71	78	58	59	60	80	45	54

3.2 Die gegenwärtige und die erwünschte Rolle des Europäischen Parlaments

Die allgemeine Beurteilung der Rolle des Europa-Parlaments hat sich in den letzten Monaten wenig geändert. Die Mehrheit der EU-Bürger ist der Ansicht (58%), daß das EP gegenwärtig eine "sehr wichtige" oder "wichtige" Rolle im Leben der Europäischen Union spielt. 20% meinen, daß diese Rolle "nicht sehr wichtig" ist und nur 5% halten sie für "überhaupt nicht wichtig".

Die Durchschnittswerte⁹ für die subjektive Bedeutung des Parlaments haben in fast allen Mitgliedstaaten zugenommen. Generell genießt das Europa-Parlament in Irland (Durchschnittswert 3.21), Griechenland (3.13) und Luxemburg (3.06) den höchsten Stellenwert (gleiche Rangfolge wie im Winter 1995 und im Winter 1996). Nur in Österreich und Deutschland ging die subjektive Bedeutung des Parlaments zurück. (Tabellen 3.3 & 3.4)

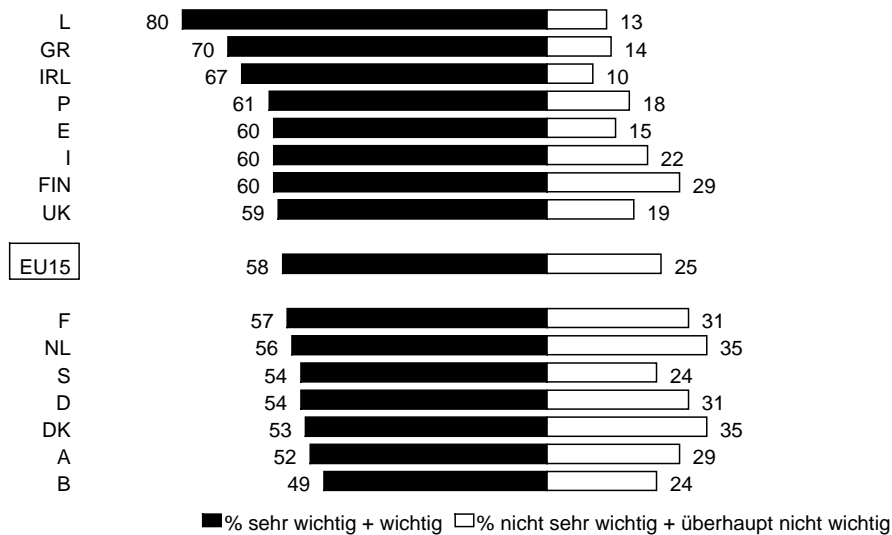


Beinahe die Hälfte (46%) der Befragten befürwortet einen Ausbau der Rolle des Parlaments, 18% möchten den gegenwärtigen Status beibehalten, 15% wünschen eine kleinere Rolle und 21% haben keine Meinung. Auch in dieser Hinsicht bleiben die Werte relativ konstant, wobei die Griechen (67%) dem Parlament eine größere Rolle zuweisen möchten, gefolgt von Italien (66%), Portugal (61%), Spanien und Frankreich (jeweils 53%) sowie den Niederlanden (50%). In Österreich, Dänemark und im Vereinigten Königreich möchte hingegen jeder Dritte, daß die Rolle des Parlaments beschnitten wird. In Schweden spricht sich nur jeder Vierte für eine wichtigere Rolle des Parlaments aus.

Die sozio-demographischen Variablen weisen auf eine hohe Korrelation zwischen den Indexwerten für die subjektive Bedeutung des Europa-Parlaments (gegenwärtige und gewünschte Rolle) und einer generell positiven Einstellung zur EU-Mitgliedschaft hin. Männer, Personen mit hohem Bildungsniveau oder hohem Einkommen, Führungskräfte und Selbständige sprechen sich eher dafür aus, daß das Parlament in Zukunft eine wichtigere Rolle spielt. (Tabellen 3.6 und 3.7)

⁹ Bei der Berechnung der Durchschnittswerte werden den Beurteilungen folgende Werte zugeordnet: sehr wichtig - 4, wichtig - 3, nicht sehr wichtig - 2, überhaupt nicht wichtig - 1. "Weiß nicht" und Fehlen der Antwort werden von der Berechnung ausgeschlossen.

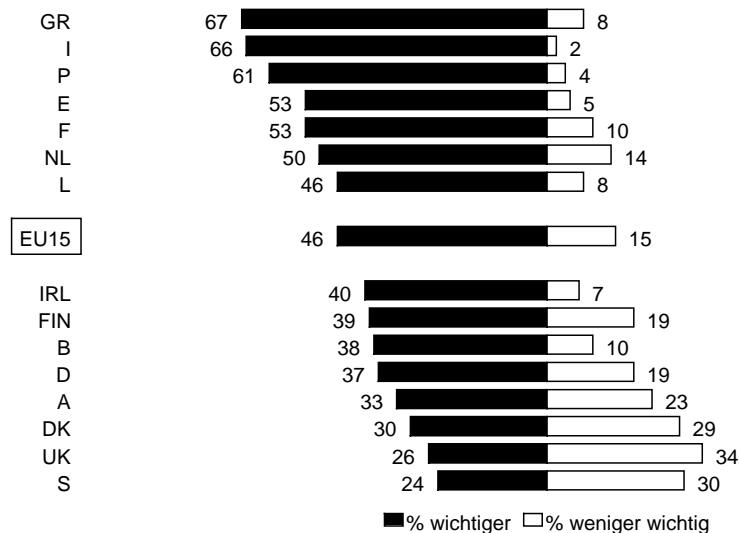
Gegenwärtige Bedeutung des Europäischen Parlaments nach Ländern und EU15



Quelle : Umfrage Nr. 47.2 - April-Juni 1997
Standard Eurobarometer 47 - Abb. 3.4

* Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht
ausgewiesen

Erwünschte Rolle des Europäischen Parlaments nach Ländern und EU15



Quelle : Umfrage Nr. 47.2 - April-Juni 1997
Standard Eurobarometer 47 - Abb. 3.5

* Prozentsatz "weiss nicht" und "gleiche
Rolle/sollte so bleiben" wird nicht ausgewiesen

3.3 Die Wirksamkeit des Europäischen Parlaments

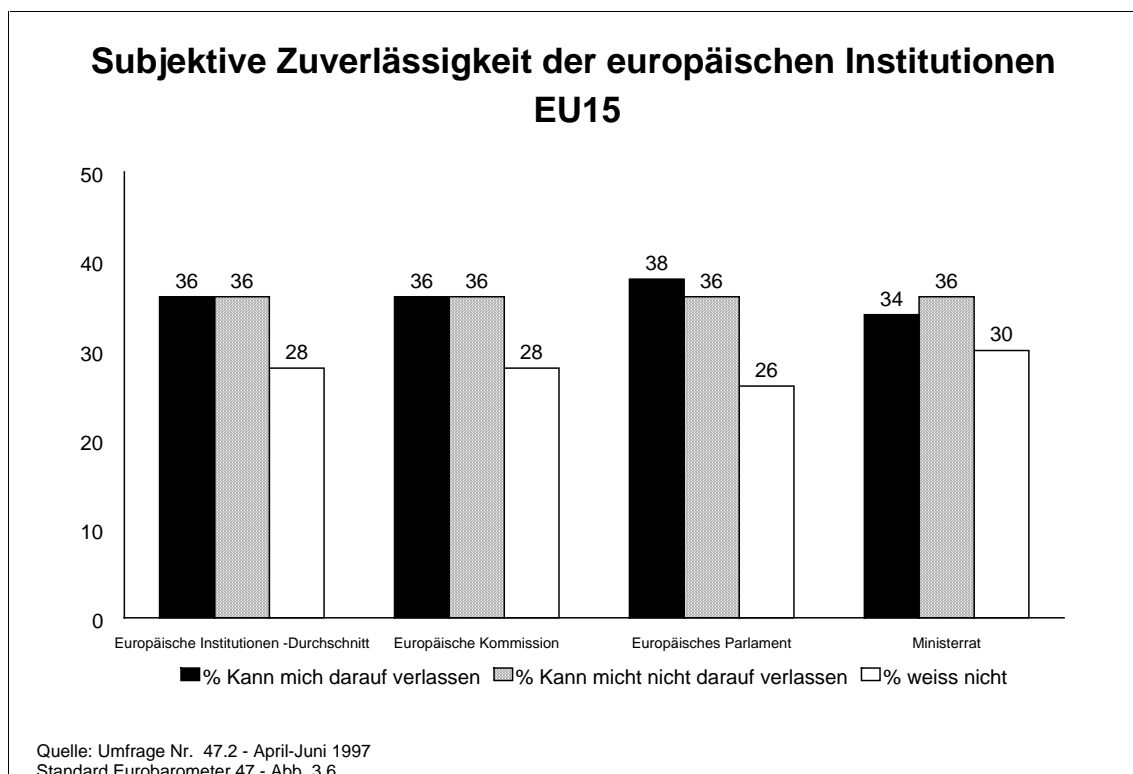
Bei der Eurobarometer-Umfrage zum Europa-Parlament sollte nicht nur die subjektive Beurteilung der Rolle des Parlaments ermittelt werden, sondern auch festgestellt werden, wie seine Wirksamkeit eingeschätzt wird. Zu diesem Zweck wurden zwei Fragen gestellt: die erste Frage sollte die Beurteilung der Zuverlässigkeit der nationalen und EU-Einrichtungen messen, und die zweite Frage sollte ermitteln, wie gut das Europa-Parlament die Interessen seiner Wähler verteidigt.

Die Zuverlässigkeit der Institutionen wurde mit Hilfe der folgenden Frage gemessen:

"Von der Europäischen Union werden viele wichtige Entscheidungen getroffen. Können Sie sich Ihrer Meinung nach bei den folgenden Institutionen darauf verlassen, daß sie sicherstellen, daß diese Entscheidungen der Europäischen Union im Interesse von Leuten wie Ihnen getroffen werden. Wie ist es mit [den Einrichtungen auf der folgenden Liste]:"

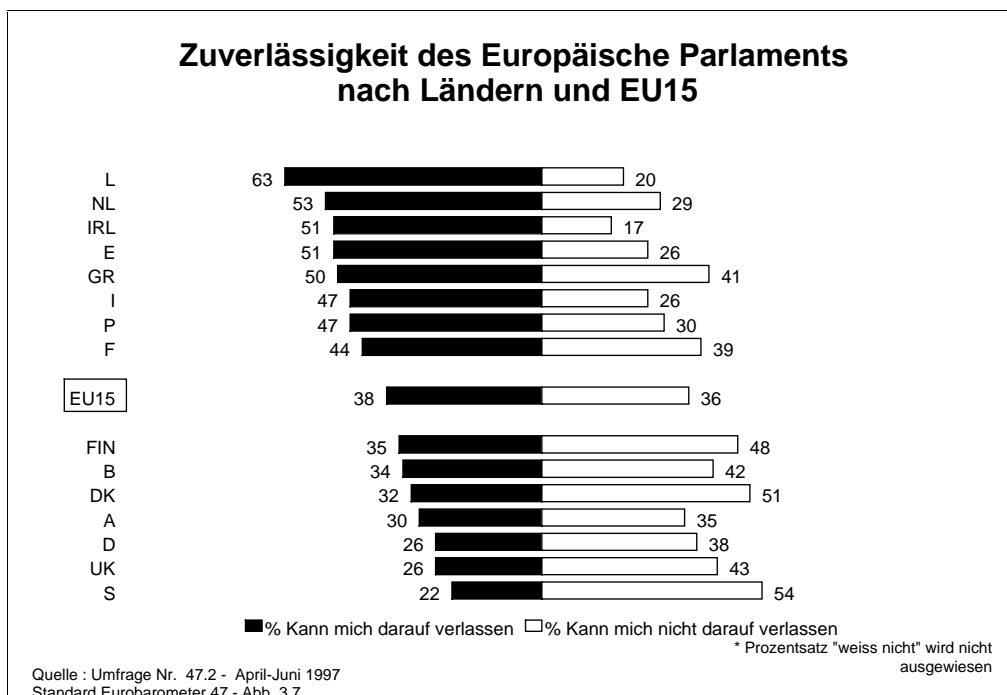
Von allen europäischen Einrichtungen ist das Europa-Parlament bei den EU-Bürgern weiterhin am glaubwürdigsten. Es liegt an zweiter Stelle (38% können sich auf das Parlament verlassen) und wird nur von den nationalen Regierungen und den nationalen Parlamenten übertroffen (40%). Auf dem vierten und fünften Platz liegen die Europäische Kommission (36%) und der EU-Ministerrat (34%). Generell haben wir einen Nettorückgang der Indexwerte für die Zuverlässigkeit von nationalen und europäischen Institutionen im vergangenen Jahr beobachtet, der bei -5 bis -8 Prozentpunkten liegt.

Während sich rund zwei von drei Befragten in negativer oder positiver Weise zur Zuverlässigkeit der europäischen Einrichtungen äußerten, gab ein erheblicher Anteil - zwischen 26% und 30% je nach Institution - keine Antwort auf die Frage, ob sie sich darauf verlassen können, daß die Einrichtungen der Europäischen Union Entscheidungen im Interesse dieser Befragten treffen. (Tabelle 3.9)



Zuverlässigkeit der nationalen und europäischen Institutionen						
	Kann mich darauf verlassen		Kann mich nicht darauf verlassen		Weiß nicht	
	Herbst 95	Frühjahr 97	Herbst 95	Frühjahr 97	Herbst 95	Frühjahr 97
Durchschnitt für die europäischen Institutionen	42	36	33	36	25	28
Europäische Kommission	41	36	34	36	25	28
Europäisches Parlament	45	38	32	36	23	26
Ministerrat	40	34	32	36	28	30
Nationales Parlament	48	40	38	41	11	19
Nationale Regierung	45	40	43	45	12	15

Großes Vertrauen genießt das Europa-Parlament in Luxemburg (63% können sich darauf verlassen), in den Niederlanden (53%), in Irland und Spanien (51%) sowie in Griechenland (50%). In keinem anderen Land liegt die Zustimmung über der 50%-Marke. Besonders groß ist der Vertrauensmangel in Schweden (54% können sich nicht darauf verlassen), Dänemark (51%) und Finnland (48%). In Deutschland ist der Anteil der Befragten, die unschlüssig sind, sehr hoch (37%); ein äußerst hoher Anteil (45%) der Ostdeutschen weiß nicht, ob sie sich auf das Europa-Parlament verlassen können, gegenüber einem ebenfalls hohen Anteil von 35% in Westdeutschland¹⁰. Hohe Werte in der Rubrik "weiß nicht" werden auch in Irland (33%), im Vereinigten Königreich (33%) und in Österreich (31%) registriert.

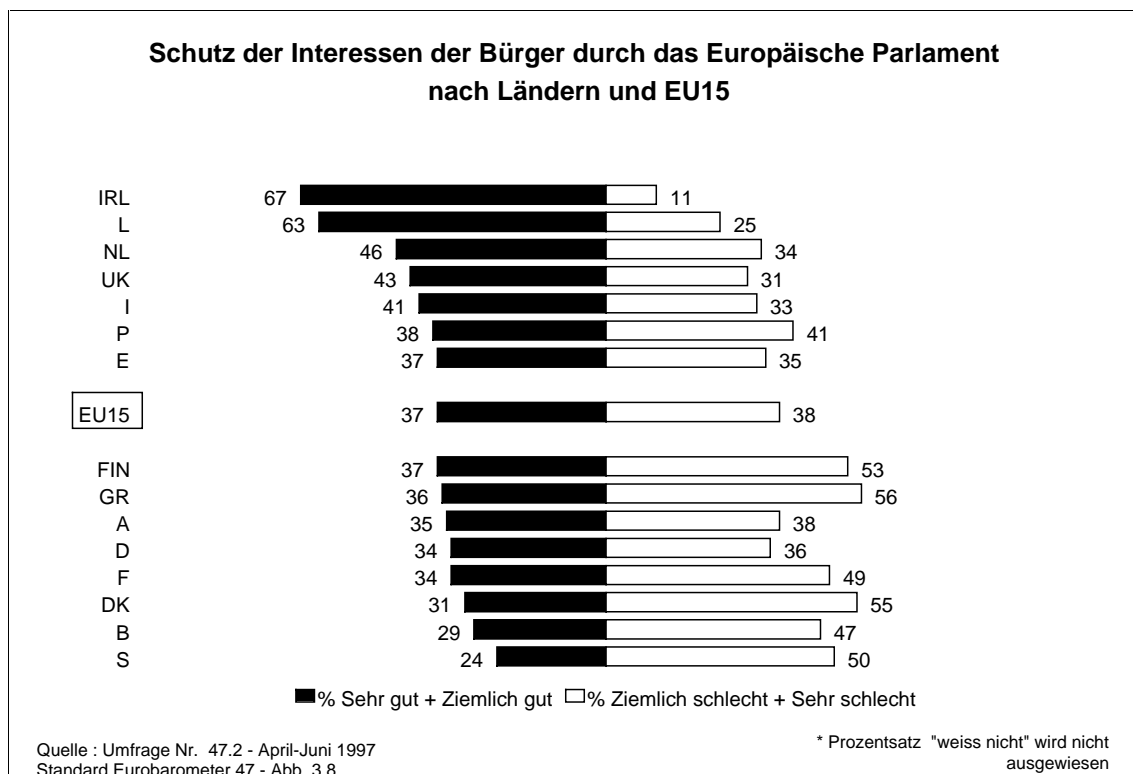


¹⁰ Eurobarometer Nr. 44 - Umfrage November-Dezember 1995

Die zweite Frage zur Ermittlung der Wirksamkeit des Europa-Parlaments lautete:

"Meinen Sie, daß das Europa-Parlament Ihre Interessen als ein Bürger Europas schützt? Tut es dies sehr gut, ziemlich gut, ziemlich schlecht, sehr schlecht?"

Wie der Ländervergleich zeigt, liegen Irland und Luxemburg mit weitem Abstand an der Spitze, denn mehr als zwei Drittel der Befragten in diesen beiden Ländern meinen, daß das Parlament die Interessen der Bürger schützt. In keinem anderen Land der Europäischen Union fühlt sich mehr als die Hälfte der Bevölkerung in dieser Weise geschützt; in acht Mitgliedstaaten liegt der Anteil derer, die den Schutz ihrer Interessen gewahrt sehen, bei lediglich 24% bis 37%. Besonders niedrige Werte wurden in Schweden (24%), Belgien (29%) und Dänemark (31%) ermittelt. (Tabelle 3.11)



Bei der Analyse derjenigen, die sich sehr gut vertreten fühlen, und derjenigen, die sich am schlechtesten vertreten, treten ähnliche Verhaltensmuster zutage wie bei den allgemeineren Indexwerten für die EU-Mitgliedschaft: wie bei früheren Umfragen sehen Männer ihre Interessen besser vertreten als Frauen, und gleiches gilt für diejenigen, die noch in der Ausbildung stehen. In bezug auf die politische Einstellung stellen wir fest, daß sich sowohl die extreme Linke als auch die extreme Rechte weniger gut vertreten sieht als diejenigen, die sich eher der Mitte des politischen Spektrums zuordnen. Die Aufschlüsselung nach Berufsgruppen ergibt erwartungsgemäß, daß sich Führungskräfte gut und Arbeitslose schlecht vertreten fühlen; interessanterweise sind die Selbständigen in stärkerem Maß als die anderen Berufstätigen der Meinung, daß sie weniger gut vertreten werden. (Tabelle 3.12)

3.4 Wichtige politische Aufgaben für das Europäische Parlament

Wie in früheren Umfragen wurde bei Eurobarometer Nr. 47 danach gefragt, welchen politischen Bereichen das Europa-Parlament besondere Aufmerksamkeit schenken solle. Es wurden einige zusätzliche Punkte in die Themenliste aufgenommen, nämlich **„Kampf gegen Drogenhandel und Verbrechen, Kriminalität“** und **„Kampf gegen Krebs und AIDS“**. Außerdem wurden die bisherigen Themen der Außenpolitik und Verteidigung unter der Bezeichnung **„Außen- und Sicherheitspolitik“** zusammengefaßt.

Die Mehrheit der Befragten wünscht, daß das Parlament seine Kraft in erster Linie der **„Beschäftigung“** widmet. Dieses Thema wurde von 61% auf den ersten Platz der Liste der möglichen Prioritäten gehoben, was einem Zuwachs um 8% gegenüber der letzten Befragung im Dezember 1995 entspricht. Dieses Ergebnis belegt erneut die große Bedeutung dieses Themas für die europäischen Bürger.

Wegen der Überarbeitung der Themenliste sind direkte Vergleiche mit früheren Umfragen nicht möglich, doch hat sich generell nichts an der Rangfolge der Themen geändert, die auch bei früheren Umfragen angesprochen wurden. Eine Ausnahme bildet das Thema **„Menschenrechte in der ganzen Welt“**, an dem die Öffentlichkeit zwischenzeitlich etwas Interesse verloren hat.

Bei der Länderanalyse steht die **„Beschäftigung“** in allen Ländern mit Ausnahme von Dänemark, Luxemburg, der Niederlande und Schweden an der Spitze; in den genannten vier Mitgliedstaaten nimmt hingegen der **„Umweltschutz“** den ersten Platz ein. Das neu eingeführte Thema **„Kampf gegen Drogenhandel und Verbrechen, Kriminalität“** ist in allen Ländern in den Vordergrund gerückt: andere Themen sind eher landesspezifischer Natur, wie das folgende Schaubild verdeutlicht. (Tabellen 3.13 & 3.14)



TOP-PRIORITÄTEN FÜR DAS EUROPA-PARLAMENT IN DEN MITGLIEDSLÄNDERN			
Dänemark		Luxemburg	
Umwelt	66	Umwelt	46
Drogen/Kriminalität	41	Beschäftigung	42
Menschenrechte	27	Drogen/Kriminalität	42
Einwanderung	25	AIDS/Krebs	31
Belgien		Niederlande	
Beschäftigung	73	Umwelt	49
Drogen & Kriminalität	44	Beschäftigung	47
AIDS/Krebs	31	Drogen/Kriminalität	43
Verbraucherschutz	18	Menschenrechte	29
Deutschland		Österreich	
Beschäftigung	48	Beschäftigung	37
Umwelt	46	Umwelt	37
Drogen/Kriminalität	43	Drogen/Kriminalität	38
Außen- und Sicherheitspolitik	27	Außen- und Sicherheitspolitik	25
Griechenland		Portugal	
Beschäftigung	46	Beschäftigung	77
Außen- und Sicherheitspolitik	43	Drogen/Kriminalität	57
Drogen/Kriminalität	45	AIDS/Krebs	38
Umwelt	36	Umwelt	22
Spanien		Finnland	
Beschäftigung	79	Beschäftigung	69
Umwelt	35	Drogen/Kriminalität	44
Drogen/Kriminalität	29	Umwelt	39
AIDS/Krebs	27	Außen- und Sicherheitspolitik	32
Frankreich		Schweden	
Beschäftigung	76	Umwelt	57
Drogen/Kriminalität	32	Drogen/Kriminalität	53
Umwelt	30	Beschäftigung	47
AIDS/Krebs	29	Menschenrechte	33
Irland		Vereinigtes Königreich	
Beschäftigung	63	Beschäftigung	49
Drogen/Kriminalität	59	Drogen/Kriminalität	41
Umwelt	30	Umwelt	36
AIDS/Krebs	28	Menschenrechte	24
Italien			
Beschäftigung	70		
Drogen/Kriminalität	36		
AIDS/Krebs	25		
Umwelt	25		

4. Information und neue Kommunikationsmittel

Die Medien, d.h. Presse sowie Rundfunk und Fernsehen, spielen eine wesentliche Rolle bei der Verbreitung von Informationen über das nationale und europäische Zeitgeschehen. Im vorliegenden Kapitel untersuchen wir, wie die Vermittlung von Informationen über die Europäische Union beurteilt wird und vergleichen diese Einschätzungen mit der Beurteilung der Vermittlung von Informationen über die nationale Regierung. Außerdem untersuchen wir die verschiedenen Informationsquellen und neuen Kommunikationsmethoden, die für die europäischen Bürger allmählich zugänglich werden.

4.1 Sich informiert fühlen und Informationsbedarf

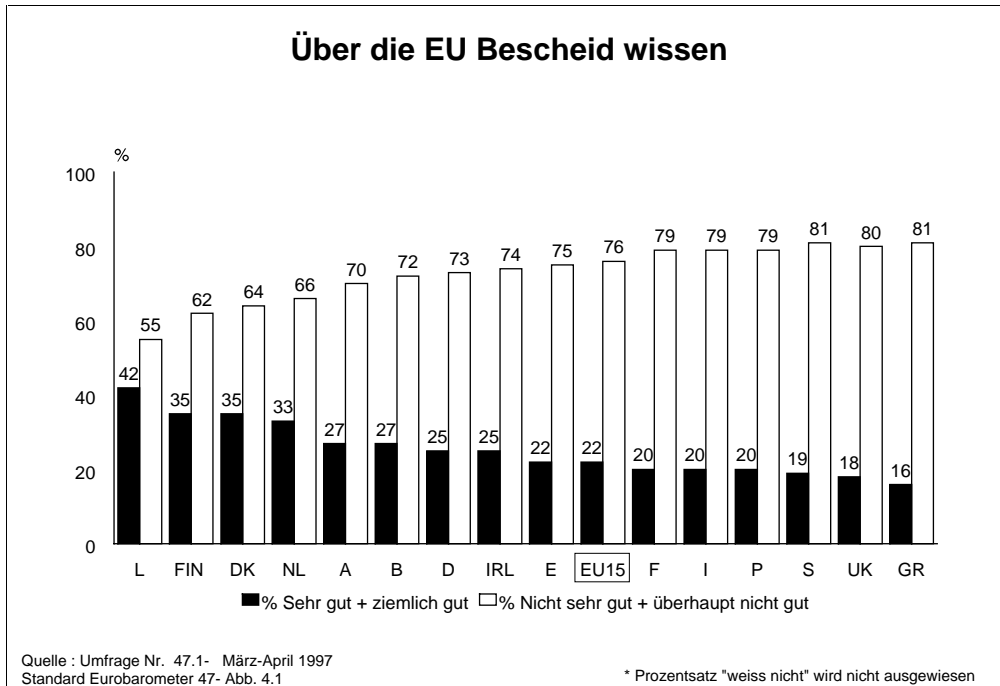
Generell fühlen sich die Bürger über die Funktionsweise der eigenen nationalen Regierung besser informiert als über die Funktionsweise der Europäischen Union. Wenn die entsprechende Frage zunächst in bezug auf die nationale Regierung und anschließend in bezug auf die Europäische Union gestellt wird, erhalten wir folgende Ergebnisse:

Über die nationale Regierung und die EU-Einrichtungen Bescheid wissen		
	nationale Regierung (Anteil in %)	Europäische Union (Anteil in %)
Sehr gut	5	2
Ziemlich gut	40	18
Nicht sehr gut	39	49
Überhaupt nicht gut	14	29
Durchschnittswert ¹¹	2.37	1.92

Obwohl also nur ein sehr geringer Anteil der Befragten angibt, über die eigene Regierung oder die Europäische Union "sehr gut" informiert zu sein, ist offenkundig, daß beinahe die Hälfte der Meinung ist, ziemlich gute Kenntnisse über die Regierung des eigenen Landes und deren Organisation und Funktionsweise zu besitzen. In scharfem Gegensatz dazu äußert sich lediglich jeder Fünfte entsprechend zuversichtlich über die eigenen Kenntnisse über die Europäische Union.

Die Länderanalyse bestätigt, daß es kein EU-Land gibt, in dem sich die Bürger wirklich gut informiert fühlen. Sogar in Luxemburg, das regelmäßig als eines der am besten informierten Länder einstuft wird, halten sich nur 42% für "sehr" oder "ziemlich" gut informiert. Der niedrigste Wert wird in Griechenland registriert, wo sich der Anteil derjenigen, die sich für "sehr" oder "ziemlich" informiert halten, auf nur 16% beläuft. Es folgen das Vereinigte Königreich, Schweden, Portugal, Italien und Frankreich, die alle unterhalb des EU-Durchschnitts von 22% liegen. (Tabellen 4.1 & 4.4)

¹¹ Bei der Berechnung der Durchschnittswerte werden den Beurteilungen folgende Werte zugeordnet: sehr gut - 4, ziemlich gut - 3, nicht sehr gut - 2, überhaupt nicht gut - 1.



Ist die Tatsache, daß sich nur jeder Fünfte für informiert hält, auf Desinteresse oder Informationsmangel zurückzuführen? Es wurde eine zweite Frage gestellt:

Welche der folgenden Aussagen kommt Ihrer persönlichen Meinung am nächsten?

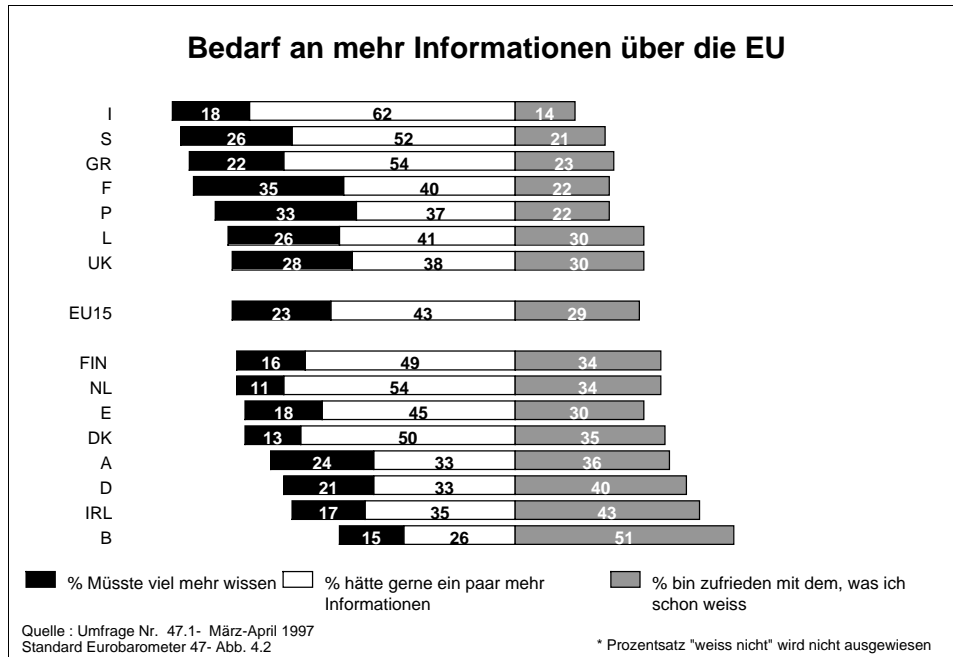
- *Ich müßte wirklich viel mehr über die Europäische Union wissen*
- *Ich hätte gerne ein paar mehr Informationen über die Europäische Union*
- *Was mich betrifft, bin ich mit dem zufrieden, was ich schon weiß*

Am stärksten war der Wunsch nach mehr Information in Frankreich (35% möchten viel mehr wissen), Portugal (33%) und im Vereinigten Königreich (28%). Generell ist Italien das Land, in dem am ehesten mehr Information gewünscht wird: nur 14% sind mit dem zufrieden, was sie schon wissen. Zum Kreis der Länder, die mit ihrem Kenntnisstand zufrieden sind, zählen insbesondere Belgien (51%), Irland (43%) und Deutschland (40%). (Tabelle 4.5)

Man könnte erwarten, daß diejenigen, die sich als schlecht informiert bezeichnen, mehr erfahren möchten, aber wie aus der Analyse hervorgeht, umfaßt die Gruppe der Personen, die "*mehr über die Europäische Union wissen*" möchten, sowohl die gut Informierten wie auch die schlecht Informierten. Noch auffallender ist die Tatsache, daß in der Gruppe derjenigen, die sich für **informiert** halten, sogar ein stärkerer Wunsch nach *viel mehr Informationen über die Europäische Union* besteht: 48% der **Informierten** und 39% der **Nichtinformierten** möchten mehr Information. Wir stellen außerdem fest, daß diejenigen, die der EU-Mitgliedschaft ihres Landes positiv gegenüberstehen, einen ausgeprägteren Wunsch nach mehr Information haben. Daraus läßt sich schließen, daß Personen mit bereits positiver Einstellung für weitere Informationen über die Europäische Union empfänglicher sind, während Personen mit einer im allgemeinen negativeren Einstellung weniger interessiert sind.

Eine Analyse der demographischen Gruppen zeigt außerdem, daß der Wunsch nach mehr Informationen über die Union eng mit den Personen verbunden ist, die erfahrungsgemäß als eher pro-europäisch anzusehen sind: Personen mit höherem Bildungsniveau, Führungskräfte, die politische Linke und Meinungsführer. Zu den interessanten Ergebnissen zählt die Tatsache, daß diejenigen, die die Medien nur in geringem Umfang nutzen¹², keinen Bedarf an weiteren Informationen haben und mit dem zufrieden sind, was sie schon wissen. (Tabelle 4.6)

¹² Genauere technische Angaben auf Seite C.10



4.2 Wie informieren sich die Bürger über die Europäische Union?

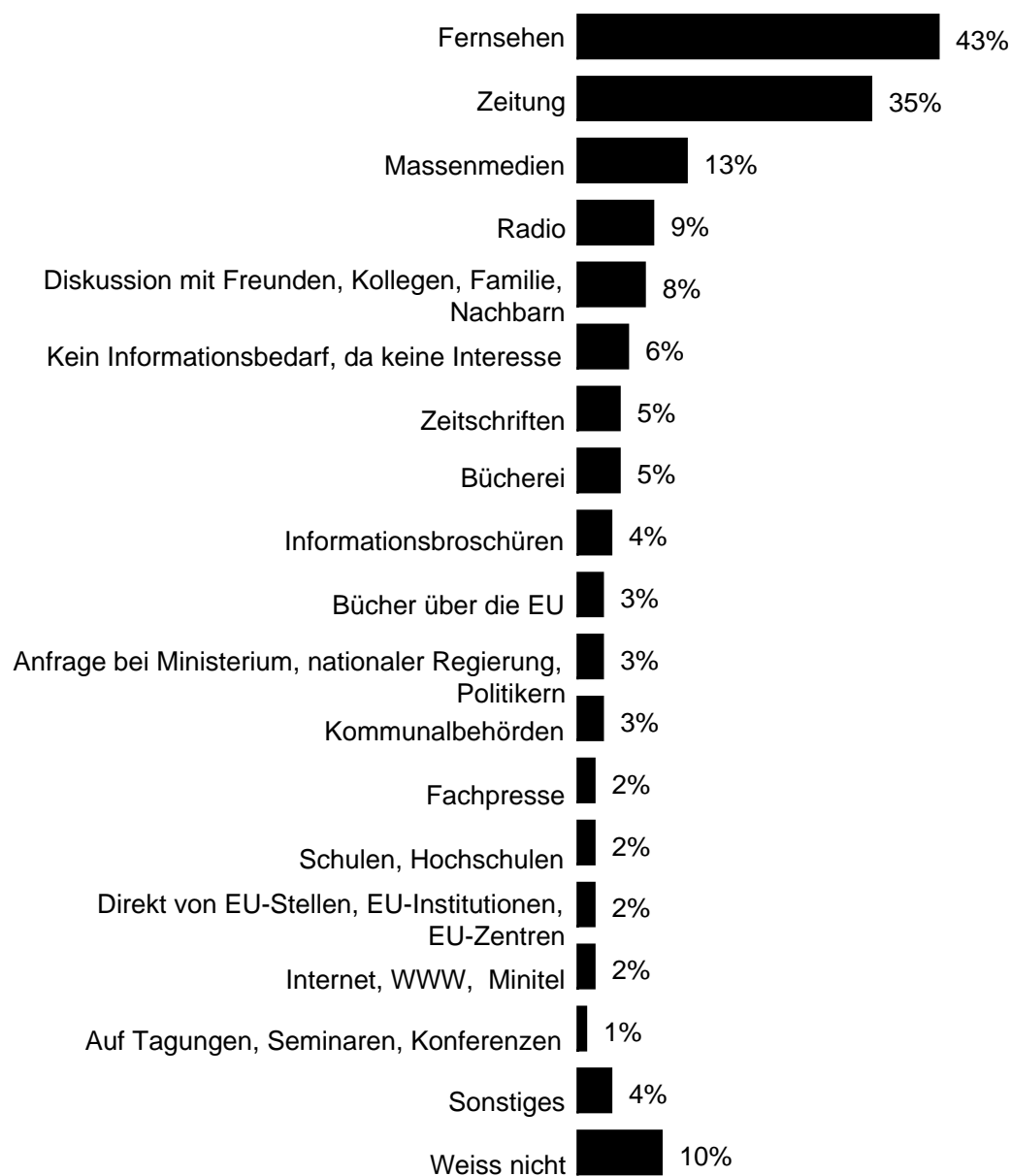
Wenn beinahe zwei von drei Befragten mehr über die EU sowie ihre Politik und Einrichtungen in Erfahrung bringen möchten, stellt sich die Frage, wie sie dabei vorgehen. Mit Hilfe einer offenen Frage konnten wir ermitteln, daß die Mehrheit der Befragten diesen Informationsbedarf über die Massenmedien wie Presse, Rundfunk und Fernsehen zu decken sucht. Das Fernsehen wurde von etwas mehr als vier von zehn Befragten genannt, die Zeitung von jedem Dritten, die Massenmedien im allgemeinen von 13% und der Rundfunk von 9%. Die restlichen Antworten waren bedeutend stärker fragmentiert, wie aus dem folgenden Schaubild hervorgeht: die Skala reicht von Diskussionen mit Freunden bis zur Benutzung des Internet. Diese Ansätze zeichnen sich jedoch durch ein gemeinsames Merkmal aus: der Betreffende muß sich aktiv auf die Informationssuche begeben, was in scharfem Gegensatz zur Mehrheit der Antworten steht, die durch ihre passive Natur charakterisiert sind.

Wie der Ländervergleich zeigt, werden bestimmte Informationsquellen in gewissen Mitgliedstaaten bevorzugt. Das **Fernsehen** wird am intensivsten in Italien (59%), Ostdeutschland (48%), Finnland (44%), Schweden und Westdeutschland genutzt (jeweils 43%). Im Gegensatz dazu nannten in Dänemark lediglich 19% der Befragten das Fernsehen als Quelle für Informationen über die EU.

Informationsbroschüren sind in den Niederlanden und Luxemburg am populärsten, während jeder dritte Däne eine **Bücherei** aufsuchen würde (verglichen mit einem EU-Durchschnitt von 5%). **Familie und Freunde** sind in Italien, Frankreich, Österreich und Schweden bei der Informationssuche wichtig, spielen jedoch in Irland und in den Niederlanden kaum eine Rolle. **Büros der europäischen Institutionen** werden in Luxemburg, das Sitz einer Reihe von EU-Organen ist, am häufigsten genannt; sie sind auch in Dänemark und Finnland populär. Das **Internet und das World Wide Web** werden am häufigsten in Skandinavien genannt (Dänemark 7%, Finnland und Schweden 5%, während der EU-Durchschnitt erst bei 1% liegt). (Tabelle 4.7)

Die Untersuchung der verschiedenen sozio-ökonomischen Gruppen zeigt folgende Unterschiede auf:

Informationsquellen für EU-Politik und EU-Institutionen (EU15)



Quelle : Umfrage Nr. 47.1 - März-April 1997
Standard Eurobarometer 47 - Abb. 4.3

Geschlechtsbezogene Unterschiede

Die Frauen nutzen eher das Fernsehen als Informationsquelle, während die Männer Rundfunk und Zeitungen höher bewerten. Die Männer machen mehr Gebrauch von den übrigen Presseerzeugnissen, sie konsultieren eher Bücher, Merkblätter und Zeitschriften und sind außerdem eher bereit, das Internet und andere elektronische Informationsquellen zu nutzen. Die Frauen wenden sich hingegen eher an Freunde, Familienangehörige oder Kollegen, um Informationen zu erhalten.

Altersbezogene Unterschiede

Während die älteren Befragten erheblichen Wert auf die Informationsquellen Radio und Fernsehen legen, halten die Jüngeren diese Medien zwar für nützlich, informieren sich jedoch eher durch Bücher und Zeitschriften. Die Jüngeren wenden sich ebenso wie die Frauen eher an Freunde oder Kollegen, wenn sie sich informieren wollen. Neue Technologien wie das Internet werden noch nicht auf breiter Basis benutzt und eher von jüngeren als von älteren Menschen als Informationsquelle genannt.

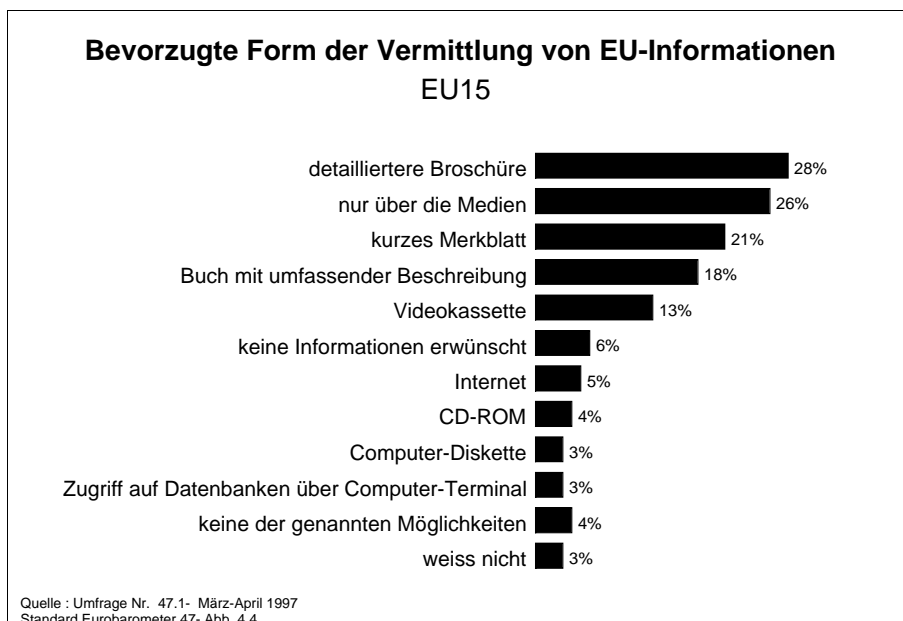
Berufsbezogene Unterschiede

Hausfrauen und Hausmänner, gefolgt von den Arbeitslosen, nennen in der Regel das Fernsehen als wichtigste Informationsquelle. Arbeiter lassen sich außerdem vom Radio informieren, während Führungskräfte in der Regel die breiteste Palette von Informationsquellen nutzen, die von Tageszeitungen und der Fachpresse über das Internet bis zu Kontakten zu verschiedenen Organisationen wie EU-Büros, nationalen Ministerien und Politikern reichen. (Tabelle 4.8)

4.3 Bevorzugte Informationsquellen

Zusätzlich zu der spontan zu beantwortenden Frage nach den benutzten Informationsquellen wurde auch eine Liste mit vorgegebenen Informationsquellen vorgelegt, aus der die Befragten die bevorzugten Informationsquellen auswählen sollten. Erneut konnten wir feststellen, daß die "traditionellen" Medien sehr populär sind: 28% entschieden sich für eine "detailliertere Broschüre" und 21% für ein "kurzes Mitteilungsblatt, das nur einen Überblick gibt". 18% bevorzugten ein Buch mit umfassender Beschreibung und 13% wählten eine Videokassette. Die übrigen Optionen wurden weniger häufig genannt, wie aus dem folgenden Schaubild hervorgeht. Verglichen mit den Ergebnissen der gleichen Frage im Frühjahr 1996 hat sich die Verteilung der Nennung der bevorzugten Informationsquellen kaum geändert.

Was die nationalen Unterschiede betrifft, so herrscht in den skandinavischen Ländern eine größere Vorliebe für die moderneren Informationsquellen, während in den anderen Ländern eher das gedruckte Wort bevorzugt wird. Videokassetten werden häufiger in Schweden, Italien, Frankreich und im Vereinigten Königreich gewählt. (Tabellen 4.9 & 4.10)



4.4 Bereitschaft zu aktiver Informationssuche

Aus einer Reihe von verschiedenen Formen des Angebots von Informationen über die Europäische Union wählten die Befragten **mit überwältigender Mehrheit den gebührenfreien Telefondienst** aus: beinahe sieben von zehn Personen wären bereit, einen derartigen Dienst zu nutzen, und in keinem Mitgliedstaat - außer in Ostdeutschland - wurde die 60%-Marke unterschritten. In Ostdeutschland dürfte dieser Sachverhalt auf die verhältnismäßig geringe Ausstattung der Haushalte mit Telefonen zurückzuführen sein, die unter dem EU-Durchschnitt liegt. Nur 18% wären bereit, für einen derartigen Anruf zu bezahlen. Dies unterstreicht die Bedeutung von kostenfreien Diensten. Das gleiche Phänomen ist beim Vorschlag für einen gebührenfreien Faxdienst zu beobachten: 37% der Befragten würden ein derartiges Angebot nutzen, aber wenn der Anruf kostenpflichtig ist, sinkt dieser Anteil auf 13%.

Die öffentlichen Informationsbüros werden als wichtige Informationsquelle angesehen, denn 53% der Befragten würden sich an ein derartiges Büro wenden und 38% würden ein Informationsbüro der Europäischen Kommission aufsuchen. Der Zugriff auf Datenbanken über ein öffentliches Computer-Terminal oder den eigenen PC wird von 30% bzw. 28% als Informationsmöglichkeit genannt. Jeder Fünfte wäre bereit, sich an einen Journalisten zu wenden, der über europäische Angelegenheiten Bescheid weiß. (Tabellen 4.11 & 4.12)



4.5 Zugang zur Informationstechnologie

Zum Abschluß des Teilabschnitts über Informationsquellen sollten die Befragten angeben, welche Geräte und welche Software ihnen zur Verfügung steht, um die vorgeschlagenen Dienste zu nutzen.

Drei von vier Befragten haben Zugang zu einem Videorecorder und mehr als die Hälfte besitzt ein Fernsehgerät mit Videotext; jedem Dritten ist ein Computer zugänglich und jeder Fünfte hat die Möglichkeit, ein Faxgerät zu benutzen. Wie das folgende Schaubild zeigt, sind die übrigen Dienste weniger weit verbreitet.



Seit Beginn des Frühjahrs 1996, als diese Frage zuletzt gestellt wurde, hat der Zugang zu allen genannten Diensten generell zugenommen¹³. Der Zugang zu Geräten wie Videorecorder, Computer und Fax ist insgesamt nur leicht gestiegen, aber die interessanteste Entwicklung dürfte die Zunahme des Zugangs zum Internet und zum World Wide Web sein, der sich in diesen 15 Monaten fast verdoppelt hat.

Während sich diese allgemeinen Trends in der Regel langsam entwickeln, stellen wir auffallende nationale Unterschiede fest: die skandinavischen Länder Dänemark, Finnland und insbesondere Schweden vermelden einige besonders hohe Zuwachsraten. In den drei genannten Ländern hat sich die Nutzung von Internet und World Wide Web im Lauf des letzten Jahres mehr als verdoppelt. Parallel dazu ist auch die Verwendung von Modem-Geräten gestiegen. In den anderen Mitgliedstaaten werden Internet und World Wide Web WWW ebenfalls intensiver genutzt, doch geht das Wachstum dort von einer bedeutend kleineren Ausgangsbasis aus. (Tabelle 4.13)

Die Analyse der sozio-demographischen Variablen zeigt erwartungsgemäß, daß die meisten Formen des Zugangs zur Informationstechnologie vom Einkommen abhängig sind: diese "neuen Medien" werden von Personen mit hohem Einkommen, Führungskräften, Meinungsführern und Personen mit hohem Bildungsniveau am intensivsten genutzt.

¹³ Siehe Eurobarometer 44.2 a - Umfrage 28. Januar - 12. März 1996

Abgesehen von den genannten nationalen Unterschieden ist die **Nutzung moderner Informationstechnologien stark von Geschlecht und Alter abhängig**. Die Wahrscheinlichkeit des Zugangs zu Modem und Internet/WWW und der Nutzung dieser Möglichkeiten ist bei Männern doppelt so hoch wie bei Frauen. Auch der Zugang zu einem Computer weist geschlechtsspezifische Unterschiede auf: 37% der Männer gegenüber 27% der Frauen haben Zugang zu einem Computer. Neben dem Geschlecht ist das Alter ein weiterer bestimmender Faktor: 45% der jungen Menschen gegenüber 12% der Befragten in der Altersgruppe über 55 verfügen über einen Zugang zu einem Computer. Zugang zu Internet/WWW haben 12% der Befragten in der Altersgruppe unter 40, aber nur 2% in der Altersgruppe über 55. Erwartungsgemäß haben Personen mit hohem Bildungsniveau bessere Zugangsmöglichkeiten (16%) als diejenigen, die mit 15 die Schule verlassen haben (2%). (Tabelle 4.14)

Zuwachs des Zugangs zu den neuen Technologien Frühjahr 1996 bis Frühjahr 1997						
	COMPUTER		MODEM		WWW- INTERNET	
	% verfügen über	% Veränderung	% verfügen über	% Veränderung	% verfügen über	% Veränderung
EU15	32	0	9	+2	8	+3
B	33	+4	7	+1	4	+1
DK	56	+7	26	+10	23	+13
D	28	+3	8	+1	6	+2
GR	13	0	2	0	2	+1
E	28	+2	5	+1	5	+3
F	27	+3	7	+3	5	+3
IRL	22	+1	6	+2	7	+3
I	33	+1	7	+1	7	+3
L	39	+1	12	+5	11	+6
NL	56	0	19	0	14	+4
A	26	+3	5	0	5	+1
P	17	+5	4	+1	3	+1
FIN	44	+7	22	+6	25	+14
S	53	+10	29	+13	26	+14
UK	38	+3	13	+2	11	+2

5. Unionsbürgerschaft - Rechte und Freiheiten

Im vorangegangenen Kapitel haben wir untersucht, wie gut die EU-Bürger über die Europäische Union informiert sind und inwieweit sie diesbezüglich bereit sind, Informationen einzuholen. Das vorliegende Kapitel befaßt sich mit der Unionsbürgerschaft: Betrachten sich die Menschen als Bürger Europas? Wie steht es um ihre Kenntnisse der Bürgerrechte und ihr Interesse an diesen Rechten? Wie können sie mehr über ihre Rechte als Bürger der Europäischen Union erfahren? Außerdem erörtern wir die Einstellungen zur persönlichen Freiheit, die als Teil einer Umfrage zum Europäischen Jahr gegen den Rassismus untersucht wurden.

5.1 Sich als Europäer fühlen - nationale und europäische Identität

Bei der Standard-Eurobarometer-Umfrage wird seit 1992 regelmäßig nach einer Beschreibung der Gefühle hinsichtlich einer europäischen und nationalen Identität gefragt:

“In der nahen Zukunft, sehen Sie sich da ..

- *... nur als Deutsche/r*
- *... als Deutsche/r und Europäer/in*
- *... als Europäer/in und Deutsche/r*
- *... nur als Europäer/in”*

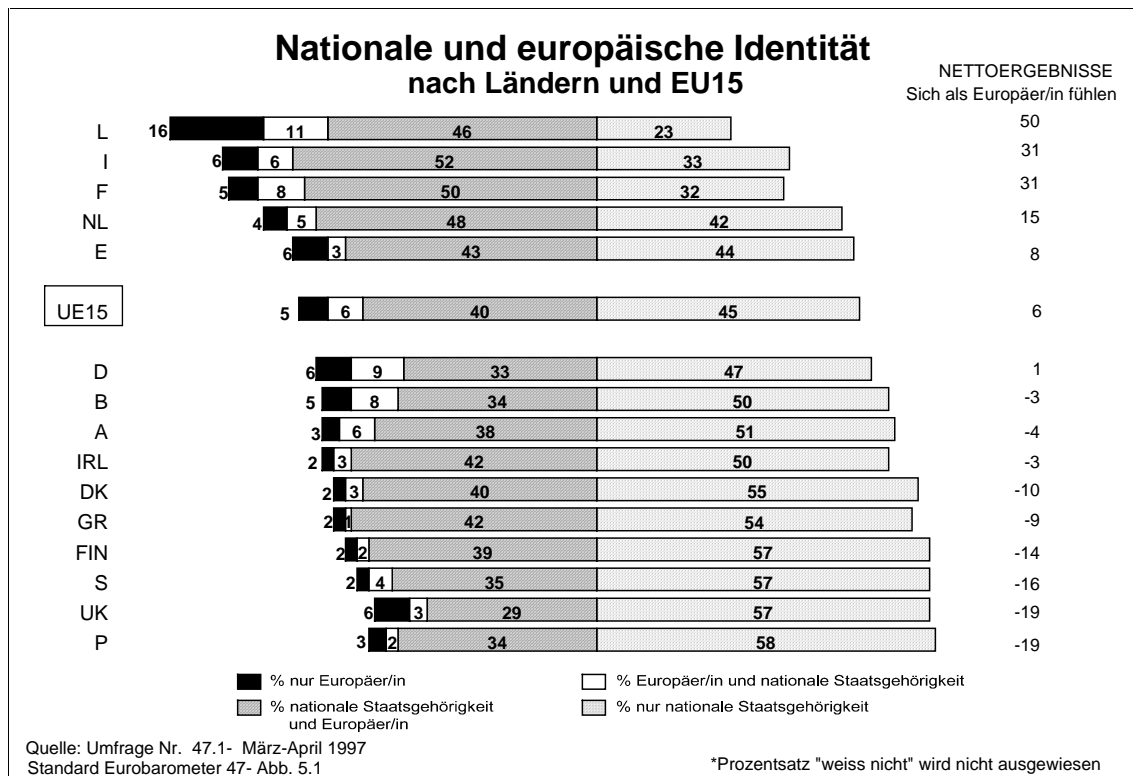
Generell bezeichnen sich 45% der Befragten ausschließlich als Angehörige ihrer eigenen Nationalität, während sich 40% als Angehörige ihrer eigenen Nationalität und als Europäer fühlen und weitere 5% sich nur als Europäer sehen. Der Gesamtindex für den Anteil der Befragten, die sich als Europäer bezeichnen, weist seit Herbst 1995 einen kontinuierlichen Abwärtstrends auf, hat sich jedoch in den letzten sechs Monaten auf einem niedrigeren Wert stabilisiert¹⁴. Eine *europäische Identität* wird also bis zu einem gewissen Grad von etwas mehr als der Hälfte der EU-Bevölkerung empfunden.

Europäische Identität - Trends 1994-1997				
	EB 42 Herbst 1994	EB 44 Herbst 1995	EB 46 Frühjahr 1996	EB 47 Frühjahr 1997
nur eigene Nationalität	33	40	46	45
eigene Nationalität und europäisch	46	46	40	40
europäisch und eigene Nationalität	10	6	6	6
nur europäisch	7	5	5	5

Die Rangordnung nach Ländern, die sich in den früheren Umfragen etabliert hat, ist weitgehend gleich geblieben: die Bewohner Luxemburgs fühlen sich mehr als alle anderen als Europäer. Wie wir in früheren EB-Ausgaben bereits ausgeführt haben, ist dieses Ergebnis unter anderem auf die Tatsache zurückzuführen, daß im Großherzogtum eine erhebliche Zahl von nichtluxemburgischen Staatsangehörigen wohnt.

¹⁴ Einzelheiten zu diesen Trends in Eurobarometer Nr. 42 (Umfrage Dezember 1994), Eurobarometer Nr. 44 (Umfrage Oktober-November 1995) und Eurobarometer Nr. 36 (Umfrage Oktober-November 1996).

Die Identifizierung mit einer europäischen Identität liegt in Italien, Frankreich, den Niederlanden und Spanien über dem EU-Durchschnitt, während die nationale Identität in Finnland, Schweden und im Vereinigten Königreich weiterhin einen hohen Stellenwert hat, denn dort sehen sich jeweils 57% der Befragten "nur als nationale/r Staatsbürger/in". Eine einzige wichtige Veränderung wurde in Portugal registriert, wo der Indexwert für "nur als nationale/r Staatsbürger/in" in den letzten achtzehn Monaten um 16 Prozentpunkte gestiegen ist: im Herbst 1995¹⁵ lag der Anteil derjenigen, die sich "nur als nationale/r Staatsbürger/in" verstehen, noch bei 42% und im Frühjahr 1997 war er auf 58% gestiegen. (Tabellen 5.1 & 5.2)



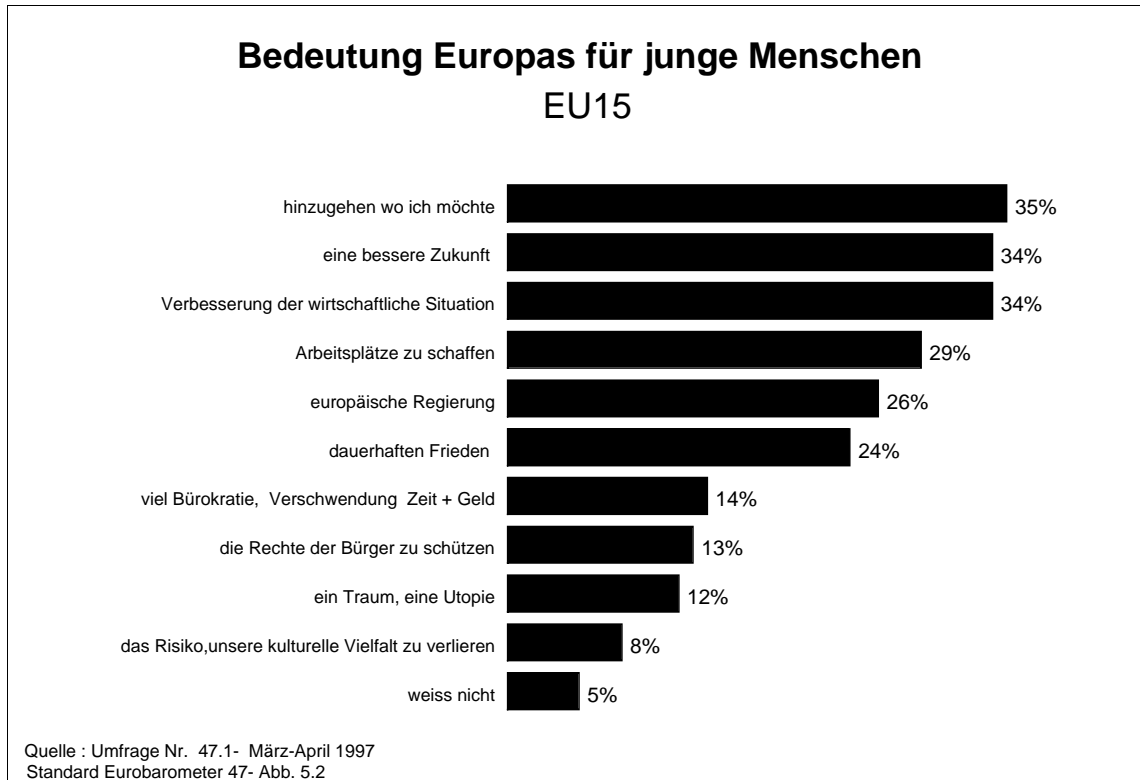
5.2 Welche Bedeutung hat Europa für die jungen Menschen?

Die Umfrage zu Eurobarometer 47 enthielt ausnahmsweise einen Abschnitt für junge Menschen. Befragt wurde eine zusätzliche Stichprobe von 9 400 Personen im Alter von 15 bis 24 Jahren, d.h. 600 in jedem Mitgliedstaat und 1200 in Deutschland (600 in Westdeutschland und 600 in Ostdeutschland). Mit Hilfe einer Reihe von Fragen über die Einstellungen von jungen Menschen sollte erforscht werden, was ihnen die Europäische Union bedeutet. **Der allgemeine Eindruck, der sich aus dieser Befragung ergab, ist positiv.** Wir wissen bereits aufgrund der Standardumfragen, daß sich junge Menschen eher als Europäer und Europäerinnen betrachten als die Angehörigen älterer Altersgruppen, und konnten nun die Gründe für diesen Sachverhalt etwas erhellen.

An der Spitze der Liste lag mit knapper Führung die Freizügigkeit, die sich aus der EU-Mitgliedschaft ergibt: 35% entschieden sich für die Möglichkeit, "überall hinzugehen, wohin ich möchte". Die folgenden drei Aspekte, die die jungen Menschen wählten, beziehen sich auf die Tatsache, daß Europa bessere Zukunftsaussichten bietet, sowohl im allgemeinen Sinn als auch im Hinblick auf die Wirtschaft und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Jeder Vierte sah die Union als eine europäische Regierung an. 24% nannten die Garantie für einen dauerhaften Frieden und 13% den Schutz der Rechte der Bürger.

¹⁵ Einzelheiten siehe Eurobarometer Nr. 44

Auf der Negativseite stimmten 14% der Ansicht zu, daß die Union viel Bürokratie beinhalte und eine Verschwendung von Zeit und Geld sei. 12% befürchten den Verlust der kulturellen Vielfalt und nur 8% glauben, daß der europäische Gedanke ein Traum oder eine Utopie ist.



Die Analyse der nationalen Unterschiede zeigt, daß die allgemeinen Präferenzen in allen Ländern ähnlich ausfallen: viele junge Leute schätzen die Freizügigkeit, die mit der Zugehörigkeit zur Union verbunden ist. Auch die Hoffnung auf eine bessere Zukunft - sowohl allgemeiner als auch spezifischer Art (Wirtschaft und Arbeitsplätze) - ist in allen Ländern ein wichtiger Aspekt. Interessanter dürften jedoch einige der nationalen Unterschiede sein, die sich aus den Daten herleiten lassen. Die Aussage, daß Europa ein Weg ist, um *“für junge Leute eine bessere Zukunft zu schaffen”*, fand besonders in Italien (51%) und Irland (49%) Widerhall, wobei der EU-Durchschnitt bei 34% lag. Die *Freizügigkeit*, die generell hoch eingestuft wurde (EU 35%), wurde in Deutschland, Frankreich (jeweils 49%) und Luxemburg (48%) besonders geschätzt und im Vereinigten Königreich (22%), Griechenland und Spanien (jeweils 24%) am niedrigsten eingestuft.

Die *Verbesserung der wirtschaftlichen Situation* durch Europa wurde in den Niederlanden (55%) besonders stark befürwortet, während im Vereinigten Königreich nur 21% der Befragten Europa in diesem Licht sahen. Daß Europa Arbeitsplätze schaffen werde, hofften besonders viele Befragte in Italien, Irland und Finnland (jeweils 40%), während der entsprechende Anteil in Spanien nur halb so hoch war. Während jeder Vierte unter den jungen Leuten Europa als einen Garanten für einen *dauerhaften Frieden* ansieht, sind die jungen Menschen in Luxemburg bedeutend positiver eingestellt, denn dort glauben 42%, daß die Europäische Union einen dauerhaften Frieden garantiert. Diesbezüglich wurden hingegen in Irland (10%), im Vereinigten Königreich (12%) und in Spanien (15%) sehr niedrige Werte erzielt. Der *Schutz der Bürger* wurde in keinem Land so häufig genannt wie in den Niederlanden mit 23% und in Portugal mit 20%.

Auf der Negativseite war der Anteil der jungen Menschen, für die Europa *“viel Bürokratie”* bedeutet, in Schweden besonders hoch (38%), während er in Irland und Italien sehr niedrig war (5% bzw. 7%).

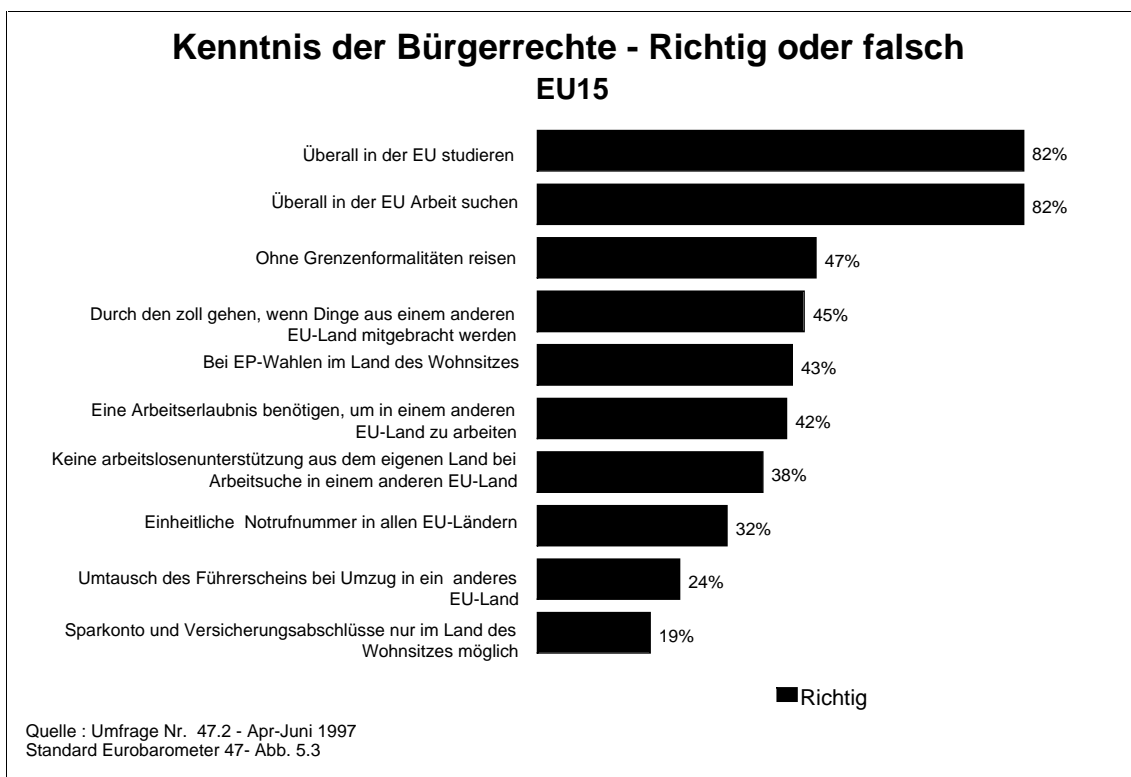
Ist Europa nur *ein Traum, eine Utopie*? Junge Leute aus Österreich, Belgien oder Schweden neigen eher zu dieser Ansicht, die die jungen Menschen aus Irland oder dem Vereinigten Königreich interessanterweise nicht so oft teilen. (Tabelle 5.3)

5.3 Kenntnis der Bürgerrechte

Im Zusammenhang mit der Informationskampagne "Bürger Europas" der Europäischen Kommission ist es interessant zu erfahren, inwieweit die Bürger über ihre Rechte als Unionsbürger informiert sind. Das Standard-Eurobarometer 47 stellte eine Reihe von Fragen zum Verständnis dieser Rechte.

Zunächst wurde ermittelt, wie gut die Bürger über die Rechte informiert sind, die sie aufgrund der verschiedenen Verträge und Übereinkommen bereits jetzt in Anspruch nehmen können. Die Befragten sollen angeben, ob bestimmte Aussagen richtig oder falsch sind.

Themen im Zusammenhang mit der Freizügigkeit, z.B. das Recht, in jedem Land der Europäischen Union studieren oder Arbeit suchen zu können, wurden von mehr als acht von zehn Personen richtig erkannt. Bei allen anderen Themen war die Erkennungsrate niedrig, wie aus dem folgenden Schaubild hervorgeht.



Bei der Untersuchung der Veränderungen seit dem Winter 1996¹⁶, als die Frage zuletzt gestellt wurde, zeigte sich eine Verbesserung der Kenntnisse über das Recht auf Studium (+4%), das Recht der Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen (+5%) und die Einführung einer einheitlichen Notrufnummer in allen EU-Ländern (+6%). Außerdem ist der Anteil derjenigen, die glauben, daß man eine Arbeitserlaubnis für die Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit benötigt, um 3 Prozentpunkte zurückgegangen. In einer Reihe von Bereichen sind sich die Bürger also der gemeinsamen Aspekte der Unionsbürgerschaft stärker bewußt geworden.

Die Einordnung der Themen auf der Richtig/Falsch-Skala fällt in der Regel in allen Ländern recht unterschiedlich aus. Dies läßt darauf schließen, daß die Befragten entweder über keine direkten Erfahrungen verfügen und daher nicht informiert sind oder die Regelungen nicht in allen Mitgliedstaaten gleich sind, wie dies beispielsweise bei der Freizügigkeit und dem Schengen-Abkommen der Fall ist. (Tabellen 5.4 & 5.5)

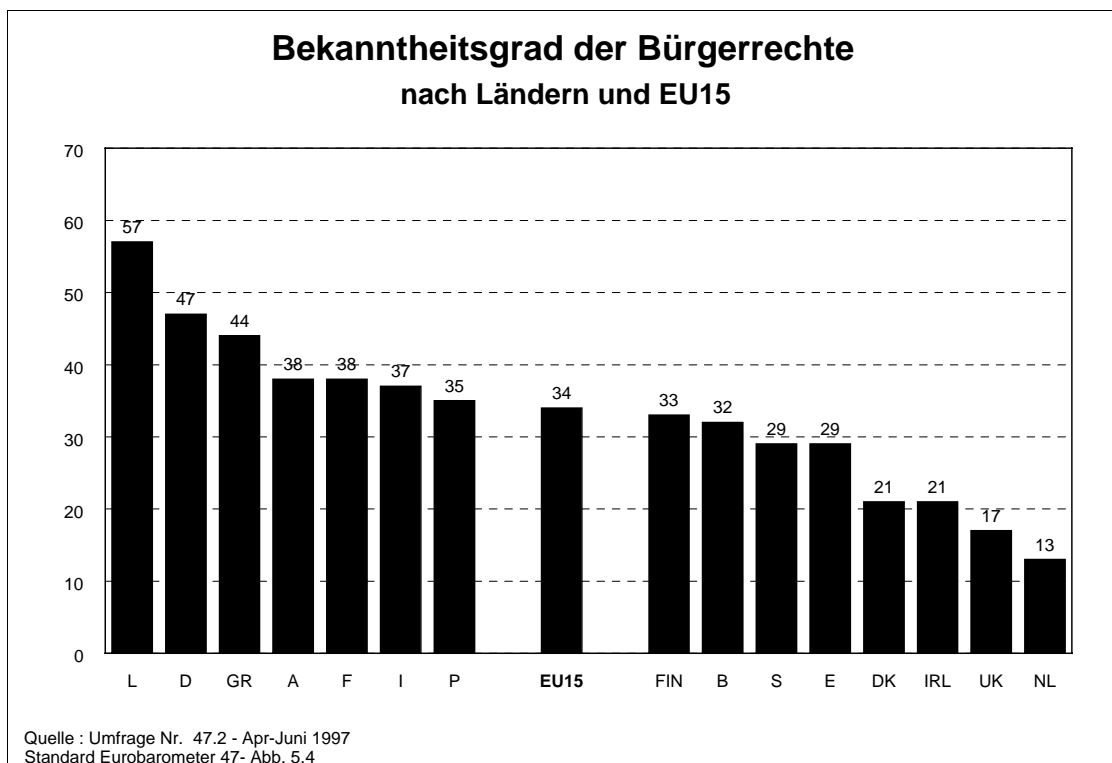
¹⁶ Einzelheiten siehe Eurobarometer Nr. 46

5.4 Bekanntheitsgrad der Bürgerrechte “in den letzten Wochen”

Um den Bekanntheitsgrad der Rechte der Unionsbürger zu ermitteln, wurde folgende Frage gestellt:

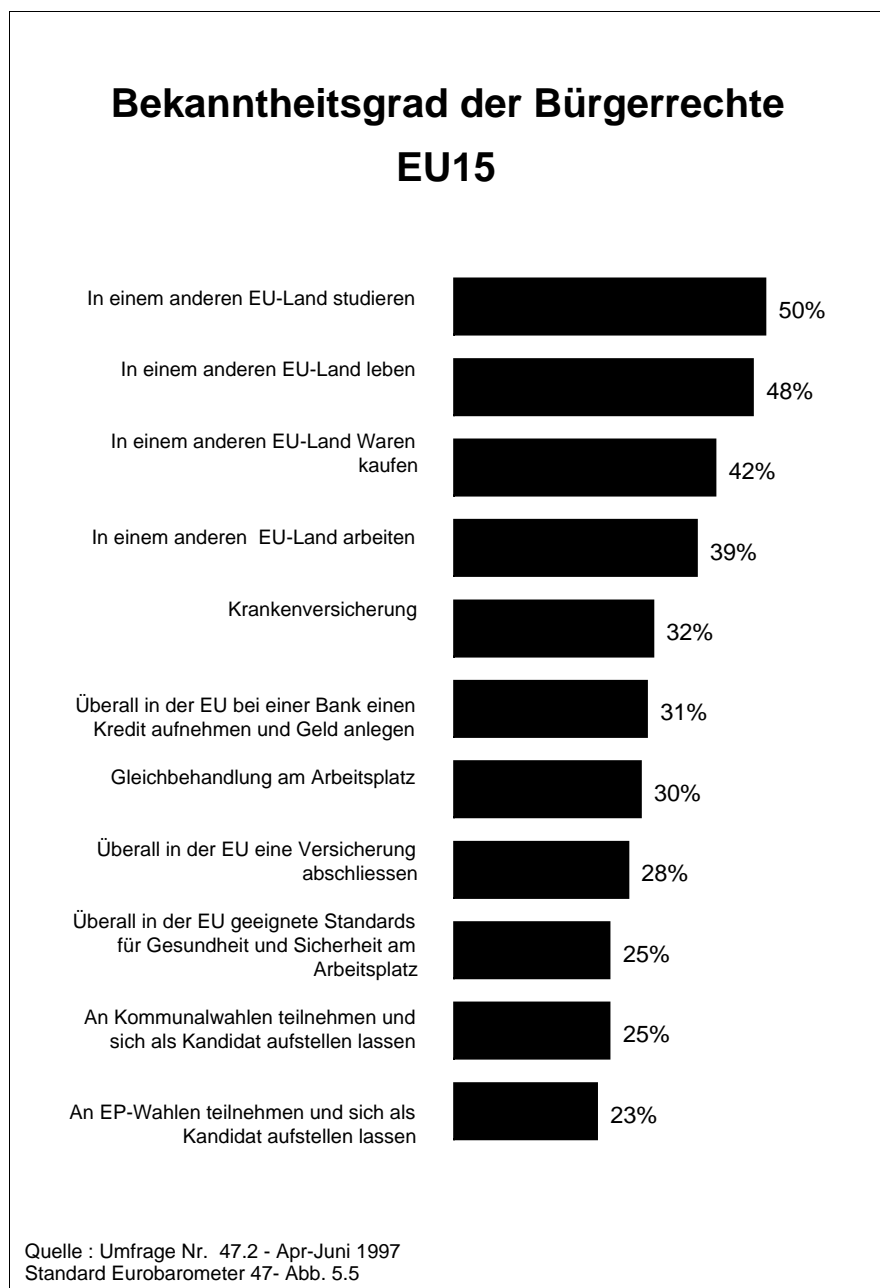
“Haben Sie in den letzten Wochen etwas gehört über die Rechte und Möglichkeiten, die Sie als Bürger der Europäischen Union haben?”

- daß man in jedem anderen Land der Europäischen Union leben kann
- daß man in jedem anderen Land der Europäischen Union arbeiten oder sich selbständig machen kann, und zwar unter den selben Bedingungen wie ein Bürger dieses anderen Landes
- daß man in jedem anderen Land der Europäischen Union studieren kann
- daß man in jedem anderen Land der Europäischen Union Dinge für den persönlichen Bedarf kaufen und sie ohne Zollformalitäten nach Hause bringen kann
- daß man Kosten zurückerstattet bekommt für dringende medizinische Versorgung, die man unter Umständen in einem anderen Land der Europäischen Union in Anspruch nimmt
- die Sicherheit, an jedem Arbeitsplatz überall in der Europäischen Union geeignete Standards für Gesundheit und Sicherheit vorzufinden
- die Sicherheit der Gleichbehandlung am Arbeitsplatz, ohne Benachteiligung aufgrund des Geschlechts, überall in der Europäischen Union
- daß man überall in der Europäischen Union bei Banken einen Kredit aufnehmen und Geld anlegen kann
- daß man überall in der Europäischen Union eine Versicherung abschließen kann
- daß man, wenn man in einem anderen Land der Europäischen Union lebt, bei Kommunalwahlen wählen und sich als Kandidat aufstellen lassen kann
- daß man, wenn man in einem anderen Land der Europäischen Union lebt, bei Europa-Wahlen wählen und sich als Kandidat aufstellen lassen kann



Wir konnten feststellen, daß sich rund die Hälfte der Befragten daran erinnert, in den letzten Wochen etwas über die Möglichkeit gehört zu haben, in einem anderen Mitgliedstaat zu studieren oder zu leben. Jeder Vierte hatte von der Möglichkeit gehört, Waren ohne Zollformalitäten zu erwerben und in einem anderen Land zu arbeiten. Themen im Zusammenhang mit dem sozialen Schutz sind weniger gut bekannt; gleiches gilt für Finanzgeschäfte wie Bankkredite und Versicherungen. Den geringsten Bekanntheitsgrad hatten jedoch das aktive und passive Wahlrecht, d.h. das Recht, an kommunalen oder europäischen Wahlen teilzunehmen oder sich als Kandidat aufstellen zu lassen: nur jeder Vierte konnte sich daran erinnern, kürzlich etwas davon gehört zu haben. (Tabellen 5.6 & 5.7)

Der Ländervergleich zeigt, daß der Bekanntheitsgrad dieser elf Themen je nach Land und Thema sehr unterschiedlich ist. Wenn wir die durchschnittliche Zahl der Nennungen für alle elf Themen für die Europäische Union berechnen, erhalten wir einen Durchschnittswert von 34; Luxemburg erzielt mit 57 den höchsten Wert, gefolgt von Deutschland mit 47 und Griechenland mit 44. Besonders niedrige Werte wurden in den Niederlanden mit 13 und im Vereinigten Königreich mit 17 registriert; dies deutet darauf hin, daß die Medien in letzter Zeit in diesen beiden Ländern nur wenig über diese Themen berichtet hatten.



5.5 Sich über die Bürgerrechte informiert fühlen

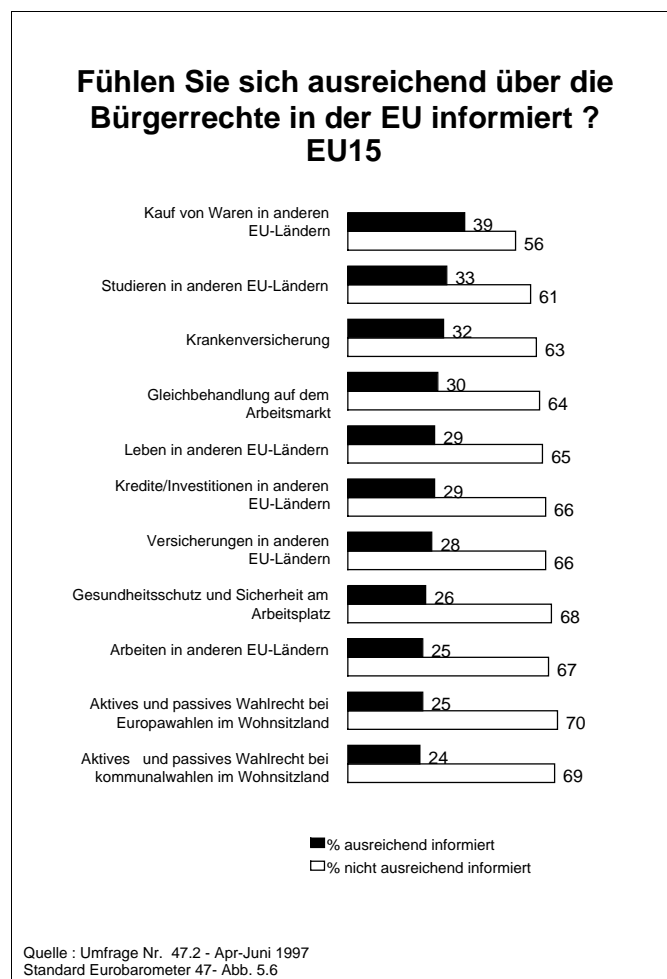
Wenn die Frage, ob man etwas von den einzelnen Rechten gehört habe, bejaht wurde, wurde eine Zusatzfrage gestellt:

“Und meinen Sie, daß Sie jetzt über dieses Recht bzw. diese Möglichkeit genug wissen oder nicht?”

Wie aus dem folgenden Schaubild hervorgeht, möchte die Mehrheit der Befragten mehr über die Rechte als Unionsbürger wissen. Im Durchschnitt möchten zwei von drei Personen, die etwas über die einzelnen Rechte gehört hatten, mehr erfahren. Am größten war das Interesse an Informationen über den Warenerwerb (*“in jedem anderen Land der Europäischen Union Dinge für den persönlichen Bedarf kaufen und sie ohne Zollformalitäten mit nach Hause bringen”*). Beinahe vier von zehn Befragten erklärten, sie wüßten genug über die entsprechenden Verfahren, aber 56% wünschten mehr Informationen.

Sechs von zehn Befragten gaben an, daß sie nicht genug über ein Studium in einem anderen Land wissen, und sehr ähnliche Zahlen wurden bei Themen wie der Krankenversicherung bei Notfällen, der Gleichbehandlung am Arbeitsplatz, dem Leben in einem anderen Mitgliedstaat und Finanzfragen im Zusammenhang mit Bankkrediten und Versicherungsabschlüssen ermittelt.

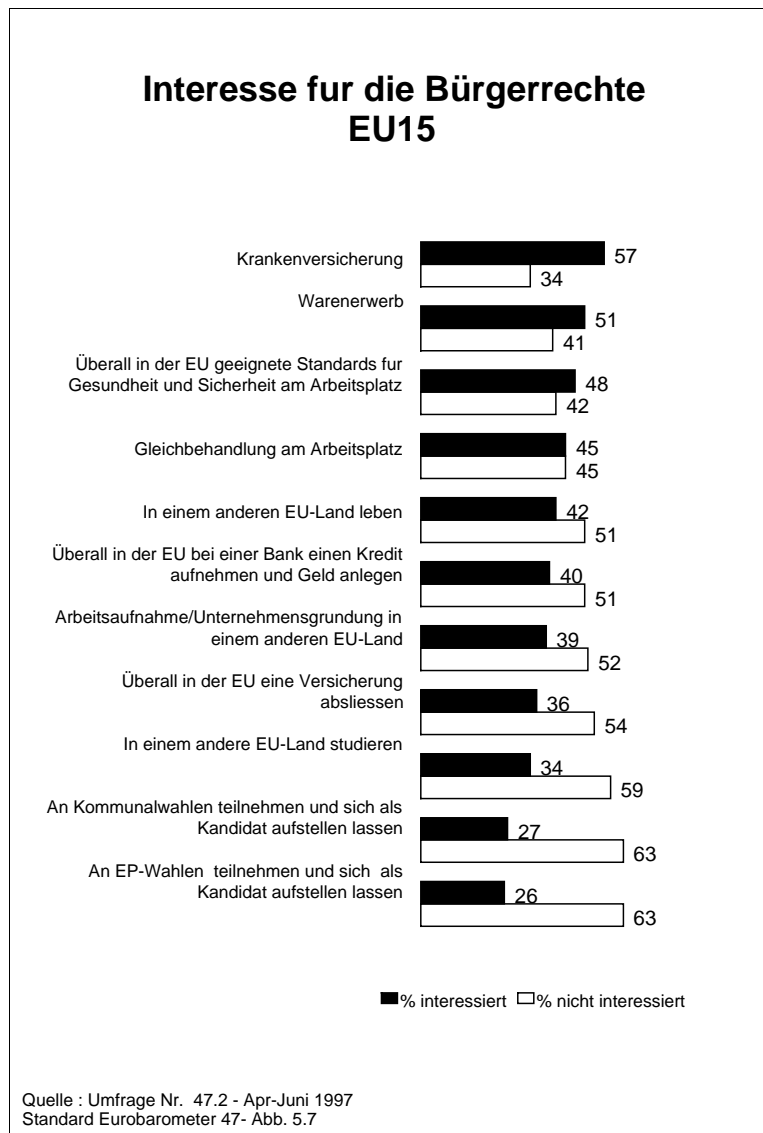
Die beiden Bereiche, in denen sich die Befragten am schlechtesten informiert fühlten, sind die Unternehmensgründung in einem anderen Land und die Regelung des aktiven und passiven Wahlrechts in Kommunalwahlen und europäischen Wahlen: nur jeder Vierte glaubte über diese Themen Bescheid zu wissen. (Tabellen 5.8 & 5.9)



5.6 Interesse für die Bürgerrechte

Generell konzentriert sich das Interesse an den Rechten als Unionsbürger auf praktische Aspekte: beinahe zwei von drei Befragten möchten mehr erfahren über die Rückerstattung der Kosten einer ärztlichen Behandlung bei Notfällen in einem anderen Mitgliedstaat. Informationen über den Warenerwerb ohne Zollformalitäten ist der zweitpopulärste Bereich: hierzu wünschen 51% mehr Information. Berufsbezogene Themen wie die Gleichbehandlung und angemessene Gesundheits- und Sicherheitsnormen werden von beinahe der Hälfte der Befragten erwähnt.

Das Interesse an Informationen über das Wahlrecht und die Möglichkeit, sich als Kandidat bei kommunalen oder europäischen Wahlen aufstellen zu lassen, ist bedeutend geringer und nur bei 27% bzw. 26% der Befragten vorhanden. (Tabelle 5.10)



Das Interesse an den einzelnen Themen korreliert häufig mit bestimmten demographischen Merkmalen. Für die **Chancengleichheit** interessieren sich Frauen, junge Menschen und Personen mit hohem Bildungsniveau am stärksten.

Die Themenreihe, die sich mit dem Oberbegriff der **Freizügigkeit** charakterisieren läßt (Recht, in einem anderen Mitgliedstaat zu leben und zu arbeiten) ist für Männer etwas interessanter als für Frauen. Diese Gruppe der Interessierten ist in der Regel auch jünger, hat eine gute Bildung und besetzt Führungspositionen, während das Interesse bei den Arbeitslosen geringer ist.

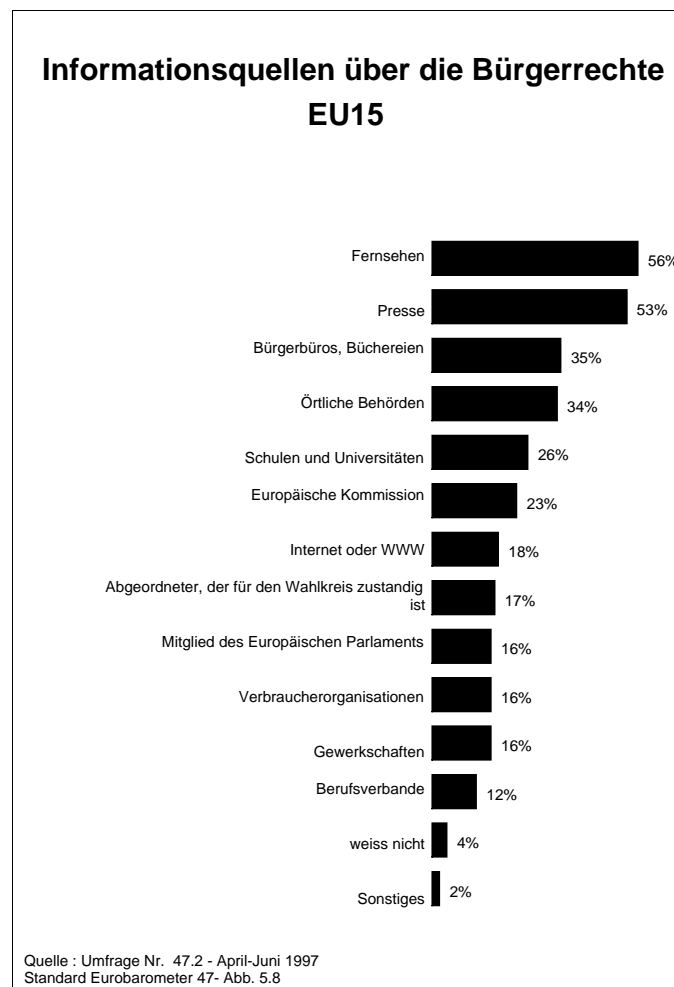
Das Interesse an Informationen über **Studienmöglichkeiten** in einem anderen Land ist erwartungsgemäß bei jungen Menschen höher; Frauen sind an diesem Thema ebenso interessiert wie Männer.

Das Interesse an **Finanzfragen** wie Bankkredite und Geldanlage ist bei den Männern am stärksten ausgeprägt, und zwar in der Regel bei der mittleren Altersgruppe der 25-54jährigen, insbesondere bei den Selbständigen.

Auch das kommunale und europäische **Wahlrecht** ist für die Männer eher interessant; gleiches gilt für Personen mit höherem Bildungsniveau und Meinungsführern. Die politische Einstellung scheint das Interesse am Wahlrecht hingegen nicht zu beeinflussen: auf der rechten wie der linken Seite des politischen Spektrums besteht gleichermaßen Interesse an der politischen Teilhabe. (Tabelle 5.11)

5.7 Informationsquellen über die Bürgerrechte

Im vorangegangenen Kapitel wurde bereits die Tatsache angesprochen, daß eine breite Palette von Informationsquellen benutzt wird, doch ist deutlich, daß die Massenmedien, also Presse, Rundfunk und Fernsehen, den Löwenanteil stellen. Auf die Frage, wie Informationen über Bürgerrechte angeboten werden sollten, nannte mehr als die Hälfte das Fernsehen (56%) und weitere 53% die Presse.



Nationale Unterschiede und bevorzugte Informationsquellen

Obwohl die Massenmedien in allen Mitgliedstaaten als eine Hauptquelle für Informationen über die Bürgerrechte angesehen werden, zeigt eine Untersuchung der übrigen in Frage kommenden Informationsquellen deutlich ausgeprägte nationale Unterschiede auf. Im folgenden führen wir einige dieser Aspekte an.

Belgien

Die Belgier zählen zur Gruppe derjenigen, die sich am ehesten direkt an die Europäische Kommission wenden (36%) und auch eher Kontakt mit einem Mitglied des Europäischen Parlaments aufnehmen (24%).

Dänemark

In Dänemark spielen Bürgerbüros und das Büchereisystem eine wichtige Rolle. 60% der Dänen gehen davon aus, daß sie derartige Informationen in einem Bürgerbüro oder einer Bücherei finden würden. Sie wenden sich auch eher an eine örtliche Behörde (40%), und jeder Dritte würde auf das Internet/WWW zugreifen.

Deutschland

In Deutschland werden die örtlichen Behörden von 44% der Befragten als wichtige Informationsquelle angesehen, und Schulen und Universitäten wurden von 29% bzw. 21% genannt.

Griechenland

In Griechenland sind die örtlichen Behörden (36%) und die Büchereien (26%) zusammen mit den Medien im allgemeinen die am häufigsten genannten Informationsquellen; die entsprechenden Zahlen liegen um oder unter dem EU-Durchschnitt.

Spanien

Die Spanier gaben die örtlichen Behörden (26%) zusammen mit den Bürgerbüros und Büchereien (22%) am häufigsten als die Informationsquelle an, die sie wahrscheinlich benutzen würden.

Frankreich

Mehr als vier von zehn Befragten würden sich in Frankreich an Bürgerbüros oder Büchereien wenden, wenn sie Informationen über ihre Bürgerrechte benötigen, und jeder Dritte würde direkten Kontakt zur Europäischen Kommission aufnehmen. Die Verbraucherorganisationen wurden von 21% der Befragten genannt.

Irland

Die Iren wenden sich bei der Suche nach Informationen wie viele andere Europäer bevorzugt an ihre öffentlichen Büchereien (34%), nannten jedoch auch den für den Wahlkreis zuständigen Abgeordneten des nationalen Parlaments (26%), Schulen und Universitäten (21%) sowie örtliche Behörden (21%).

Luxemburg

Auch in Luxemburg werden Büchereien und Bürgerbüros als Informationsquelle geschätzt (37%); jeder Dritte würde eine direkte Anfrage an die Europäische Kommission richten.

Niederlande

Bürgerbüros und Büchereien schneiden in den Niederlanden besonders gut ab, denn 61% der Befragten nannten sie als Informationsquelle. Sowohl das Internet/WWW als auch die Europäische Kommission werden von 38% der Befragten genannt. Diese beiden niederländischen Indexwerte liegen über dem EU-Durchschnitt von 18% bzw. 23%.

Österreich

Österreicher halten die örtlichen Behörden für die wichtigste Informationsquelle (39%); andere Informationsquellen, deren Nennung über dem EU-Durchschnitt liegt, sind Verbraucherorganisationen (22%) und Berufsverbände (20%).

Portugal

Neben den Massenmedien, insbesondere dem Fernsehen, werden in Portugal die örtlichen Behörden (39%) und die Schulen und Universitäten genannt (27%).

Finnland

Vier von zehn Finnen erklärten, sie würden sich an ein Bürgerbüro oder eine Bücherei wenden, 28% an ihren Abgeordneten im Europa-Parlament, 27% an eine örtliche Behörde und 25% an Schulen oder Universitäten; 23% würden das Internet oder das WWW benutzen.

Schweden

In Schweden spielen die Bürgerbüros und Büchereien eine außerordentliche wichtige Rolle: sieben von zehn Schweden würden versuchen, sich mit Hilfe dieser Informationsquellen zu informieren. Schulen und

Universitäten werden zusammen mit den örtlichen Behörden von mehr als vier von zehn Befragten genannt, und 23% würden das Internet/WWW benutzen.

Vereinigtes Königreich

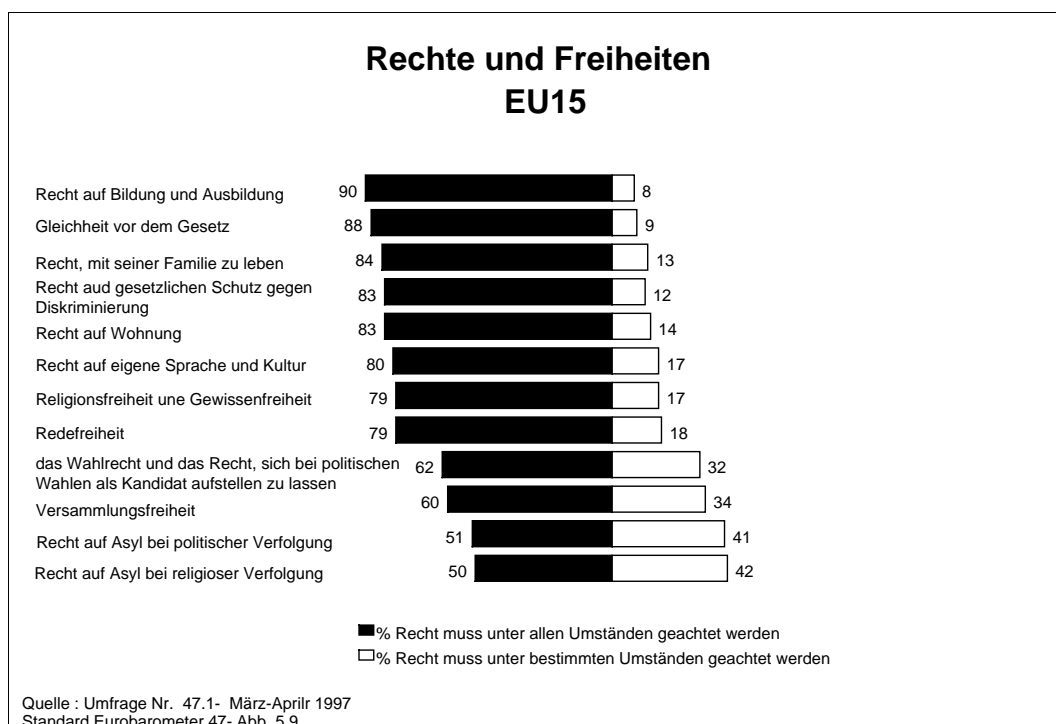
Auch im Vereinigten Königreich spielen Bürgerbüros und Büchereien eine wichtige Rolle: beinahe sechs von zehn Personen nennen sie als Informationsquelle. Gut jeder Dritte würde sich an den für den Wahlkreis zuständigen Abgeordneten des nationalen oder europäischen Parlaments wenden, während dieser Ansatz im EU-Durchschnitt nur von 16% genutzt würde. Ein interessantes Ergebnis ergab sich bei den Massenmedien: lediglich 31% der Briten glauben, sie würden angemessene Informationen vom Fernsehen erhalten. Dieser Anteil liegt weit unter den entsprechenden Anteilen in den anderen Ländern. (Tabelle 5.12)

5.8 Achtung der Rechte und Freiheiten

Wie wir bereits zu Beginn dieses Kapitels erwähnt haben, enthält dieser Abschnitt die Analyse einer Frage, die im Rahmen des Europäischen Jahres gegen den Rassismus gestellt wurde. Sie sollte untersuchen, welche Bedeutung bestimmten persönlichen Rechten und Freiheiten beigemessen wird. Die Frage lautete:

“Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Rechte und Freiheiten, ob sie Ihrer Meinung nach unter allen Umständen geachtet werden sollten oder ob es auf die Umstände ankommt?”

- die Redefreiheit
- die Versammlungsfreiheit
- das Recht auf eigene Sprache und Kultur
- Religionsfreiheit und Gewissensfreiheit
- die Gleichheit vor dem Gesetz
- das Recht auf Asyl bei politischer Verfolgung
- das Recht auf Asyl bei religiöser Verfolgung
- das Wahlrecht und das Recht, sich bei politischen Wahlen als Kandidat aufstellen zu lassen
- das Recht auf Bildung und Ausbildung
- das Recht auf gesetzlichen Schutz gegen Diskriminierung
- das Recht, mit seiner Familie zu leben
- das Recht auf Wohnung



Insgesamt werten die europäischen Bürger das **Recht auf Bildung und Ausbildung** höher als alle anderen Rechte und Freiheiten: europaweit sind neun von zehn Befragten der Meinung, dieses Recht müsse unter allen Umständen gewahrt werden und nur 8% erklärten, es komme dabei auf die Umstände an. Die stärkste Zustimmung war in Spanien festzustellen, wo 94% der Befragten erklärten, dieses Recht sei stets zu respektieren. Die niedrigsten - aber dennoch sehr hohen - Werte wurden mit jeweils 84% in Belgien und Dänemark gemessen.

Der Grundsatz der **Gleichheit vor dem Gesetz** wurde mit knappem Abstand auf den zweiten Platz gewählt: 88% der Befragten meinen, dieser Grundsatz müsse jederzeit gewahrt werden. Die höchsten Werte wurden in Italien, Finnland und Schweden mit jeweils 94% erzielt, während niedrigere, aber dennoch erneut hohe Werte im Vereinigten Königreich (75%) sowie Belgien und Irland (jeweils 77%) ermittelt wurden.

Auf der eher persönlichen Ebene werden das Recht, **mit der eigenen Familie zusammen zu leben** (84%), und das **Recht auf Wohnung** (83%) als Rechte angesehen, die jederzeit zu respektieren sind. Bei diesen beiden Themen treten nationale Unterschiede deutlicher zutage: in Griechenland, Spanien und Italien meinen neun von zehn Personen, daß das Recht auf ein Zusammenleben mit der eigenen Familie absolut ist, während diese Ansicht in Dänemark nur von 66% der Befragten geteilt wird; in den Niederlanden und in Belgien liegen die entsprechenden Werte bei 69% bzw. 71%. Dem Recht auf Wohnung wurde weniger Bedeutung beigemessen: die höchsten Werte wurden in Griechenland und Portugal (93%) und die niedrigsten Werte im Vereinigten Königreich (70%) erzielt.

Das Recht auf **gesetzlichen Schutz gegen Diskriminierung** wird von 83% der EU-Bürger geschätzt: die höchsten Werte wurden mit 88% und 89% in Spanien, den Niederlanden und Irland erzielt, während die niedrigsten Werte erneut in Belgien mit 69% ermittelt wurden.

Das **Recht auf eigene Sprache und Kultur** wird in Italien am höchsten bewertet, wo mehr als neun von zehn Befragten (92%) der Meinung sind, dieses Recht sei jederzeit zu achten. Zu den weiteren Ländern, in denen diese Auffassung besonders stark vertreten ist, zählen Griechenland, Portugal und Irland (jeweils 89%), Spanien (88%) und Finnland (86%). In Belgien glauben nur 63% der Befragten, daß dieses Recht unter allen Umständen gewahrt werden muß.

Die **Redefreiheit** ist in beinahe allen Mitgliedstaaten ein besonderes Anliegen; sie wird erneut in Italien mit 88% besonders hoch eingestuft. Der niedrigste Wert wurde in Ostdeutschland mit 64% gegenüber 82% in Westdeutschland ermittelt, was für Deutschland insgesamt zu einem Durchschnittswert von 78% führte. Niedrige Werte wurden mit 67% in Schweden und 71% im Vereinigten Königreich registriert.

Religionsfreiheit und Gewissensfreiheit sind die letzten beiden Elemente in der Gruppe der hoch eingestuften Rechte und Freiheiten. Auch hier sind beinahe acht von zehn Befragten der Meinung, dieser Grundsatz müsse jederzeit respektiert werden. Erneut sehen wir besonders hohe Werte in Italien (90%) und auch in den Niederlanden (87%) sowie in Griechenland und Spanien (jeweils 85%). Belgien erzielt neben Schweden erneut niedrige Werte, denn dort wird diese Freiheit von lediglich 64% der Befragten als unverzichtbar eingestuft.

In einer zweiten Gruppe finden wir eine Reihe von Freiheiten und Rechten, die zwar die Zustimmung der Mehrheit haben, aber insgesamt nicht so stark befürwortet werden wie die Rechte und Freiheiten der ersten Gruppe. Angeführt wird diese Gruppe vom **Wahlrecht** und **dem Recht, sich bei politischen Wahlen als Kandidat aufstellen zu lassen**. Gut zwei von drei Personen meinen, dieses Recht müsse jederzeit gewahrt werden. Die nationalen Unterschiede sind auffallend: der Anteil derjenigen, die dieses Recht für unentbehrlich halten, reicht von 77% in Spanien bis zu geringen 32% in Belgien. Über dem Durchschnitt liegen Irland (73%), Portugal und Griechenland (69%) und das Vereinigte Königreich (68%).

Die **Versammlungsfreiheit** wird zwar insgesamt von sechs von zehn EU-Bürgern unterstützt, doch machen die nationalen Werten einige Unterschiede deutlich: hohe Werte wurden in Griechenland (86%), Portugal (73%) und Spanien (70%) registriert, während andererseits viel niedrigere Werte in Schweden (46%), Dänemark (51%), den Niederlanden (52%), Ostdeutschland (53%) und Finnland (54%) ermittelt wurden.

Das **Recht auf Asyl** wegen politischer oder religiöser Verfolgung liegt an letzter Stelle in der Liste der Freiheiten und Rechte: nur jeder Zweite meint, diese Rechte seien unter allen Umständen zu wahren. In Griechenland, Spanien und Portugal steht man in der Regel denjenigen, die Asyl begehren - sowohl wegen politischer als auch religiöser Verfolgung - am positivsten gegenüber, während Belgien (38% aus politischen Gründen und 34% aus religiösen Gründen), das Vereinigte Königreich (40% aus politischen

Gründen und 42% aus religiösen Gründen) und Deutschland (44% aus politischen Gründen und 37% aus religiösen Gründen) dieses Recht eher in Frage stellen. (Tabellen 5.14 & 5.15)

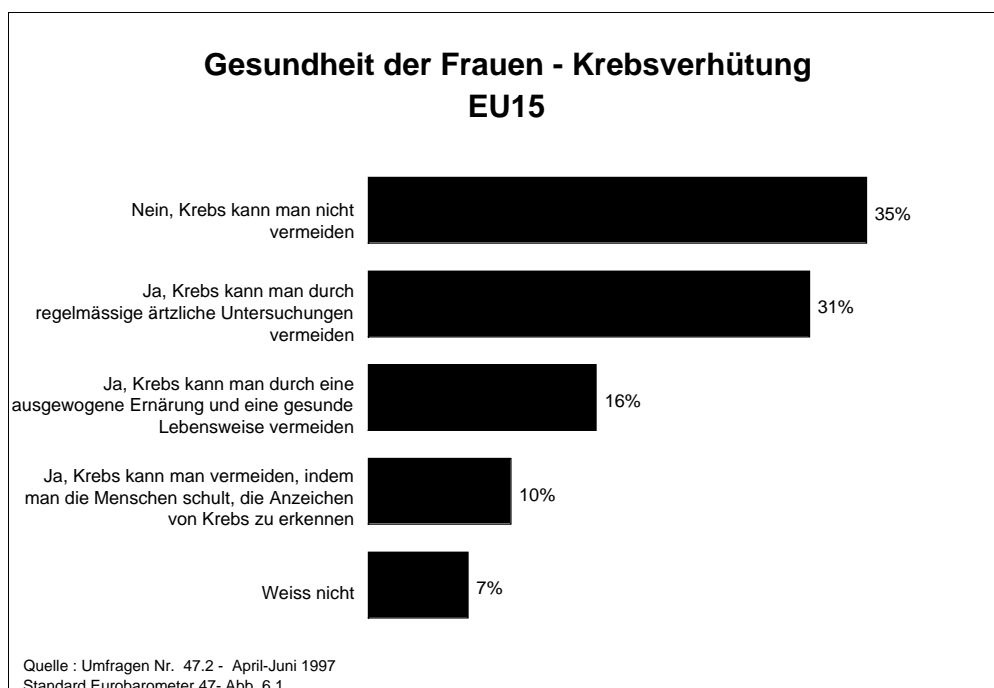
6. Gesundheit und Weiterbildung

Im vorliegenden letzten Kapitel erörtern wir kurz die Ergebnisse von zwei besonderen Fragenreihen von Eurobarometer 47. Die erste Frage bezieht sich auf die Einstellung der Frauen zur Krebsverhütung und der Wirksamkeit von Vorsorgeuntersuchungen, und die zweite Frage ist Teil einer längeren Serie, bei der es um Bildung und Ausbildung und die Einstellung zur Informationsgesellschaft geht.

6.1 Frauen und Krebs

In einer Reihe von Fragen zu Krebserkrankungen und ihrer Verhütung wurden Frauen gefragt, ob sie persönlich denken, daß diese Krankheit verhütet werden kann oder nicht. Generell erklärten 58% der Frauen, daß Krebs vermieden werden kann, während 35% nicht daran glauben und weitere 7% keine Antwort wissen.

31% der Frauen halten regelmäßige ärztliche Untersuchungen für die beste Vorbeugung, 16% glauben, daß eine ausgewogene Ernährung und eine gesunde Lebensweise zur Vorbeugung beitragen kann, und 10% meinen, die Schulung in der Erkennung von Frühwarnzeichen der Krebskrankheit ist eine Präventivmaßnahme.



Wie die Länderanalyse zeigt, stehen Frauen in den Mittelmeerländern der Krebsvorbeugung viel positiver gegenüber als Frauen in anderen Ländern: höchstens 20% der Frauen in Mittelmeerländern glauben, daß Krebs nicht verhütet werden kann, während in den Niederlanden 66% vom Gegenteil überzeugt sind wird. Der Anteil der Frauen, die Krebs für nicht verhütbar halten, liegt in Deutschland bei 54% und im Vereinigten Königreich bei 44%.

Regelmäßige ärztliche Untersuchungen werden in Griechenland (53%), Frankreich (51%) und Italien (49%) als besonders nützliche Vorbeugungsmaßnahme angesehen. Hingegen stufen die Frauen in den Niederlanden (10%), Dänemark (12%) und Deutschland (13%) ärztliche Untersuchungen als die am wenigsten nützliche Maßnahme der Krebsbekämpfung ein. Vorbeugung durch **Verbesserung der Ernährung und Lebensweise** wird in Dänemark von 45% der Frauen für besonders wichtig gehalten. Bei diesem Aspekt der Krebsvorbeugung werden überdurchschnittliche Werte auch in Schweden (27%),

Luxemburg (27%) und Österreich (25%) erzielt. Andererseits ist die Zustimmung zur Krebsvorbeugung durch Ernährung und geänderte Lebensweise in Frankreich (9%), Ostdeutschland (10%) und Griechenland (11%) gering.

Wie bereits erwähnt, glauben 10% der Frauen, daß die Krebsvorbeugung unterstützt werden kann, wenn man lernt, wie man **Anzeichen von Krebs erkennt**; dies ist besonders in Portugal (16%) und Irland (15%) der Fall. Die deutschen und die niederländischen Frauen (7% bzw. 4%) sehen darin jedoch wenig Sinn. (Tabelle 6.1)

Die demographische Untersuchung zeigt, daß jüngere Frauen und Frauen mit hohem Bildungsniveau der Krebsverhütung positiver gegenüberstehen: in der Altersgruppe 15-24 glauben 62% der Frauen, daß Krebs verhütet werden kann, verglichen mit 54% in der Altersgruppe über 55. Jüngere Frauen messen auch den verschiedenen Präventivmaßnahmen größere Bedeutung bei, insbesondere der Schulung in der Erkennung von Frühwarnzeichen: 14% der jüngeren Frauen gegenüber 9% der über 40jährigen sind davon überzeugt, daß diese Methode nützlich ist.

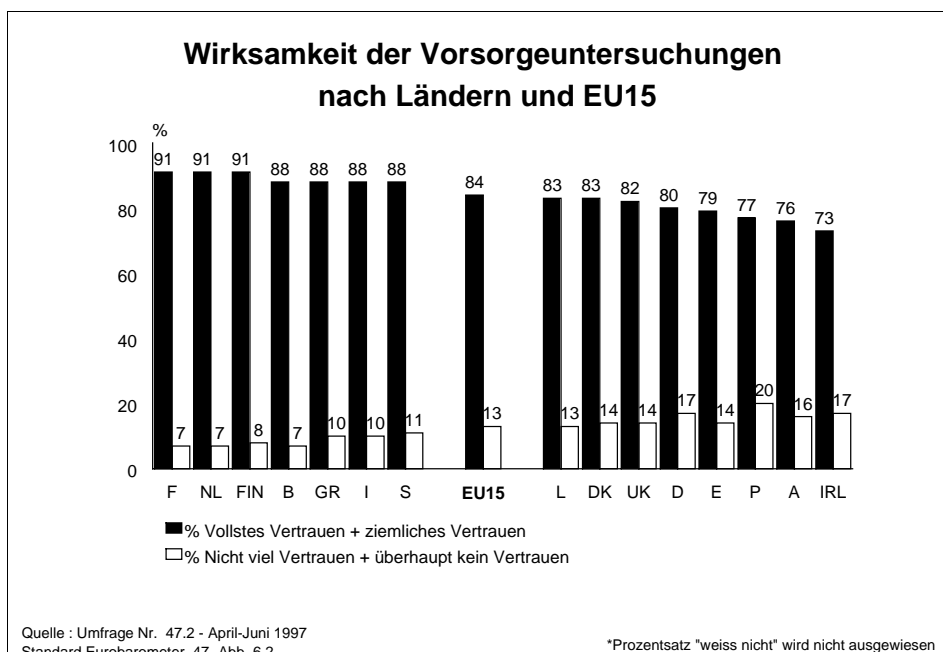
6.2 Wirksamkeit der Vorsorgeuntersuchungen

Eine zweite Frage sollte die Wirksamkeit der ärztlichen Vorsorgeuntersuchungen aus der Sicht der Frauen ermitteln. Die Frauen wurden gefragt, wieviel Vertrauen sie in diese Vorsorgeuntersuchungen haben:

- *vollstes Vertrauen*
- *ziemliches Vertrauen*
- *nicht viel Vertrauen*
- *überhaupt kein Vertrauen*

Insgesamt erklärten 31% der befragten Frauen, sie hätten „*vollstes Vertrauen*“ in die Vorsorgeuntersuchungen; etwas mehr als die Hälfte (54%) hatte „*ziemliches Vertrauen*“, 11% „*nicht viel Vertrauen*“ und 2% „*überhaupt kein Vertrauen*“.

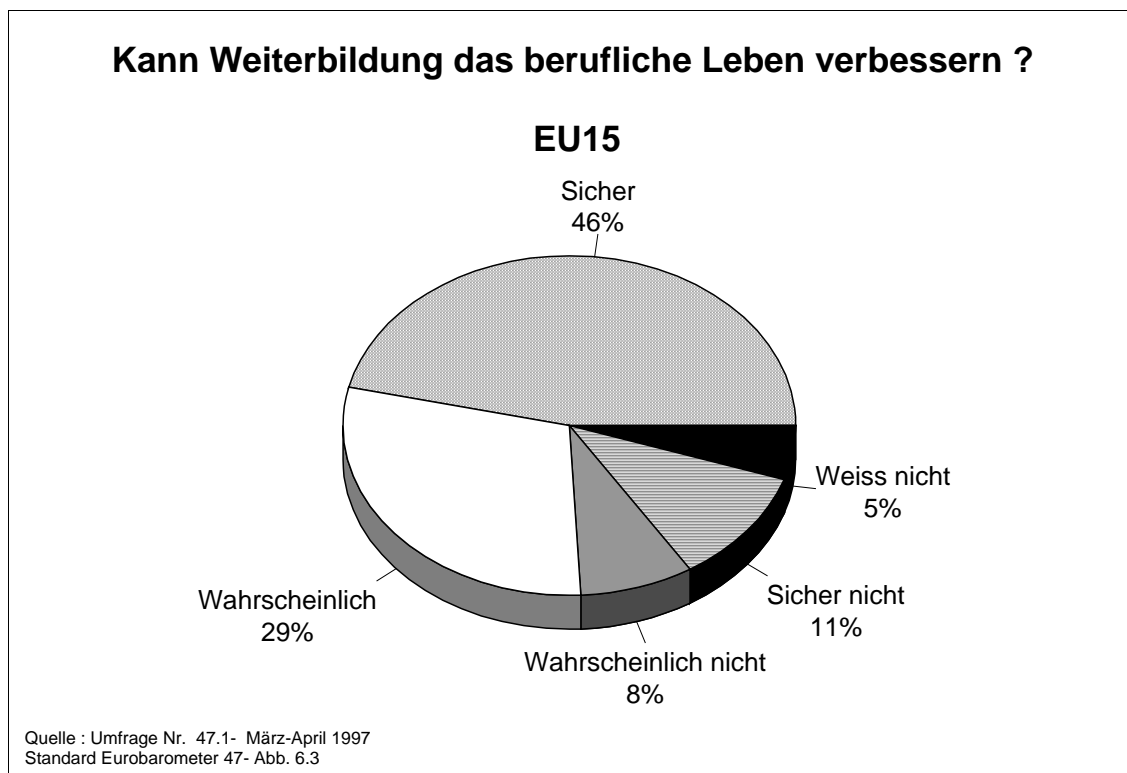
Wir stellten fest, daß das Vertrauen in medizinische Vorsorgeuntersuchungen in Frankreich besonders hoch ist, wo 53% der Frauen erklärten, sie hätten „*vollstes Vertrauen*“ und weitere 38% feststellten, sie hätten „*ziemliches Vertrauen*“. Überdurchschnittliche Werte wurden auch in den Niederlanden und in Griechenland ermittelt, wo 44% bzw. 43% „*vollstes Vertrauen*“ hatten. Der Gesamtindex ist niedrig in Portugal, Deutschland und Irland, wo die Indexwerte für „*nicht viel Vertrauen*“ oder „*überhaupt kein Vertrauen*“ bei 20% (Portugal) und 17% (Deutschland und Irland) liegen. (Tabelle 6.2)



6.3 Subjektive Bedeutung von Weiterbildung und Fortbildung

In diesem letzten Abschnitt erläutern wir die Antworten auf eine Auswahl von Fragen zum Wert von Weiterbildung und lebenslanger Fortbildung, die Einschätzung der Rolle der Europäischen Union im Bereich der Weiterbildung und die Beurteilung der Informationsgesellschaft und ihrer Rolle im Bildungsbereich.

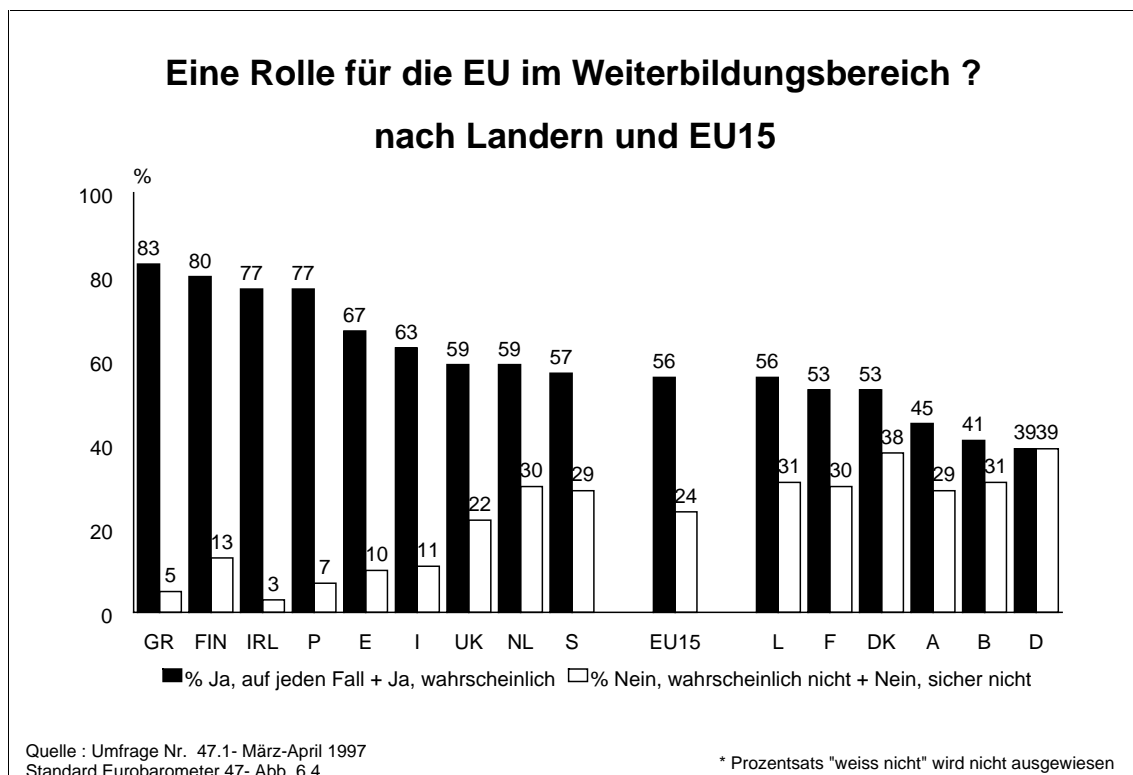
Die Frage, ob Fortbildungskurse oder eine ständige Weiterbildung das eigene berufliche Leben verbessern könnten, wurde mit einem klaren Ja beantwortet. 46% der Befragten meinten, auf diese Weise würde sich ihr berufliches Leben sicher verbessern, 29% hielten dies für wahrscheinlich, 8% für nicht wahrscheinlich und 11% glaubten, dies würde sicher nicht zu einer Verbesserung beitragen, während 5% keine Meinung äußerten. **Insgesamt halten also 75% der Befragten Fortbildungskurse und eine ständige Weiterbildung für eine positive Sache.**



Im Vereinigten Königreich und in Irland war die Zustimmung zur Fortbildung am größten: 65% bzw. 64% der Befragten glauben, daß Fortbildungskurse und ständige Weiterbildung ihr berufliches Leben sicher verbessern. Im deutlichem Gegensatz dazu sind nur 26% der Deutschen der Meinung, dies würde ihr berufliches Leben sicher verbessern. In den anderen Ländern sind die Unterschiede weniger deutlich ausgeprägt. Die demographische Analyse zeigt erwartungsgemäß, daß die Jüngeren und die Führungskräfte sowie Personen mit hohem Bildungsniveau den Fortbildungskursen und der ständigen Weiterbildung sehr positiv gegenüberstehen. (Tabellen 6.3 & 6.4)

6.4 Eine Rolle für die EU im Bereich Weiterbildung und Fortbildungskurse?

Die Mehrheit der Befragten (56%) glaubt, daß die Europäische Union im Bereich Weiterbildung oder Fortbildungskurse eine Rolle spielen könnte; daß die EU diese Rolle "auf jeden Fall" wahrnehmen sollte, findet besonders viel Zustimmung in Portugal mit 53%, in Griechenland mit 48%, in Irland mit 47% und in Finnland mit 40%. Im Gegensatz dazu sind die Deutschen in dieser Hinsicht in zwei gleich große Lager gespalten: 39% entschieden sich für "auf jeden Fall/wahrscheinlich" und 39% für "wahrscheinlich nicht/sicher nicht". Generell ist auch der Indexwert für diejenigen, die keine Meinung äußern, mit 20 % sehr hoch. Überdurchschnittliche Werte in der Rubrik "weiß nicht" wurden in Italien und Österreich mit jeweils 26% und in Spanien und Westdeutschland mit jeweils 23% registriert. (Tabelle 6.5)



Die Untersuchung der sozio-demographischen Variablen ergibt eine sehr hohe Korrelation zwischen denen, die der Europäischen Union positiv gegenüberstehen (laut den Indexwerten für "Mitgliedschaft: gute Sache-schlechte Sache"), und denen, die glauben, daß die Union im Bereich Weiterbildung und Fortbildungskurse eine Rolle spielen könnte. Beinahe 70% derjenigen, die die EU-Mitgliedschaft positiv sehen, stimmen unionsweiten Maßnahmen im Weiterbildungsbereich zu, verglichen mit 37% der Personen mit negativer Haltung zur EU-Mitgliedschaft.

Andere sozio-demographische Gruppen, die erfahrungsgemäß eine positive Einstellung zur Europäischen Union haben, sind ebenfalls eher zur Unterstützung von unionsweiten Maßnahmen im Weiterbildungsbereich bereit. Dazu zählen eher Männer als Frauen (59% gegenüber 53%), die Jüngeren eher als die über 55jährigen (62% gegenüber 49%) und Personen mit hohem Bildungsniveau eher als diejenigen, die die Schule mit 16 verlassen haben (65% gegenüber 50%).

Besonders interessant ist die Aufschlüsselung nach Berufsgruppen. Erwartungsgemäß waren erneut die Führungskräfte positiver eingestellt als der Durchschnitt (66% im Vergleich zum EU-Durchschnitt von 56%), doch mehr als alle anderen befürwortet die Gruppe der Arbeitslosen Maßnahmen auf EU-Ebene: 27% der Arbeitslosen würden „auf jeden Fall“ und 34% „wahrscheinlich“ zustimmen. Eine Zusatzanalyse der Indexwerte für die Beurteilung der Sicherheit des Arbeitsplatzes zeigt außerdem, daß diejenigen, die die größten Befürchtungen wegen des Verlusts ihres Arbeitsplatzes in den kommenden Monaten hegen, EU-Maßnahmen im Weiterbildungsbereich positiv gegenüberstehen: 28% befürworten „auf jeden Fall“ derartige Maßnahmen. (Tabelle 6.6)

6.5 Informationsgesellschaft und Weiterbildung

Mit der letzten Frage zum Bildungsbereich sollte die Einstellung zu den neuen Technologien und zur Informationsgesellschaft gemessen werden. Zu diesem Zweck benutzten wir eine Reihe von einstellungsrelevanten Aussagen, zu denen die Befragten ihre Zustimmung oder Ablehnung äußern sollten. Die Frage lautete:

„Informations- und Kommunikationstechnologien spielen in unserem Privat- und Berufsleben eine immer größere Rolle: Heutzutage kann man Computer, Fernsehgeräte, Videorekorder und Kommunikationssatelliten miteinander verbinden. Ich lese Ihnen nun einige Aussagen vor, bei denen es um die Beziehung zwischen der sogenannten „Informationsgesellschaft“ und der ständigen Fort- und Weiterbildung geht. Sagen Sie mir bitte für jede Aussage, ob Sie ihr eher zustimmen oder eher nicht zustimmen.“

- *Die Schulen bereiten die Kinder gut darauf vor, die neuen Technologien und Hilfsmittel der Informationsgesellschaften zu benutzen.*
- *Es ist erforderlich, daß man sein ganzes Arbeitsleben hindurch Fortbildungskurse besucht, um sich den schnellen technologischen Veränderungen anzupassen.*
- *Ich persönlich habe das Bedürfnis, solche Fortbildungskurse zu besuchen.*
- *Heutzutage ist es erforderlich zu wissen, wie man diese neuen Technologien und Hilfsmittel nutzt, um zu vermeiden, daß man arbeitslos wird oder bleibt.*
- *Die neuen Technologien und Hilfsmittel der Informationsgesellschaft erleichtern die Fortbildung.*
- *Ich persönlich befürchte, daß Fortbildungskurse zu kompliziert werden, weil es schwierig ist, diese neuen Technologien und Hilfsmittel voll und ganz zu verstehen.*
- *Das Internet und die neuen Technologien werden die Gesellschaft eher spalten als zusammenbringen.*
- *Ich traue dem Internet und den neuen Technologien nicht, weil sie Gewalt, Pornographie usw. enthalten.*
- *Wenn es zu viele Informationen gibt, sinkt die Qualität der Bildung.*
- *Das Internet und die neuen Technologien sind mir zu teuer.*
- *In Wirklichkeit nutzen die Leute Computer nicht zum Lernen.*

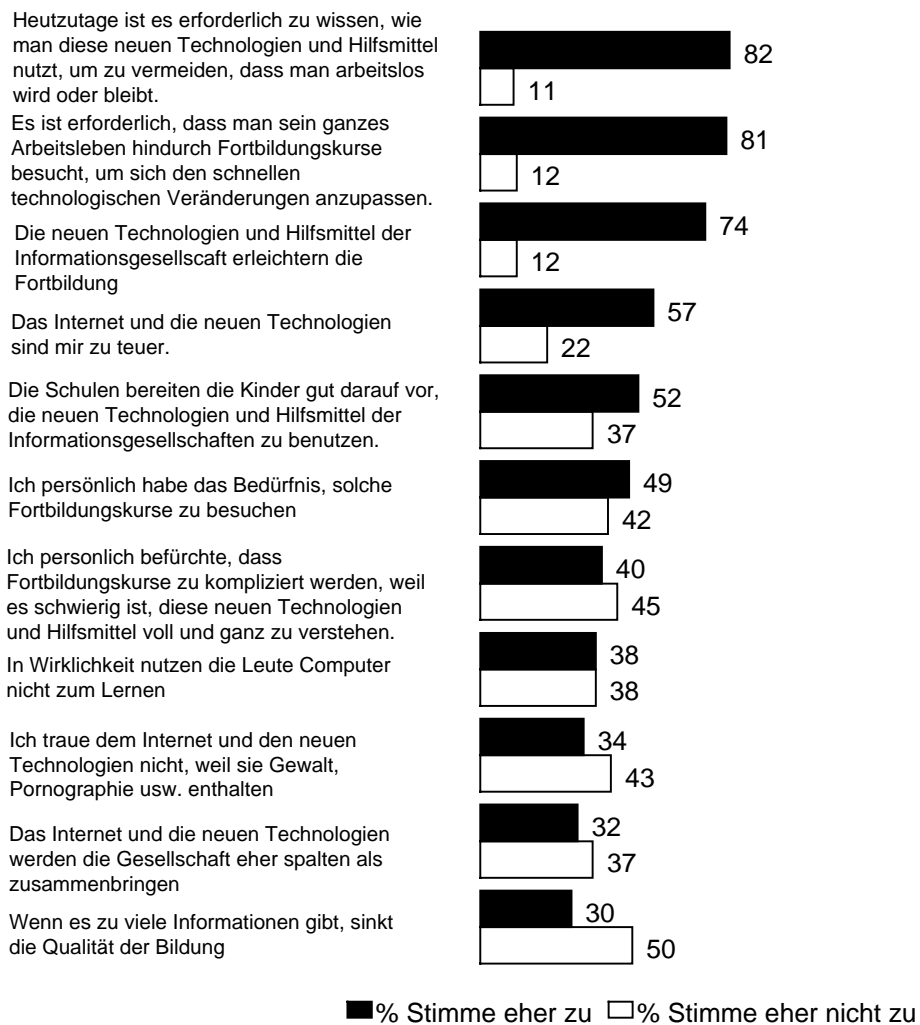
Wie die Ergebnisse zeigen, **glaubt eine überwältigende Zahl von Menschen, daß die künftigen Beschäftigungsmöglichkeiten eng mit der Fähigkeit verbunden sind, die neuen Technologien zu benutzen.** Acht von zehn Personen stimmten den beiden Aussagen zu, daß es erforderlich sei zu wissen, wie man die neuen Technologien nutzt und daß man die entsprechenden Fähigkeiten ständig aktualisieren muß.

Auch die subjektive Bedeutung der Fortbildung für die neuen Technologien wird generell hoch eingestuft. 47% stimmen der Aussage zu, daß die *„neuen Technologien und Hilfsmittel der Informationsgesellschaft die Fortbildung erleichtern“* und beinahe die Hälfte der Befragten glaubt, daß sie persönlich an solchen Fortbildungskursen teilnehmen sollten. Aber ein erheblicher Anteil (40%) fürchtet sich vor derartigen Fortbildungskursen und hält sie für zu kompliziert und schwer verständlich.

57% finden das Internet und die neuen Technologien viel zu teuer und 34% sind besorgt wegen der Zunahme von Gewalt und Pornographie im Internet.

Knapp über die Hälfte der Befragten erklärt, daß die Schulen die Kinder gut auf die Benutzung der neuen Technologien vorbereiten.

Informationsgesellschaft und Weiterbildung EU15



Quelle : Umfrage Nr. 47.1- März-April 1997
Standard Eurobarometer 47- Abb. 6.5

* Prozentsatz "weiss nicht" wird nicht ausgewiesen

Die Einstellung zu den übrigen Aussagen ist gemischt. 38% meinen, daß Computer nicht zum Lernen beitragen, aber 38% sind gegenteiliger Meinung. Daß das Internet die Gesellschaft spaltet, glauben 32%, aber 37% stimmen dem nicht zu. Die Aussage, daß zuviel Information die Qualität der Bildung verringere, wurde von der Hälfte der Befragten zurückgewiesen.

Die nationalen Unterschiede spiegeln zu einem gewissen Grad wider, inwieweit Zugang zu den neuen Technologien vorhanden ist und genutzt wird. Wie wir in Kapitel 4 festgestellt haben, ist die Benutzung von Internet und World Wide Web je nach Land sehr unterschiedlich. Dennoch scheint es einen breiten Konsens über die große Bedeutung der neuen Technologien für die Weiterbildung in der gesamten Union zu geben.

Einige nationale Unterschiede treten jedoch deutlich hervor, beispielsweise bei der Frage, wie gut die Schulen die Kinder auf die Benutzung der neuen Technologien vorbereiten. Die größte Zufriedenheitsrate wird in Finnland registriert, wo 82% glauben, daß die Schulen gute Arbeit leisten; es folgt das Vereinigte Königreich, wo 72% der Befragten erklären, daß die Schulen ihrer Aufgabe gerecht werden. In Österreich beträgt der entsprechende Anteil 67%, in Irland 65% und in Schweden 64%. Besonders niedrige Indexwerte wurden in Griechenland (27%), Italien (30%) und Portugal (39%) registriert.

Die subjektive Auswirkung der neuen Technologien und des Internet, die in Aussagen wie "Ich traue dem Internet und den neuen Technologien nicht (Gewalt, Pornographie)" und "Das Internet und die neuen Technologien werden die Gesellschaft eher spalten" gemessen wird, zeigt, daß ein ansehnlicher Prozentsatz der Befragten "nicht weiß", ob sich diese Auswirkungen überhaupt manifestieren. Wir registrieren hohe negative Reaktionen insbesondere in Frankreich mit 52% und in Belgien mit 51% in bezug auf den Zugang zu Gewalt und Pornographie, und verzeichneten niedrigere Indexwerte in Portugal, Irland, Spanien und Griechenland, wo der Anteil derjenigen, die keine Meinung äußerten, ebenfalls hoch ist.

Abschließend kann man feststellen, daß ein breiter Konsens bezüglich des Bedarfs an Fertigkeiten im Bereich der neuen Technologien vorliegt und eine breite Zustimmung zu Fortbildungsmaßnahmen auf nationaler oder Unionsebene vorhanden ist. Angesichts der derzeitigen Unterschiede in bezug auf den Zugang und Einsatz dieser neuen Technologien und insbesondere des Internet/WWW in den einzelnen Mitgliedstaaten muß jedoch vorläufig ein differenzierter Ansatz für die Fortbildung im Rahmen der Europäischen Union gewählt werden.